Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses

im Auftrag des

Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Projektkonsortium

Univ.-Prof. Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen)
Univ.-Prof. Dr. Marion Reiser (Friedrich-Schiller-Universität Jena)
Univ.-Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig)
Univ.-Prof. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig)
Univ.-Prof. Dr. Elmar Brähler (Universität Leipzig)
Johanna von Lenthe (IDZ Jena)
Dr. Axel Salheiser (IDZ Jena)

Koordination

Dr. Axel Salheiser | Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena

IDZ INSTITUT FÜR DEMOKRATIE UND ZIVILGESELLSCHAFT

In Trägerschaft der AMADEU ANTONIO STIFTUNG

Mitglied im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt STANDORT JENA

Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses

im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)

Ein Angebot
im Rahmen des Bundesprogramms
Demokratie leben!

Dezember 2022

Projektkonsortium

Univ.-Prof. Dr. Susanne Pickel (Universität Duisburg-Essen)

Univ.-Prof. Dr. Marion Reiser (Friedrich-Schiller-Universität Jena)

Univ.-Prof. Dr. Gert Pickel (Universität Leipzig)

Univ.-Prof. Dr. Oliver Decker (Universität Leipzig)

Univ.-Prof. Dr. Elmar Brähler (Universität Leipzig)

Johanna von Lenthe (IDZ Jena)

Dr. Axel Salheiser (IDZ Jena)

UNIVERSITÄT LEIPZIG

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

UNIVERSITÄT DUISBURG ESSEN

Studentische Mitarbeiter*innen:

Katharina Batzing und Paul Warringsholz (IDZ Jena)

Koordination

Dr. Axel Salheiser

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)
Talstr. 84
07743 Jena
E-Mail: axel.salheiser@idz-jena.de
Website: www.idz-jena.de

Das Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) befindet sich in Trägerschaft der

Amadeu Antonio Stiftung
Novalisstraße 12
10115 Berlin
E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de
Website: www.amadeu-antonio-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary 5
1. Hintergrund und Darstellung des Vorgehens bei der Machbarkeitsstudie 6
2. Zentrale Erkenntnisse aus der Forschungsfelderkundung 8
3. Erkenntnisse aus der Befragung relevanter Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft 10
3.1 Fachtag „Wie und wozu sollte Demokratie gemessen werden?“ – Anforderungen und Erwartungen an ein Monitoring aus Sicht der Zivilgesellschaft 11
3.1.1 Vorgehen beim Fachtag 11
3.1.2 Ergebnisse des Fachtags 12
3.2 Online-Befragung 13
3.2.1 Vorgehen bei der Online-Befragung und Beschreibung der Stichprobe 13
3.2.2 Ergebnisse der Online-Befragung 14
3.3 Schlussfolgerungen aus Fachtag und Online-Befragung 18
4. Erkenntnisse aus den Hintergrundgesprächen mit externen Expert*innen der Demokratieforschung 19
5. Konzeptionelle Überlegungen zu Bedarf und Umsetzbarkeit des Demokratie-Kompasses 20
6. Verhältnis eines Demokratie-Kompasses zu anderen relevanten bundesweiten Befragungsprojekten im Themenfeld bzw. angrenzenden Themenfeldern 23
7. Vorschläge für die Umsetzung eines Demokratie-Kompasses 26
7.1 Allgemeine methodische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung 26
7.1.1 Erhebungsdesign 26
7.1.2 Befragungsform 27
7.1.3 Zusammensetzung der Stichprobe und angestrebte Repräsentativität 27
7.2 Thematische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung und Messinstrumente 29
7.2.1 Überblick über die thematische Ausgestaltung des Demokratie-Kompasses 29
7.2.2 Vorschläge für das Standardprogramm zur Messung demokratischer Kultur 31
7.2.3 Vorschläge für Erklärungsfaktoren (erklärende Variablen) 53
7.2.4 Vorschläge für wechselnde Schwerpunktthemen 70
7.3 Relevanz und mögliche Ausgestaltung qualitativer Ergänzungsmodule 87
7.4 Durchführung des Demokratie-Kompass und wissenschaftliche Begleitforschung 88
7.5 Gestaltung des Wissenschaft-Praxis-Transfers 89
7.6 Verwertungs- und Transferkonzept 90
8 Ungefähre Kostenkalkulation sowie Möglichkeiten u. Grenzen d. Kostenreduktion 91
9 Zentrale Ergebnisse und zusammenfassende Beurteilung 92
10 Literatur 94
Anhang 1: Fragebogen der Online-Befragung 98
Anhang 2: Ergebnisse der Online-Befragung: Diagramme 103

Hinweise:

Die **Anlage A** „Messinstrumente des Demokratie-Kompasses“ zu dieser Machbarkeitsstudie liegt der Auftraggeberin in elektronischer Form (Excel-Tabelle) vor. Er enthält alle vorgeschlagenen Fragen- und Antwortformate für den Demokratie-Kompass (erster Entwurf des Fragebogens, vgl. Kap. 7.2).

Der Auftraggeberin liegt bereits ein „**Bericht der Forschungsfelderkundung zur Einführung eines Demokratie-Kompasses**“ (Juli 2022) samt elektronischer Anlage A „Übersicht über die einbezogenen Erhebungen“ sowie Anlage B „Datenbank der Themenfelder und Erhebungsinstrumente“ (Excel-Tabellen) vor.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 *Erkenntnisbedarfe von Praktiker*innen* 16

Abbildung 2 *Überblick über das grundlegende Forschungskonzept des Demokratie-Kompasses* 23

Abbildung 3 *Themenfelder und Erhebungsfokus des Demokratie-Kompasses und anderer relevanter Befragungsprojekte* 24

Abbildung 4 *Überblick über die thematische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung des Demokratie-Kompasses* 29

Abbildung 5 *Das Wertekreismodell nach Shalom Schwartz (Quelle: Pickel, 2018)* 84

Executive Summary

- Die Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses erörtert Bedarfe, forschungsstrategische und konzeptionelle Aspekte sowie Empfehlungen zur thematisch-inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung.
- Für das Erlangen umfangreicher und differenzierter Kenntnisse über die demokratische politische Kultur sowie für die fortlaufende Analyse aktueller und akuter Problemlagen und Interventionsbedarfe ist die Implementierung eines **bundesweiten, umfangreichen Monitorings** demokratiebezogener Einstellungen im Sinne eines Demokratie-Kompasses unerlässlich (vgl. Kap. 5).
- In Abgrenzung zu anderen, bereits existierenden bundesweiten Befragungsprojekten im Themenfeld oder in angrenzenden Themenfeldern besteht das Alleinstellungsmerkmal eines solchen Demokratie-Kompasses in der ausführlichen und vertieften Erfassung von Einstellungen, Wahrnehmungen und Beurteilungen, die sich i.e.S. auf die **Demokratie**, die politischen Institutionen, Prozesse und Akteur*innen beziehen (vgl. Kap. 6).
- Dabei kann ein facettenreicher Zugriff auf die demokratische Kultur erfolgen und es können Erkenntnislücken geschlossen werden, weil bisher unverbundene Themenkomplexe und Fragestellungen aus anderen Befragungen integriert und miteinander kombiniert werden, ohne Redundanz zu erzeugen.
- Es wird eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Trenddesign mit zweijährlichem **Befragungszyklus** empfohlen. Die Befragung sollte idealiter im Paper-and-Pencil-Design (PAPI), also als Haushaltsbefragung mit gedrucktem Fragebogen stattfinden (vgl. Kap. 7.1). Zur Kostenreduktion wäre alternativ die Umleitung von ca. 50 % der Interviews auf ein Websurvey (CAWI; sog. Push-to-web-Prinzip) möglich (vgl. Kap. 8).
- Die **Grundgesamtheit** ist die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 14 Jahren einschließlich der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Um Migrant*innen ohne ausreichende Deutschkenntnisse angemessen mitbefragen zu können, sollte der Fragebogen in den am häufigsten gesprochenen Fremdsprachen vorgehalten und eingesetzt werden (vgl. Kap. 7.1).
- Die **Stichprobengröße** für die geschichtete Flächenstichprobe im ADM-Design (vgl. Kap. 7.1) sollte im Idealfall n=8.000 betragen. Pro Bundesland wären dabei n=500 Personen zu befragen, um aussagekräftige regionale Vergleiche zu ermöglichen (vgl. Kap. 7.1 und Kap. 8).
- Für die Repräsentativbefragung wird ein **Fragebogen** vorgeschlagen, der einer durchschnittlichen Befragungszeit von ca. 50 Minuten entspricht (vgl. Kap. 7.1, 7.2 und 8).
- Der Fragebogen gliedert sich in drei Hauptabschnitte: 1. Das Standardprogramm zur Messung demokratischer Kultur (vgl. Kap. 7.2.2), 2. Die Erklärungsfaktoren (erklärenden Variablen, vgl. Kap. 7.2.3) und 3. ein wechselndes Schwerpunktthema (vgl. Kap. 7.2.4). Die vorgeschlagenen Themenbereiche, Fragen und Antwortformate werden in entsprechenden Unterkapiteln vorgestellt und dokumentiert.
- Im **qualitativ-methodischen Ergänzungsmodul** werden Fokusgruppen und ergänzende Einzelinterviews durchgeführt und ausgewertet, um ein vertieftes Verständnis von Wahrnehmungen, Deutungen und Einstellungen zur Demokratie zu erlangen und Bedeutungsinhalte rekonstruktiv zu erschließen (vgl. Kap. 7.3).
- Die **wissenschaftliche Begleitforschung** durch ein Projektteam ist zur Realisation und zur Qualitätssicherung des Demokratie-Kompasses, sowie für differenzierte Analysen unerlässlich (vgl. Kap. 7.4). Zur Ausgestaltung des **Wissenschafts-Praxis-Transfers** wird ein Verwertungs- und Transferkonzept vorgeschlagen, das Anregungen und Bedarfe von Praktiker*innen der Demokratieförderung und Demokratiebildung aufgreift und innovative Elemente beinhaltet (vgl. Kap. 7.5 und 7.6).

1. Hintergrund und Darstellung des Vorgehens bei der Machbarkeitsstudie

Der vorliegende Bericht ist das Ergebnis einer *Forschungsfelderkundung und Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses*, die zwischen Januar und Oktober 2022 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durch ein Konsortium von Wissenschaftler*innen der Universitäten Leipzig, Jena und Duisburg-Essen sowie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) durchgeführt wurde. Ziel war die Erarbeitung von Vorschlägen für die Umsetzung eines Demokratie-Monitorings, das in Form einer regelmäßig stattfindenden, bundesweiten Repräsentativbefragung demokratiebezogene Einstellungen erfassen soll. Hintergrund ist der am 02.12.2020 vom Bundeskabinett beschlossene Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus (Bundesregierung, 2020), der als Maßnahme 51 die „Einführung eines regelmäßigen Erhebungsinstruments auf Bundesebene zu demokratischen Einstellungen in der Gesellschaft (Arbeitstitel: Demokratie-Kompass)“ (ebd., S. 7) vorsieht. Dessen Funktion sei es, „mit Hilfe quantitativer und qualitativer Methoden in regelmäßigen Abständen die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu untersuchen“ (ebd.). Im Rahmen des Forschungsprojekts wurde untersucht, ob bzw. in welcher Form ein entsprechendes Monitoring gewinnbringend umgesetzt werden kann. Unter Berücksichtigung aktueller Erkenntnisse über forschungspraktische und inhaltlich-konzeptionelle Fragen der Demokratiemessung wurde ein Vorschlag für die methodische und thematische Ausgestaltung eines Demokratie-Kompasses entwickelt.

Das Erkenntnisinteresse liegt dabei im Bereich der politischen Kultur, d.h. auf „Werte[n], Glaubensüberzeugungen und Einstellungen der Bürger gegenüber Politik oder politischen Objekten“ (Pickel & Pickel, 2006, S. 49). Hierzu gehören u.a. die Einschätzung der Legitimität der Demokratie und das Vertrauen in ihre Institutionen, die Bewertung der Performanz politischer Autoritäten, Aspekte von politischer Partizipation und Teilhabe, aber auch Ideologien der Ungleichwertigkeit und antidemokratische Haltungen. Die Erfassung dieser Einstellungsdimensionen ist eine grundlegende Voraussetzung für das Verständnis politischer und gesellschaftlicher Entwicklungen. Über das wissenschaftliche Erkenntnisinteresse hinausgehend soll ein entsprechendes Monitoring auch der Politik als Frühwarnsystem über Tendenzen der Polarisierung oder Spaltung der Gesellschaft bzw. der Gefährdung des friedlichen Zusammenlebens dienen sowie die politische und zivilgesellschaftliche Praxis stärken, indem z.B. Impulse für die politische Kommunikation, die Demokratieförderung, die politische Bildung und im weitesten Sinne für die Ausgestaltung gesellschaftlicher Debatten abgeleitet werden. Demokratie wird dabei nicht nur als Herrschafts- bzw. Staatsform, sondern auch im Sinne einer Gesellschafts- und Lebensform (Himmelmann, 2001) verstanden, die sämtliche Lebensbereiche und das alltägliche Zusammenleben betrifft.

Grundlage für die Konzeption des Demokratie-Kompasses stellt eine detaillierte Forschungsfelderkundung dar, die im ersten Schritt des Projekts zwischen Januar und Mai 2022 durchgeführt wurde und deren Ziel die Erstellung eines Überblicks über den *Status Quo* bestehender Erhebungen im Feld der politischen Kulturforschung hinsichtlich ihrer Konzeption, ihrer inhaltlichen Erfassungsbreite und -tiefe und ihrer Aussagekraft war.[1] Zu diesem Zweck wurden durch eine umfangreiche Literaturrecherche zahlreiche deutschlandweite, bundesländerspezifische und international vergleichende bzw. außerhalb Deutsch-

[1] Der *Bericht der Forschungsfelderkundung zur Einführung eines Demokratie-Kompasses* einschließlich der Anlagen A *Übersicht über die einbezogenen Erhebungen* und B *Datenbank der Themenfelder und Erhebungsinstrumente* liegen bei der Auftraggeberin in gedruckter bzw. elektronischer Form vor.

lands durchgeführte Erhebungsprojekte der Demokratieforschung identifiziert und ihre jeweilige inhaltliche und methodische Ausgestaltung untersucht: zum einen wurde eine Übersicht über die dort berücksichtigten Themenbereiche erstellt, zum anderen wurden eingesetzte Messinstrumente extrahiert und hinsichtlich Reliabilität und Validität evaluiert. Darüber hinaus wurden die methodischen Vorgehensweisen der Studien verglichen. Auf dieser Grundlage konnten Anknüpfungspunkte für die Ausgestaltung eines bundesweiten Demokratie-Monitorings sowie inhaltliche und methodische Lücken in der Erforschung demokratiebezogener Orientierungen und angrenzender Themenbereiche identifiziert werden. In Kapitel 2 werden zentrale Erkenntnisse zusammenfasst. Das Schließen der identifizierten Forschungslücken stellt einen zentralen Anspruch bei der Konzeption des Demokratie-Kompasses dar.

Im nächsten Schritt wurden die Bedarfe von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen hinsichtlich der Erforschung der demokratischen Kultur erfasst, um die bessere Nutzbarkeit von Erkenntnissen des Demokratie-Kompasses für die Praxis zu gewährleisten und „blinde Flecke“ der Demokratieforschung zu identifizieren, die aus Perspektive von Praktiker*innen bestehen. Zu diesem Zweck wurde am 17. Juni 2022 zunächst ein digitaler Fachtag unter dem Titel *„Wie und wozu sollte Demokratie gemessen werden?“ – Anforderungen und Erwartungen an ein Monitoring aus Sicht der Zivilgesellschaft* durchgeführt. Akteur*innen aus verschiedensten zivilgesellschaftlichen Tätigkeitsfeldern diskutierten hier Fragen der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung eines Demokratie-Monitorings sowie der Gestaltung des Wissenschaft-Praxis-Transfers. Auf den Erkenntnissen des Fachtags aufbauend erfolgte eine Online-Befragung, in deren Rahmen eine größere Bandbreite zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zu diesen Themen befragt wurde. Die so zusammengetragenen Anregungen wurden von den Mitgliedern des Forschungskonsortiums auf ihre Implikationen und Umsetzbarkeit hinsichtlich des Demokratie-Kompasses geprüft. Das genaue Vorgehen und die Erkenntnisse aus Fachtag und Online-Befragung werden in Kapitel 3 zusammengefasst.

Im August, September und Oktober 2022 wurden darüber hinaus mehrere Austauschgespräche mit externen, in anderen Demokratieforschungsprojekten und Befragungsinstituten tätigen Expert*innen (Deutschland-Monitor, Panel des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt, GESIS, USUMA) geführt, um die Kompetenzstreuung über das Projektkonsortium hinaus zu erweitern. Dabei wurden u.a. Details der methodischen Ausgestaltung erörtert. In Kapitel 4 werden Inhalte und Ergebnisse der Gespräche dargestellt. Diese flossen in die Abwägungen des Forschungskonsortiums bei der Konzeption des Demokratie-Kompasses ein.

Auf Grundlage der Forschungsfelderkundung, der Befragung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen und der Gespräche mit externen Expert*innen sowie der Expertise und Erfahrung der Mitglieder des Forschungskonsortiums wurden Vorschläge für die Ausgestaltung des Demokratie-Kompasses erarbeitet. Empfehlungen für die methodische Umsetzung des Demokratie-Kompasses (vgl. Kap. 7.1) beziehen sich u.a. auf die Auswahl der Erhebungsdesigns und Befragungsform, die Zusammensetzung und Größe der Stichprobe und die Auswahl der Antwortformate. Die Vorschläge für die inhaltliche Ausgestaltung (vgl. Kap. 7.2) umfassen einen *Kernbereich* aus Themenfeldern, der wiederkehrend in sämtlichen Erhebungswellen erfasst werden soll (Standardprogramm), und vier verschiedene *Schwerpunktthemen*, um die dieses Standardprogramm jeweils einmalig ergänzt werden kann. Durch diesen modularen Aufbau kann sowohl ein längerfristig konstantes und konsistentes Monitoring der wichtigsten Aspekte demokratischer Kultur als auch die vertiefende Untersuchung relevanter Fragenstellungen gewährleistet werden. Dazu wurden Messinstrumente für die bestmögliche Erfassung der Themenbereiche ausgewählt und gegebenenfalls neu entwickelt. Dabei wurde besonders auf formale Korrektheit, Verständlichkeit und

technische Verwendungsfähigkeit geachtet. Eine Liste aller vorgeschlagener Fragen (Items) und Antwortformate findet sich in Anlage A (Excel-Tabelle).[2] Darüber hinaus wurden Notwendigkeit und Möglichkeiten qualitativer Begleitforschung evaluiert (vgl. Kap. 7.3), Empfehlungen für die Durchführung des Demokratie-Kompasses (vgl. Kap. 7.4), für die Optimierung des Wissenschaft-Praxis-Transfers (vgl. Kap. 7.5) sowie für ein Verwertungs- und Transferkonzept (vgl. Kap. 7.6) erarbeitet.

Die Erarbeitung der Vorschläge erfolgte unter gründlicher Prioritäten- und Kosten-Nutzen-Abwägungen, indem der finanzielle Aufwand der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung dem erwarteten Erkenntnisgewinn gegenübergestellt wurde. Anspruch des Forschungskonsortiums war die Entwicklung eines Konzepts für einen Demokratie-Kompass, das sowohl dem Erkenntnisgewinn zum Forschungsgegenstand als auch den Bedarfen der verschiedenen Akteur*innen (Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft) bestmöglich gerecht wird, ohne den realistischen finanziellen Rahmen für ein solches Projekt zu sprengen. Bei der Entwicklung des in den Kapiteln 5 bis 7 dargestellten Konzepts stand zunächst der größtmögliche Erkenntnisgewinn im Vordergrund. In Kapitel 8 werden eine ungefähre Kostenkalkulation sowie Möglichkeiten (und Grenzen) diskutiert, Kosten der Umsetzung des Demokratie-Kompasses zu reduzieren.

2. Zentrale Erkenntnisse aus der Forschungsfelderkundung

Im Rahmen der Forschungsfelderkundung, die zum Ziel hatte, bestehende Lücken in der Erforschung der politischen Kultur in Deutschland zu identifizieren,[3] wurden 15 deutschlandweite/bundesländerübergreifende, 10 bundesländerspezifische und 18 international vergleichende bzw. außerhalb Deutschlands durchgeführte Erhebungsprojekte evaluiert, darunter beispielsweise die Leipziger Autoritarismus Studie, die Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Thüringen-Monitor, der Berlin-Monitor, der Sachsen-Anhalt-Monitor und der Sachsen-Monitor. Zum einen wurde eine Übersicht über die dort jeweils erfassten Themenfelder erstellt, zum anderen wurden eingesetzte Messinstrumente extrahiert, verglichen und hinsichtlich ihrer Reliabilität und Validität untersucht. Im Folgenden werden einige zentrale Erkenntnisse und ihre Implikationen für die Konzeption eines Demokratie-Kompasses zusammengefasst. Eine detaillierte Ergebnisdarstellung findet sich im Bericht zur Forschungsfelderkundung.

Grundsätzlich zeigte sich, dass die untersuchten Erhebungen eine Vielzahl relevanter Themenbereiche und Fragen der politischen Kulturforschung erfassen und damit eine Reihe von Anknüpfungspunkten für den Demokratie-Kompass bieten. Da die meisten Studien jedoch aus forschungspragmatischen Gründen nur eine begrenzte Auswahl bedeutsamer Themenbereiche erfassen können und gleichzeitig erhebungsübergreifende Analysen i.d.R. nicht möglich sind und die Erkenntnisse bestehender Projekte meist unverbunden nebeneinanderstehen, können zahlreiche Zusammenhänge nicht untersucht werden. Für den Demokratie-Kompass besteht das Potential, durch eine entsprechende thematische Breite innerhalb eines einzelnen Erhebungsprojekts weitreichendere Analysen zu ermöglichen.

[2] Die Anlage A *Messinstrumente des Demokratie-Kompasses* zu dieser Machbarkeitsstudie liegt bei der Auftraggeberin in elektronischer Form vor.

[3] Der *Bericht der Forschungsfelderkundung zur Einführung eines Demokratie-Kompasses* einschließlich der Anlagen A *Übersicht über die einbezogenen Erhebungen* und B *Datenbank der Themenfelder und Erhebungsinstrumente* liegen bei der Auftraggeberin in gedruckter bzw. elektronischer Form vor.

Darüber hinaus bestehen Präzisierungs- und Ergänzungsbedarfe bei den Messungen der einzelnen Themenbereiche, die häufig ihrem theoretisch-konzeptionellen Erkenntnisanspruch nicht gerecht werden und nicht immer in der Lage sind, die Ambivalenzen und Paradoxien in den Einstellungs-, Wahrnehmungs- und Beurteilungsmustern der Bevölkerung hinreichend zu beobachten und zu erklären – auch mit Blick auf die raschen Veränderungen, denen gesellschaftliche Dynamiken heute unterliegen. Es fällt auf, dass sich die Erhebungsinstrumente für gleich klingende Konstrukte (z.B. *Demokratiezufriedenheit*) hinsichtlich der exakten Fragenformulierungen und Antwortvorgaben häufig stark unterscheiden, was auf Differenzen in der Konzeptionalisierung hinweist und die Vergleichbarkeit von Ergebnissen verschiedener Erhebungen erschwert bzw. verhindert. Darüber hinaus kommt es zwischen den Studien und innerhalb von Langzeiterhebungen immer wieder zu Veränderungen der Messinstrumente. Gleichzeitig wird bei der Auswahl der Messinstrumente häufig mehr auf Reliabilität (Verlässlichkeit durch Konstanthaltung) als auf Validität (Güte der Messung) geachtet, was deren Anwendbarkeit in Richtung von Aussagen über eine demokratische politische Kultur beeinträchtigt. Für die Konzeption des Demokratie-Kompasses ist es zwingend notwendig, reliable und valide Messinstrumente einzusetzen, wobei die konzeptionelle Rückbindung an wissenschaftlich fundierte theoretische Konstrukte entscheidend ist. Eine weitere Herausforderung, die sich in diesem Zusammenhang ergibt, ist die Anpassung der Itemformulierungen an aktuelle Ausprägungen verschiedener Phänomene sowie an zeitgemäße Sprachformen – insbesondere hinsichtlich der Entwicklungen bei inklusiver Sprache – bei gleichzeitiger Konstanthaltung der Fragestellungen aus Gründen der Vergleichbarkeit.

Auf Ebene der einzelnen Themenfelder ergeben sich einige konkrete Erweiterungsbedarfe. Diese beziehen sich beispielsweise auf folgenden Aspekte der demokratischen Kultur:

- Demokratieverständnis: *Was verstehen die Bürger*innen unter Demokratie? Welche Aspekte und Prinzipien gehören Ihrer Ansicht nach (idealerweise) zu einer Demokratie? Wie beeinflussen verschiedene Demokratieverständnisse demokratiebezogene Einstellungen?*
- Unterstützung der politischen Gemeinschaft: *Die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft ist eine wichtige Voraussetzung für die Unterstützung der Demokratie. Wie stark ist sie bei den Bürger*innen ausgeprägt? Welche Rolle spielen Gruppenidentitäten sowie Akzeptanzprobleme auf kollektiver Ebene dabei und wie kann man diese adäquat erfassen?*
- Demokratiezufriedenheit: *Wie zufrieden sind Bürger*innen mit der demokratischen Praxis in Deutschland, welche Erwartungen haben sie gegenüber der Politik und inwieweit werden diese erfüllt?*
- Partizipation und politische Selbstwirksamkeit: *Wie werden die Möglichkeiten politischer Einflussnahme eingeschätzt? Wie hoch ist die Bereitschaft zur Beteiligung an verschiedenen Partizipationsformen, z.B. an Streiks, oder zur Nutzung unkonventioneller, neuerer sowie digitaler Beteiligungsangebote? Wie verbreitet sind Politikverdrossenheit und das Gefühl politischer Machtlosigkeit?*
- Sozialisationserfahrungen: *Wie beeinflussen politische und gesellschaftliche Sozialisationserfahrungen demokratiebezogene Einstellungen?*
- politisches Wissen und Interesse: *Welche Rolle spielen politisches Wissen und Interesse sowie die Nutzung verschiedener Informationsquellen bzw. Medien (insbes. soziale Medien) für die politische Kultur?*
- Wahrnehmung und Beurteilung von Lebens- und Entwicklungschancen: *Wie schätzen Bürger*innen ihre individuellen und kollektiven Lebens- und Entwicklungschancen ein? Welche Rolle spielen damit verbundenen Benachteiligungsgefühle für die Demokratiezufriedenheit?*

- Kontakt: *Wie werden Interaktionen bzw. Kontakt zwischen Angehörigen unterschiedlicher ethnischer, kultureller und sozialer Gruppen erlebt und bewertet und wie wirkt sich dies auf die politische Kultur aus?*
- Abwertung und Diskriminierung: *Welches Problembewusstsein besteht in der Bevölkerung für die verschiedenen Abwertungs- und Diskriminierungsfacetten? Inwieweit stimmen die Bürger*innen Aussagen zur Erfassung von Ideologien der Ungleichwertigkeit (Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit) zu? Inwieweit sind sie selbst von Diskriminierung betroffen und wie hängt dies mit ihren politischen Einstellungen zusammen?*
- *Inwieweit zeigen sich Korrespondenzen zwischen Haltungen zur Demokratie und diskriminierenden, rassistischen Aussagen sowie Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit?* (bislang oft fehlende Auswertungsperspektive)
- Erklärungsfaktoren für Einstellungsunterschiede: *Inwiefern können Faktoren wie Wissensbestände, Kompetenzen, Erfahrungen, Beurteilungen sowie Individual- und Kollektivmerkmale der Befragten demokratiebezogene Einstellungen erklären?*

Obwohl es wünschenswert wäre, zahlreiche andere Aspekte im Rahmen des Demokratie-Kompasses zu adressieren, ist dies aus forschungspraktischen Gründen nicht möglich. Um den Stand und die Entwicklung der demokratischen Kultur in Deutschland zu analysieren, werden in der Konzeption jedoch die wesentlichen Aspekte und Erkenntnislücken aufgegriffen und an entsprechender Stelle näher ausgeführt.

Aus methodischer Perspektive ist relevant, dass selbst die größeren deutschlandweiten Erhebungen (mit Stichprobengrößen von ca. 2.500 Befragten) nur sehr bedingt dazu geeignet sind, aussagekräftige *regional vergleichende Analysen* durchzuführen, bei denen Einstellungsdifferenziale, sozialräumliche Strukturdisparitäten, darauf bezogene Beurteilungsmuster und daraus abgeleitete erklärende Faktoren in den Blick genommen werden können. Dafür sind deutlich größere Stichproben nötig, weil für die jeweiligen Gebietseinheiten ausreichend hohe Fallzahlen und eine repräsentative Abdeckung gewährleistet sein müssen (vgl. Kap. 7.1.3). Auch hier besteht also durch den Demokratie-Kompass Optimierungspotential, wobei allerdings der hohe finanzielle Aufwand einer entsprechenden Stichprobengröße berücksichtigt werden muss (vgl. Kap. 8). Darüber hinaus ist festzuhalten, dass nur wenige Studien ihre Erkenntnisse durch qualitative Begleitforschung vertiefen. Dies ist jedoch notwendig, um einerseits komplexe Sinnbezüge, Begriffsverständnisse und Bedeutungsinhalte im Zusammenhang mit der demokratischen Kultur erfassen zu können, und um andererseits marginalisierten Perspektiven mehr Raum zu geben, die in Repräsentativbefragungen kaum adäquat erfasst werden können (vgl. Kap. 7.3).

3. Erkenntnisse aus der Befragung relevanter Akteur*innen in Politik und Zivilgesellschaft

Da es ein zentraler Anspruch des Demokratie-Kompasses ist, durch die erlangten Erkenntnisse auch zivilgesellschaftliche Akteur*innen, insbesondere im Bereich der Demokratieförderung, zu stärken, wurde bei der Konzeption Wert auf die Berücksichtigung der Perspektiven und Bedarfe von Praktiker*innen gelegt. Um diese zu erfassen, wurden ein Fachtag und eine Online-Befragung durchgeführt, deren Ziel es war, zu eruieren, welche Interessen, Vorstellungen und Erwartungen unterschiedliche Akteur*innen der Zivilgesellschaft hinsichtlich eines Demokratie-Kompasses haben und welche Forschungs- und Erkenntnislücken bzw. Defizite bei der bisherigen Erforschung der demokratischen Kultur aus ihrer Sicht bestehen. Im Vordergrund standen Fragen der inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung eines Demokratie-Monitorings sowie der Gestaltung des Wissenschaft-Praxis-Trans-

fers. Insbesondere der Fachtag lieferte darüber hinaus einen Rahmen, in dem die Möglichkeiten und Grenzen eines Demokratie-Kompasses an Praktiker*innen kommuniziert und mit ihnen diskutiert werden konnten.

Es zeigte sich u.a., dass Praktiker*innen einen hohen Bedarf für ein bundesweites Demokratie-Monitoring sehen, dass sich ihre Erkenntnisbedarfe auf eine Vielzahl an Themenfelder beziehen, und dass sie einen wechselseitigen und niedrigschwelligen Wissenschaft-Praxis-Transfer für besonders relevant halten. Vorgehen und Erkenntnisse aus Fachtag und Online-Befragung werden im Folgenden im Detail dargestellt.

3.1 Fachtag „Wie und wozu sollte Demokratie gemessen werden?“ – Anforderungen und Erwartungen an ein Monitoring aus Sicht der Zivilgesellschaft

3.1.1 Vorgehen beim Fachtag

Zum digitalen Fachtag *„Wie und wozu sollte Demokratie gemessen werden?“ – Anforderungen und Erwartungen an ein Monitoring aus Sicht der Zivilgesellschaft* am Freitag, dem 17. Juni 2022, wurden zivilgesellschaftliche Akteur*innen der Demokratieförderung, Demokratiearbeit und politischen Bildung aus ganz Deutschland – darunter Vertreter*innen der Landesdemokratiezentren und der lokalen Partnerschaften für Demokratie sowie zivilgesellschaftliche Träger der Demokratieförderung und der Selbstorganisation ethnischer, kultureller und sozialer Gruppen – eingeladen. Zusammen mit Vertreter*innen des BMFSFJ und des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA), den Mitgliedern des Projektkonsortiums und unterstützenden Mitarbeiter*innen des IDZ Jena nahmen insgesamt 50 Personen teil. Während des Fachtags wurde über den Online-Dienst *Mentimeter* eine Umfrage über die Tätigkeitsbereiche der Teilnehmenden durchgeführt (vgl. Dokumentation Fachtag MStDK[4]), die darauf hinweist, dass Vertreter*innen aus verschiedensten Tätigkeitsbereichen (Demokratieförderung, zivilgesellschaftliche Interessensvertretung/Selbstorganisation, Behörde/Verwaltung/Landesdemokratiezentrum, Politische Bildung und Aufklärung) anwesend waren und somit eine Vielfalt an Perspektiven einfließen konnte.

Nach einem einführenden Vortrag zu den wissenschaftlichen Grundlagen sowie ausgewählten Befunden der Demokratieforschung wurden in gemeinsamer Diskussion und thematisch fokussierten Diskussionsgruppen u.a. folgende Fragen vertieft: *Welche Erkenntnisbedarfe haben Praktiker*innen – auf welche praxisrelevanten Fragen müsste ein Monitoring der demokratischen Kultur Antworten finden? Wie sollten Forschungsergebnisse zu demokratierelevanten Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung für die zivilgesellschaftliche Praxis zur Verfügung gestellt werden? Welche Bedarfe und Interessen von Angehörigen marginalisierter Gruppen gibt es hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen und wie können diese bestmöglich berücksichtigt werden? Welche Bedarfe bestehen hinsichtlich der praktisch-methodischen Umsetzung eines Demokratie-Kompasses?*

Die Diskussionen wurden unter Einwilligung aller Teilnehmenden und unter Wahrung von Vertraulichkeit und Anonymität aufgezeichnet. Auf Grundlage der Aufzeichnung wurde eine zusammenfassende Diskussions- und Ergebnisdokumentation erstellt. Auch Diskussionsergebnisse, die während des Fachtags in Form von Stichpunkten in Online-Pads gesam-

[4] Die Dokumentation zum Fachtag wurde der Auftraggeberin als PDF-Dokument übermittelt und den Teilnehmenden des Fachtags zur Verfügung gestellt.

melt wurden, sowie Ergebnisse der durchgeführten *Mentimeter*-Umfragen zu den Tätigkeitsbereichen und Erkenntnisbedarfen der Teilnehmenden wurden zum Zweck der Auswertung gesichert.

3.1.2 Ergebnisse des Fachtags

Die Teilnehmenden bekundeten vielfältige Erkenntnisbedarfe zu Aspekten der demokratischen Kultur und deren Erklärungsfaktoren.

Ein zentrales Thema des Fachtags war die Frage, welche Erkenntnisbedarfe, die durch ein Monitoring der politischen Kultur adressiert werden können bzw. sollten, Praktiker*innen haben. In einer *Mentimeter*-Umfrage zu der Frage „Welcher Aspekt der Demokratieforschung ist für Ihre Arbeit besonders wichtig bzw. interessant?“ wurden diesbezüglich verschiedenste Antwortvorgaben ausgewählt, wobei *Politische Partizipation und Engagement* sowie *Soziale Lage, Gerechtigkeitswahrnehmung, Benachteiligungsgefühle* besonders häufig genannt wurden. In der anschließenden Diskussion zeigte sich, dass die Erkenntnisbedarfe vielfältig sind. Sie beziehen sich unter anderem auf folgende Fragestellungen:

- Welche (verschiedenen) Demokratieverständnisse bestehen in der Bevölkerung und welchen Einfluss haben diese auf die politische Kultur?
- Wie schätzen verschiedene Personen(-gruppen) ihre Möglichkeiten für politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe ein? welche politische Selbstwirksamkeit erleben sie?
- Durch welche Faktoren lassen sich politische Einstellungen erklären?
- Welche regionalen Unterschiede gibt es bzgl. der politischen Kultur und welche spezifischen Interventionsbedarfe und -möglichkeiten lassen sich daraus ableiten?
- Welche Frustrationseffekte lassen sich identifizieren, die zu einer negativeren Demokratiebewertung führen?
- Wie beeinflussen Identitäts- und Zugehörigkeitsgefühle demokratiebezogene Einstellungen? Wie unterscheiden sich in diesem Zusammenhang Selbstbeschreibungen von Fremdzuschreibungen?

Als mögliche Anwendungsbereiche von Erkenntnissen der Demokratieforschung in der Praxis wurden die Ableitung von Forderungen an die Politik, eine gezielte Ausgestaltung der zivilgesellschaftlichen Praxis, die Fundierung von Entscheidungen über Projektförderungen sowie die Legitimation der eigenen Arbeit genannt.

Aus Perspektive der Praktiker*innen ist ein wechselseitiger und niedrigschwelliger Wissenschaft-Praxis-Transfer notwendig.

Hinsichtlich des Wissenschaft Praxis Transfers wurden zwei zentrale Forderungen bzw. Bedürfnisse deutlich. Zum einen wurde immer wieder die Bedeutung eines *wechselseitigen* Transfers auf Augenhöhe thematisiert. Es sollen demnach nicht nur Erkenntnisse aus der Forschung in die Praxis vermittelt werden, sondern andersherum auch die Expertise von Praktiker*innen in den Forschungsprozess einbezogen werden, insbesondere bei der Formulierung von Erkenntnisbedarfen und bei der Ableitung von Schlussfolgerungen für die Praxis. Hierfür wurden verschiedene Formate diskutiert, die von der regelmäßigen Durchführung (qualitativer) Bedarfsanalysen bis hin zur festen Verankerung des wechselseitigen Transfers im Forschungsprozess, z.B. durch Implementierung eines Praxis-Beirats, reichen. Zum anderen wurden diverse Formate der Kommunikation von Forschungsergebnissen diskutiert, wobei sich zeigte, dass eine niedrigschwellige Vermittlung ein zentrales Anliegen ist. Es werden in diesem Zusammenhang u.a. (zielgruppenspezifische) Broschüren einschließlich Einordnung und Kontextualisierung der Forschungsergebnisse, eine verständliche Vermittlung des wissenschaftlichen Vorgehens, konkrete Handlungsempfehlungen für die Praxis sowie (zielgruppenspezifische) Vermittlungs- bzw. Austauschveranstaltungen (z.B. via Zoom) gewünscht.

Die adäquate Erfassung der Perspektiven von Angehörigen marginalisierter Gruppen muss einen zentralen Anspruch der Demokratieforschung darstellen.

Es wurde betont, dass Erfahrungen, Wahrnehmungen, Perspektiven, Bedürfnisse und Wissen von Angehörigen marginalisierter Gruppen (u.a. von Migrant*innen, Menschen mit Behinderung etc.) in der Demokratieforschung verstärkt berücksichtigt werden müssen, um das in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft häufig mangelhafte Verständnis hierüber sowie über assoziierte strukturelle Probleme zu verbessern, sowie einen Dialog hierzu zu befördern. Dabei muss beachtet werden, dass die Perspektiven marginalisierter Personen besonders in der heutigen postmigrantischen Gesellschaft sehr vielfältig sind und sich häufig nicht einfach „klassischen" Diskriminierungsmerkmalen zuordnen lassen. Auch die adäquate Erfassung verschiedener Abwertungsdimensionen und ihr Zusammenwirken (intersektionale Diskriminierung) wird als wichtig empfunden, da sich multiple Benachteiligungen und Ausschlüsse auch in Defiziten demokratischer Teilhabe und dem Verhältnis zu staatlichen Institutionen manifestieren. Der Themenbereich „Klassismus", also die Abwertung/Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft/des sozialen Status, wurde als wichtige Facette von Ungleichwertigkeit, als Herausforderung für die demokratische Kultur und als bisher vernachlässigtes Forschungsthema identifiziert. Darüber hinaus können und sollten Zusammenhänge zwischen Marginalisierung und politischer Kultur erforscht werden, wobei u.a. folgende thematische Anknüpfungspunkte diskutiert wurden:

- Zusammenhänge zwischen erlebter Exklusion aus der Gesellschaft, politischer Einflusserwartung, Partizipationsverhalten und Politikverdrossenheit
- Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit
- Wissen über Selbstorganisation, Interessensvertretung und Repräsentation
- Interkulturelle Wissensbestände
- das Verhältnis zwischen Kontakt und Begegnung einerseits und Ressentiments und Vorurteilen andererseits
- Die Frage danach, wie sich Einstellungen gegenüber marginalisierten Gruppen in Verhalten übersetzen und welche Handlungsmacht insbesondere Angehörige der sogenannten Mehrheitsgesellschaft dabei besitzen.

Aus der Beteiligung relevanter Akteur*innen der Demokratiearbeit ergeben sich verschiedene Implikation für die methodische Ausgestaltung eines Demokratie-Kompasses, so z.B. die Relevanz von qualitativer Begleitforschung, durch die bisher fehlende Perspektiven besser erfasst werden können, sowie die Notwendigkeit, möglichen Barrieren bei der Befragung betreffender Personen (z.B. Sprachbarrieren) entgegenzuwirken.

3.2 Online-Befragung

3.2.1 Vorgehen bei der Online-Befragung und Beschreibung der Stichprobe

Anschließend an den Fachtag wurde eine Online-Befragung durchgeführt, die das Ziel hatte, die erlangten Erkenntnisse durch die Befragung einer größeren Anzahl an Praktiker*innen zu erweitern und zu validieren. Zu diesem Zweck wurde über die Plattform *SoSci-Survey* ein Fragebogen erstellt (vgl. Anhang 1), für den bereits Anregungen aus dem Fachtag aufgegriffen wurden. Er umfasst 16 Multiple Choice und offene Fragen

- zum Tätigkeitbereich der Teilnehmenden (z.B. *Mit welchen der nachfolgenden Phänomene setzen Sie sich in Ihrer Tätigkeit auseinander*?),
- zu Praxisrelevanz und Erkenntnisbedarfen (z.B. *Welche Erkenntnisbedarfe haben Sie – auf welche praxisrelevanten Fragen müsste ein Monitoring der demokratischen Kultur Antworten finden? Welche Erkenntnislücken und Defizite sehen Sie hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen?*) und
- zu Bedarfen hinsichtlich des Wissenschaft-Praxis-Transfers (z.B. *Wie wichtig sind Ihnen folgende Aspekte der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis?)*.

Die Einladung zur Teilnahme an der Befragung wurde per E-Mail an 1.632 zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Initiativen und Institutionen versendet; nach 14 Tagen erfolgte eine Erinnerung an die Möglichkeit der Teilnahme per E-Mail. Während der Feldzeit zwischen dem 13. Juli und dem 13. August 2022 nahmen 581 Praktiker*innen an der Befragung teil (35,6 % Brutto-Ausschöpfungsquote). 145 Fälle mussten aufgrund von unvollständigen Angaben oder fehlender Einverständniserklärung von der weiteren Analyse ausgeschlossen werden. 436 Praktiker*innen (26,7% Netto-Ausschöpfungsquote) beantworteten den Fragebogen vollständig und gaben ihr Einverständnis zur weiteren Verarbeitung der erhobenen Daten. Multiple-Choice-Fragen wurden deskriptiv-statistisch ausgewertet. Die Antworten der offenen Fragen wurden auf ergänzende Aspekte hin untersucht und im Falle einer offenen Frage nach Erkenntnisbedarfen systematisch ausgewertet, indem Antworten codiert und thematisch gebündelt wurden.

Auch in der Online-Befragung setzte sich die Stichprobe aus Angehörigen verschiedenster Engagementfelder zusammen. Wenig überraschend angesichts der Adressat*innen der Umfrage ist, dass 99 % der Befragten ihre Tätigkeit überwiegend oder etwas im Bereich der Demokratieförderung verorten. Auch mit politischer Bildung und Aufklärung (95,1 %) sowie Intervention / Prävention (86,5 %) hat ein Großteil der Befragten in ihrer Arbeit zumindest etwas zu tun. Dabei spielen verschiedenste Phänomene eine Rolle; besonders häufig wurde die Auseinandersetzung mit Abwertungseinstellungen / Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (96,7 %), Antidiskriminierung (96,3 %) und Rechtsextremismus (95,3%) in der eigenen Tätigkeit zumindest etwas bestätigt. Am wenigsten verbreitet ist die Beschäftigung mit Linksextremismus, wobei immer noch 34,3 % der Befragten angaben, sich viel oder etwas in ihrer Tätigkeit damit zu befassen. Es zeigte sich weiterhin, dass Akteur*innen und Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet in der Stichprobe vertreten sind, wobei Befragte mit Tätigkeit in Berlin (10,8%), Nordrhein-Westfahlen (10,6%) und Sachsen (10,1%) die größten Gruppen darstellen. Hinsichtlich der Zielgruppen der Tätigkeit wurde die Zusammenarbeit mit Multiplikator*innen (88,3 %), anderen zivilgesellschaftlichen Trägern (75,5 %) und der allgemeinen Öffentlichkeit (61,2 %) am häufigsten genannt. 71,1 % der Befragten nannten Jugendliche als ihre Zielgruppe, 22,5 % Kinder, 87,2 % Erwachsene und 17,0 % Senior*innen. Insgesamt ist somit ein breites Spektrum von Tätigkeitsbereichen vertreten.

3.2.2 Ergebnisse der Online-Befragung[5]

Die Praxisrelevanz eines Demokratie-Monitorings und die Vielfalt der Erkenntnisbedarfe werden bestätigt.

93 % der Befragten gaben an, dass Befunde aus Studien der Demokratieforschung für ihre Tätigkeit sehr wichtig (32,6 %), eher wichtig (36,3 %) oder teils/teils (24,1 %) wichtig sind, womit grundsätzlich von einer Praxisrelevanz entsprechender Forschungsprojekte ausgegangen werden kann. Gefragt nach der Bedeutsamkeit verschiedener Themenbereiche der Demokratieforschung in diesem Zusammenhang – angelehnt an Erkenntnisse aus der Forschungsfelderkundung sowie Nennungen aus dem Fachtag – zeigte sich, dass sämtliche Themenfelder für einen Großteil der Befragten zumindest teilweise relevant zu sein scheinen.[6] An erster Stelle stehen politische Partizipation und Engagement (96,9 %), dicht gefolgt von allgemeinen Einstellungen zur Demokratieakzeptanz/-zufriedenheit (69,7 %), Vorstellungen von Demokratie (96,3 %), Einschätzung der politischen Einflussnahme und Selbstwirksamkeit (96,2 %) und Abwertungseinstellungen / GMF (95,9 %). Die Befragten

[5] Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und Übersichtlichkeit findet sich die vollständige graphische Ergebnisdarstellung in Anhang 2.

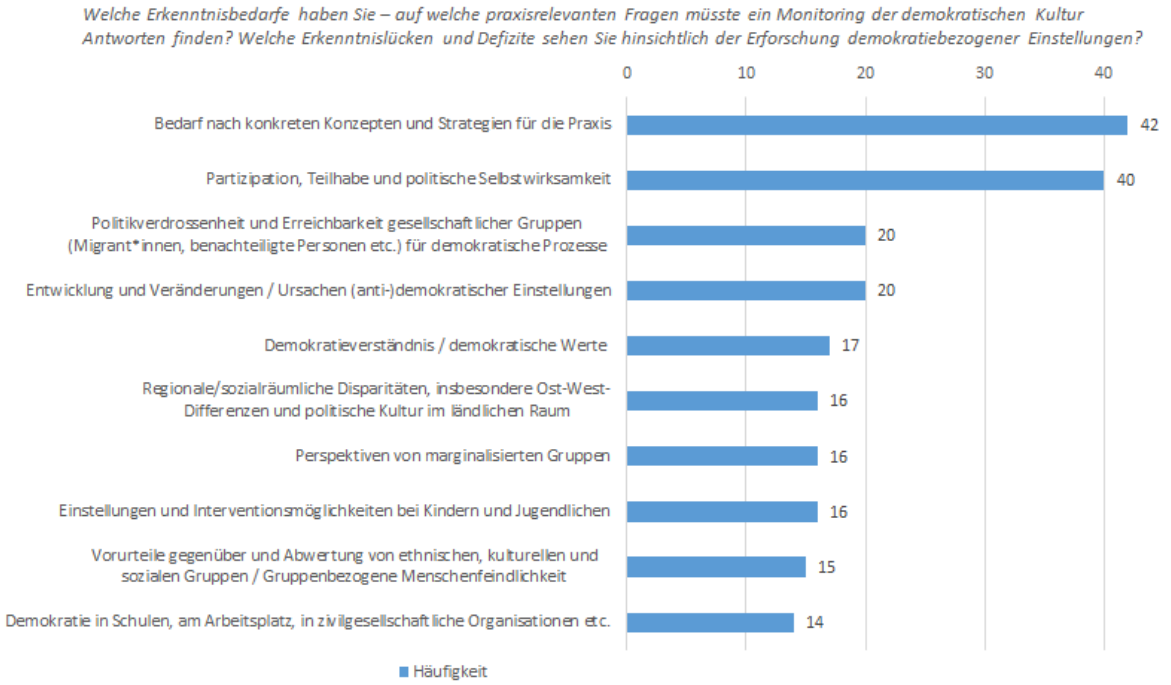
[6] Da aus Sicht des Forschungskonsortiums auch eine teilweise Zustimmung für bedeutsam erachtet wurde und bei den konzeptionellen Überlegungen bzgl. des Demokratie-Kompasses berücksichtigt werden sollte, wurden die Antwortvorgaben „sehr wichtig“, „eher wichtig“ und „teils/teils“ für die Auswertung jeweils zu einem Gesamt-Zustimmungswert zusammengefasst. Für eine differenzierte Darstellung der Zustimmungswerte für die einzelnen Antwortvorgaben vgl. Anhang 2.

wurden darüber hinaus gebeten, aus einer Reihe von Phänomenen aus dem Bereich der Abwertungseinstellungen diejenigen auszuwählen, die aus ihrer Sicht stärker in der Demokratieforschung berücksichtigt werden sollten. Hier wurden besonders Abwertung / Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft / sozialen Status (Klassismus, 86,6 %), Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus (49,8 %) und Rassismus und Migrant*innenfeindlichkeit (45,2 %) genannt. **Zwischen den Befragtengruppen in den am häufigsten vertretenen Handlungsfeldern und mit unterschiedlichen Zielgruppen unterscheiden sich die o.g. Erkenntnisinteressen bzw. -bedarfe sowie die Einschätzungen der Wichtigkeit von Themen nur geringfügig.**

Die Auswertung der offenen Frage *Welche Erkenntnisbedarfe haben Sie – auf welche praxisrelevanten Fragen müsste ein Monitoring der demokratischen Kultur Antworten finden? Welche Erkenntnislücken und Defizite sehen Sie hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen?* bestätigte die große Bandbreite an Themen, die für Praktiker*innen relevant sind (vgl. Abb. 1). Im Vordergrund stehen hier Fragen von Partizipation, Teilhabe und politischer Selbstwirksamkeit, von Entwicklung und Veränderungen bzw. Ursachen (anti-)demokratischer Einstellungen, von Politikverdrossenheit und Erreichbarkeit verschiedener gesellschaftlicher Gruppen für demokratische Prozesse, von Demokratieverständnis und demokratischen Werten, von regionalen Disparitäten der politischen Kultur, von Perspektiven marginalisierter Gruppen und von Einstellungen und Interventionsmöglichkeiten bei Kindern und Jugendlichen. Sehr häufig wurden diese Themen mit dem Bedarf nach konkreten Konzepten und Strategien für die Praxis verknüpft.

Die Befragung ergab des Weiteren, dass eine Mehrheit der Befragten (89,7 %) Erkenntnisse der Demokratieforschung in erster Linie nutzen, um Hintergrundinformationen über Phänomene und Zusammenhänge zu gewinnen, mit denen sie in ihrer praktischen Arbeit zu tun haben. Aber auch alle anderen vorgegebenen Antwortmöglichkeiten (Ableitung von Strategien der Demokratieförderung, Ableitung von politischen Forderungen und Handlungsempfehlungen, Erstellung von Konzepten für die pädagogische Arbeit, Erstellung von Argumentationshilfen, Erstellung von Bildungsmaterialien) wurden von 40 bis 55 % der Teilnehmenden genannt. Ergänzend wurde u.a. angegeben, dass Erkenntnisse als Grundlage für die Konzeption von Projekten, zur Begründung bei Fördermittelvergabe oder -akquise, für die Konzeption von Workshops und Vorträgen und für Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden.

Abbildung 1 *Erkenntnisbedarfe von Praktiker*innen*



Die zehn am häufigsten genannten Erkenntnisbedarfe: Kategoriebildung aufgrund der Antworten auf die offene Frage „Welche Erkenntnisbedarfe haben Sie – auf welche praxisrelevanten Fragen müsste ein Monitoring der demokratischen Kultur Antworten finden? Welche Erkenntnislücken und Defizite sehen Sie hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen?“

Transferformate sollten allgemeinverständlich, praxisorientiert, zielgruppenspezifisch und vielfältig sein; Verschiedene Strategien, Praktiker*innen in den Forschungsprozess einzubeziehen, werden von einer großen Mehrheit der Befragten begrüßt.

Durch die Online-Befragung bestätigten sich eine Vielzahl von Erkenntnissen aus dem Fachtag zum Wissenschaft-Praxis-Transfer. Hinsichtlich der Vermittlung von Forschungsergebnissen bekräftigten die Teilnehmenden den Wunsch nach einer anschaulichen Aufbereitung von Forschungsergebnissen (98,4 % *sehr wichtig-, eher wichtig-* oder *teils/teils*-Angaben), nach einer Einordnung und Kontextualisierung der Forschungsbefunde (97,6 % *sehr wichtig-, eher wichtig-* oder *teils/teils*-Angaben), nach zielgruppenspezifischer Ableitung von Handlungsempfehlungen (96,8 % *sehr wichtig-, eher wichtig-* oder *teils/teils*-Angaben) und nach einer verständlichen Vermittlung des wissenschaftlichen Vorgehens (93 % *sehr wichtig-, eher wichtig-* oder *teils/teils*-Angaben). Es werden verschiedene Formate des Transfers gewünscht, insbesondere eine schriftliche Kurzdarstellung der wichtigsten Ergebnisse (86,5 % Ja-Angaben), Broschüren mit Fokus auf Handlungsempfehlungen (68,3 % Ja-Angaben) und Informations- und Diskussionsveranstaltungen (61,2 % Ja-Angaben). Auch audiovisuelle Inhalte, z.B. Informationsvideos, werden von 44,5 % der Befragten gewünscht; immerhin 33 % sprachen sich für einen ausführlichen Forschungsbericht mit Tabellenanhängen aus. In den Freitextantworten wurde wiederholt betont, dass der Fokus der vermittelten Inhalte auf Handlungsoptionen liegen sollte und dass sie für verschiedene Zielgruppen unterschiedlich ausgestaltet werden sollten.

Auch die Forderung nach einem wechselseitigen Transfer bestätigte sich. Der Einbezug von Praktiker*innen bei der Formulierung von Forschungsinteressen und -fragen sowie bei der Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Praxis wird von einer großen Mehrheit (jeweils 98,3 %) als sehr wichtig, eher wichtig oder teils/teils wichtig angesehen. 97,5 % der

Befragten sprachen sich sehr, etwas oder teilweise für die Durchführung von zielgruppenspezifischen Bedarfsanalysen zur Identifizierung von Erkenntnisbedarfen von Praktiker*innen aus. Eine Möglichkeit, zivilgesellschaftliche Perspektiven fortlaufend in den Forschungsprozess zu integrieren, stellen (möglichst divers besetzte) Praxisbeiräte mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft dar, wie sie bereits in einigen sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituten oder Forschungsverbünden existieren (u.a. dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), dem Else-Frenkel-Brunswik-Institut für Demokratieforschung und dem IDZ). 92,1 % der Befragten halten eine Begleitung des gesamten Forschungsprozesses durch einen solchen Beirat zumindest teilweise für bedeutsam.

Auch in den Freitextantworten standen zum einen der Wunsch nach einem wechselseitigen, fest verankerten Wissenschaft-Praxis-Transfer und Austausch auf Augenhöhe während des gesamten Forschungsprozesses und zum anderen der Wunsch nach einer möglichst niedrigschwelligen (und auch inklusiven) Vermittlung der Ergebnisse im Vordergrund. Dabei wurde immer wieder auf die begrenzten zeitlichen und finanziellen Ressourcen in der zivilgesellschaftlichen Arbeit verwiesen und betont, dass für den Transfer Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen – insbesondere durch eine entsprechende finanzielle Ausgestaltung –, die sicherstellen, dass er nicht zu einer zusätzlichen Belastung für Praktiker*innen wird. Darüber hinaus wurde auf die Vielfalt an Perspektiven aus der Zivilgesellschaft hingewiesen, die im Transfer umfassend berücksichtigt werden müssen.

Weitere genannte Aspekte betreffen die Rollen der am Forschungsprojekt beteiligten Parteien und Personen, die Bedeutung von Sprache im Forschungsprozess, und einige Anregungen, die über den Anspruch und die Möglichkeiten des Demokratie-Monitorings hinausgehen.

Die Freitextangaben lieferten einige weiterführende Anregungen, von denen die häufigsten und markantesten im Folgenden kurz dargestellt werden.

Eine Frage, die mehrfach aufgeworfen wurde, ist die nach den am Forschungsprozess beteiligten Parteien und Personen. Einerseits wurde in diesem Zusammenhang auf die Zusammensetzung des Forschungsteams abgezielt und darauf verwiesen, dass die angestrebte Perspektivenvielfalt nur erlangt werden kann, wenn die beauftragten Wissenschaftler*innen nicht mehrheitlich selbst der Dominanzgesellschaft angehören, sondern auch hier Angehörige marginalisierter Gruppen beteiligt sein müssen. Zum anderen wurde die Rolle politischer Institutionen thematisiert, die für den Demokratie-Kompass einerseits als Rezipierende von Forschungsergebnissen mit eigenen Bedarfen bedeutsam sind und andererseits als Auftraggebende mit spezifischen Interessen. Es wurde die Bedeutsamkeit eines fortlaufenden (Selbst-)Reflexionsprozesses über die Interessen und Perspektiven aller Beteiligten betont.

Auf mehreren Ebenen wurde über die Bedeutung von Sprache geschrieben. Dies bezieht sich zum einen im Kontext von Erkenntnisbedarfen auf die Zusammenhänge zwischen Sprachgebrauch und politischer Kultur (z.B. Einfluss von Sprachkultur im Netz auf demokratierelevante Einstellungen, Einfluss der Kommunikation politischer Entscheidungen auf demokratierelevante Einstellungen etc.), aber auch auf die im Forschungsprozess genutzten Sprachformen und Begriffe (z.B. die Formulierung von Items im Fragebogen), die besonders gegenüber den Bedarfen und Erfahrungen von Angehörigen marginalisierter Gruppen sensibel sein müssen. Auch dies muss im Rahmen der Forschungstätigkeit thematisiert und reflektiert werden.

Einige der in den Freitextantworten geäußerten Aspekte gehen über die Möglichkeiten bzw. den Anspruch des Demokratie-Kompasses hinaus. Hierzu gehört z.B. der Wunsch nach Untersuchung spezifischer Konzepte der Demokratieförderung, nach Evaluation der praktischen Umsetzung von Handlungsempfehlungen, sowie nach Thematisierung der (häufig

als frustrierend erlebten) Rahmen- bzw. Arbeitsbedingungen in der zivilgesellschaftlichen Praxis. Hiermit einher geht auch die Forderung nach partizipativen und innovativen Forschungsmethoden, die auf Erkenntnisinteressen jenseits des Monitorings der politischen Kultur abzielen und die durch den Demokratie-Kompass nicht geleistet werden können.[7] Diese Punkte können daher im Rahmen des Demokratie-Kompasses nicht aufgegriffen werden, sie können jedoch Anknüpfungspunkte für weiterführende Projekte darstellen.

3.3 Schlussfolgerungen aus Fachtag und Online-Befragung

Aus den zahlreichen und vielfältigen Anregungen aus dem Fachtag und den Ergebnissen der Online-Befragung lassen sich folgende zentrale Schlussfolgerungen ziehen:

- Man kann grundsätzlich von einem hohen Bedarf für einen Demokratie-Kompass aus Sicht von Praktiker*innen der Demokratiearbeit und Demokratiebildung ausgehen.
- Erkenntnisbedarfe sind vielfältig; keine Dimension der politischen Kultur wird als unbedeutsam angesehen. Zu den Themen, die mehrheitlich als sehr wichtig oder wichtig bewertet werden, gehören:
  - Themen der Partizipation, Teilhabe und politischen Selbstwirksamkeit
  - Vorstellungen von Demokratie/Demokratieverständnisse
  - Allgemeinen Einstellungen zur Demokratieakzeptanz/-zufriedenheit
  - Einflussfaktoren für demokratierelevante Einstellungen
  - Abwertungseinstellungen und Diskriminierungserfahrungen
  - Perspektiven Angehöriger marginalisierter Gruppen
- Einige dieser Erkenntnisbedarfe (z.B. die spezifischen politischen Exklusionserfahrungen von Personen mit Migrationshintergrund und deren Folgen) können hinreichend nur durch qualitative Forschungsansätze erfasst werden (vgl. Kap. 7.3); manche liegen gänzlich außerhalb der Möglichkeiten bzw. des Anspruchs des Demokratie-Kompasses (z.B. die Evaluation der Arbeitsbedingungen in der zivilgesellschaftlichen Praxis).
- Es wird ein fortlaufender, wechselseitiger Wissenschaft-Praxis-Transfer gewünscht, bei dem z.B. Impulse aus der Praxis für die wissenschaftliche Themensetzung auch in Zukunft aufgegriffen werden.
- *Transfer aus der Wissenschaft in die Praxis sollte niedrigschwellig und allgemeinverständlich sein und konkrete Handlungsoptionen beinhalten. Hinsichtlich der Vermittlungsformate gibt es verschiedenste Bedürfnisse, was nahelegt, dass der Transfer mehrdimensional aufgestellt werden sollte*.

[7] Beispielsweise ist es nicht möglich, im Rahmen eines Demokratie-Kompass Bürger*innen ohne sozialwissenschaftliche Fachexpertise unter Anleitung und Begleitung durch Expert*innen eigene Forschungsinteressen verfolgen und eigene Forschungsprojekte durchführen zu lassen („Citizen Science“).

5. Erkenntnisse aus den Hintergrundgesprächen mit externen Expert*innen der Demokratieforschung

Neben den Perspektiven der Praktiker*innen aus Politik und Zivilgesellschaft wurden zur Entwicklung der Konzeption des Demokratie-Kompasses ergänzende Gespräche mit Expert*innen (Kolleg*innen) aus dem Bereich der empirischen Demokratieforschung geführt. Ziel war es hierbei vor allem, methodologische und technische Fragen abzuklären. Da die an der Erstellung dieser Konzeption beteiligten Wissenschaftler*innen über eine breite inhaltliche Expertise im Bereich der Demokratieforschung verfügen, wurde ein besonderer Schwerpunkt auf Aspekte gelegt, die die vorhandene Expertise gewinnbringend erweitern. Daher wurden Expert*innen ausgewählt, die über besondere Kenntnisse und Erfahrungen in den Bereichen der Durchführung repräsentativer Bevölkerungsbefragungen, des Erhebungsdesigns und der Einstellungsmessung haben.

Am 13.9.2022 fand ein Hintergrundgespräch mit Rainer Schwarz, Geschäftsführer des Umfrageinstitutes USUMA in Berlin, als einem Experten für Erhebungsdesigns und die Realisierung von deutschlandweiten Repräsentativbefragungen statt. Fokussiert wurden zum einen Erhebungsdesigns und Befragungsformen und zum anderen ungefähre Kosten der geplanten Erhebung. Herr Schwarz sprach sich gegen die Durchführung einer Paneluntersuchung im Rahmen des Demokratie-Kompasses aus, da aufgrund der im Rahmen dieses Designs üblicherweise zu erwartenden Ausfälle keine Repräsentativität sichergestellt werden könne. Hinsichtlich der Befragungsform wies er darauf hin, dass Internetbefragungen zwar besonders kostengünstig seien, dass jedoch auch hier nicht mit repräsentativen Ergebnissen gerechnet werden könne. Eine Telefonbefragung, die sowohl Festnetz- als auch Mobilfunkanschlüsse einbezieht, sei zwar als Erhebungsform grundsätzlich gut geeignet; sie sei jedoch durch eine maximale Befragungsdauer von ca. 30 Minuten beschränkt. „Goldstandard“ hinsichtlich Repräsentativität sei bei sachgerechtem Vorgehen nach wie vor die Face-to-Face-Befragung (persönliche Interviews). Hier könne mit einer maximalen Befragungsdauer von ca. 50 bis 60 Minuten gerechnet und damit ein besonders umfangreicher Fragenkatalog bearbeitet werden. Herr Schwarz schätzt die Kosten für eine Befragung von 2.500 Personen auf ca. 5000 € brutto pro Befragungsminute bei einer Dauer von 50 bis 60 Minuten, also auf ca. 250.000 bis 300.000 €. Bei einer höheren Stichprobengröße können die Kosten leicht sinken (vgl. Kap. 8). Inbegriffen seien hier Erhebung und Dokumentation, nicht jedoch die Auswertung.

Beratungsgespräche mit den Kolleg*innen im Ausschuss Daten des Forschungsinstituts Gesellschaftlicher Zusammenhalt (FGZ), die u.a. mit dem Aufbau und der Realisation der Zusammenhalts-Panelbefragung betraut sind und dadurch im engen Kontakt mit dem vom FGZ beauftragten Befragungsdienstleister stehen, berichteten von der erfolgreichen Implementierung eines Mixed-Mode- bzw. Push-to-Web-Konzeptes, bei dem eine Kostenreduktion durch die „Umleitung“ eines Teils der Befragten von PAPI- oder telefonischen (CATI-)Interviews auf einen Internetfragebogen (CAWI) erzielt wird. Allerdings beträgt die maximal erreichbare CAWI-Quote 40–50 % und kann bei einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe nicht beliebig erhöht werden. Die Erfahrungen aus der Pilotphase sowie der ersten und zweiten Erhebungswelle des FGZ-Panels, die z.T. auf das vorgeschlagene Längsschnitt-Survey-Design eines Demokratie-Kompass übertragen werden können, zeigen, dass bei der Realisation einer thematisch umfangreichen Repräsentativbefragung mit sehr großen Stichprobenzahlen auch beim Einsatz eines Mixed-Mode-Einsatzes auf jeden Fall ein Finanzbedarf im höheren sechsstelligen Bereich entsteht (vgl. Kap. 8).

Am 11.08.2022 wurde mit Dr. L. Constantin Wurthmann, Mitarbeiter des GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften e.V., ein Hintergrundgespräch geführt, in dem insbesondere die Messung von Wertorientierungen und die Skalierung von Antwortkategorien in diesem Zusammenhang thematisiert wurden. Das Gespräch hatte zum Ziel, eine möglichst forschungsaktuelle und valide Erhebung von Wertorientierungen der Bürger*innen, die in politischen Handlungen münden, zu ermöglichen und damit Anregungen für die Ausgestaltung des Schwerpunktthemas *Persönlichkeit, Werte und politische Ideologien* (vgl. Kap. 7.2.4.4) zu liefern. Während bei der Messung von Wertorientierung grundsätzlich zwischen der sozial-psychologischen Werteskala nach Schwartz (vgl. Schwartz et al., 2012) und gesellschaftlicher Wertorientierung differenziert werden kann, empfahl Dr. Wurthmann eine Unterteilung der gesellschaftlichen Wertorientierung in Links-Rechts-Materialismus (sozioökonomische Konfliktlinie), Religiosität (Religion vs. Säkularismus Konfliktlinie), Materialismus-Post-Materialismus (Modernisierungs-Konfliktlinie) und Nationalismus-Kosmopolitismus (national-autoritäre vs. kosmopolitisch-liberale Konfliktlinie). Die Erhebung der Wertorientierungen sollte dabei mittels Einzel-Items erfolgen, für die empfohlene Fragestellungen vorliegen (vgl. Kap. 7.2.4.4). Darüber hinaus sprach sich Dr. Wurthmann für die Verwendung einer elfstufigen Skala (1-11) mit konfrontierenden Frageformulierungen aus. Auf Grund der weiten Spannbreite dieser Skala könnten sich die Befragten gut verorten, wobei Dr. Wurthmann die in dieser ungeraden Skala vorliegende Mittelkategorie als eine latent positive Kategorie für „Mitläufer*innen" interpretiert. Zudem würde eine Elferskala die Verwendung der Daten als quasimetrisch erlauben und damit statistische Analysen erleichtern.

6. Konzeptionelle Überlegungen zu Bedarf und Umsetzbarkeit des Demokratie-Kompasses

Die Forschungsfelderkundung zeigte deutlich, dass zwar eine Reihe regelmäßig durchgeführter Repräsentativbefragungen im Bereich der politischen Kulturforschung existieren, dass diese jedoch meist aufgrund eines spezifischen thematischen oder regionalen Fokus und/oder aufgrund begrenzter finanzieller Mittel nur einen eingeschränkten Ausschnitt relevanter Phänomene und Zusammenhänge beleuchten können. **Für das Erlangen umfangreicher und differenzierter Kenntnisse sowie für die fortlaufende Analyse aktueller und akuter Problemlagen und Interventionsbedarfe ist die Implementierung eines bundesweiten, umfangreichen Monitorings demokratiebezogener Einstellungen im Sinne des Demokratie-Kompasses daher unerlässlich**. Nur eine den gegenwärtigen methodischen Standards der empirischen Sozialforschung entsprechende, umfassende, regelmäßige Repräsentativbefragung erlaubt es, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen zeitnah zu erfassen und bei kontinuierlicher Durchführung fortlaufend ein Monitoring für politischen Handlungsbedarfe und -möglichkeiten bzgl. demokratieabträglicher Dynamiken, Spaltungs- und Polarisierungstendenzen in der Gesellschaft zu markieren. Dabei ist entscheidend, dass der Demokratie-Kompass sich nicht auf die einfache Erfassung von Häufigkeiten hinsichtlich der Ausprägung verschiedener Einstellungsmuster beschränkt, sondern durch die Kombinatorik verschiedener Einstellungsdimensionen und erklärender Variablen sowie den Einsatz entsprechender statistischer Verfahren die Analyse komplexer Zusammenhänge ermöglicht. Nur so können konkrete und abgesicherte Handlungsmöglichkeiten aus dem Material abgeleitet werden.

Um den vielfältigen Erkenntnisbedarfen gerecht zu werden und komplexe Phänomene erfassen zu können, ist es notwendig, dass der Demokratie-Kompass inhaltlich breit aufgestellt ist und eine Vielzahl an Einstellungsdimensionen berücksichtigt. Gleichzeitig ist aus

forschungspraktischen Gründen eine fokussierte Auswahl der abzudeckenden Themenfelder unvermeidbar, denn den Proband*innen kann nur eine begrenzte Befragungsdauer zugemutet werden, was dem Umfang des eingesetzten Fragebogens und damit der erfassbaren Variablen einschränkt. **Für den Demokratie-Kompass wird ein kontinuierlicher thematischer Kernbereich empfohlen, der auf Einstellungsfacetten liegt, die sich unmittelbar auf die politische Kultur und die Demokratie beziehen (v.a. Demokratieunterstützung, Demokratiebewertung und -kritik, Demokratieverständnisse, politisches Vertrauen, Repräsentation und Responsivität, politische Partizipation).** Diese sollten detailliert erhoben werden, wobei die Erfassungstiefe hier über die anderer Erhebungsprojekte im Bereich der politischen Kulturforschung hinausgehen sollte, um ein umfassendes Verständnis dieser Dimensionen zu ermöglichen. Zahlreiche angrenzende Themenfelder sind für ein Monitoring der demokratischen Kultur selbstverständlich ebenfalls relevant; sie sollten aus forschungspragmatischen Gründen jedoch eher knapp und unter Verwendung etablierter Messinstrumente erhoben werden. So kann die Integrierbarkeit dieser Einstellungsdimensionen für die vorgenommenen Analysen sowie die Vergleichbarkeit mit anderen Studien sichergestellt werden, ohne den Rahmen einer einzelnen Repräsentativbefragung zu sprengen. **Das Forschungskonsortium empfiehlt darüber hinaus für die Repräsentativbefragung des Demokratie-Kompasses einen modularen Aufbau, bestehend aus einem umfassenden, in jeder Erhebungswelle enthaltenen Kernbereich (Standard-Fragenprogramm) sowie einem jeweils wechselnden vertiefenden Schwerpunktthema.** Hierdurch kann das bestmögliche Gleichgewicht aus Langzeitbeobachtung zentraler Phänomene und zusätzlichem Erkenntnisgewinn durch die Erfassung weiterer Themenbereiche gewährleistet werden.

Nach umfassender Sichtung des Forschungsstands bestehender Demokratieforschungsprojekte kann geschlussfolgert werden, dass eine Repräsentativbefragung zwar wichtige Erkenntnisbedarfe adressieren kann und damit ein Kernelement eines Demokratie-Monitorings sein muss, dass ihr jedoch Grenzen gesetzt sind, denen nur durch die Ergänzung durch qualitativ-methodische Begleitforschung begegnet werden kann. **Aus diesem Grund wird für den Demokratie-Kompass ein Aufbau aus zwei Bestandteilen, nämlich (1) den Repräsentativbefragungen und (2) einem qualitativen Vertiefungsmodul, empfohlen**. Die Verknüpfung dieser Elemente, die z.B. im Rahmen des *Berlin-Monitors* und des *Niedersächsischen Demokratie-Monitors* bereits erprobt wurde, wäre auf Bundesebene einzigartig und verspricht einen enormen zusätzlichen Erkenntnisgewinn hinsichtlich verschiedener Facetten der demokratischen Kultur im Land, der weit über die Möglichkeiten und Schwerpunkte bestehender Repräsentativbefragungen hinausgeht. Beispielsweise erlauben erst qualitative Fokusgruppen, die Motivationen und Gründe für (Un-)Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis oder für Vertrauen oder Misstrauen in politische Institutionen umfassender herauszuarbeiten. Hierbei können auch individual- und kollektivbiographische Erfahrungen, z.B. jene der politischen Partizipation, der sozialen Deprivation und Exklusion etc. reflektiert werden. Auch kann nur in qualitativer Forschung eruiert werden, inwieweit bestimmte Aussagen, die in standardisierten Fragebögen z.B. zur Messung von antidemokratischen, rechtsextremen oder menschenfeindlichen Einstellungen dienen, überhaupt von den Bürger*innen als problematisch empfunden werden. Dabei ist u.a. relevant, inwieweit unterschiedliche Begriffsverständnisse miteinander konkurrieren oder kollidieren. Gerade dies ist für Praktiker*innen der Demokratieförderung und Demokratiebildung wichtig, da z.B. im Kontext von Kinder- und Jugendpädagogik sowie Aus- und Weiterbildungen im Feld am Problembewusstsein sowie dem Kenntnisstand der Bürger*innen bzw. der spezifischen Zielgruppen angesetzt werden muss. Oftmals ist jedoch fraglich, inwieweit die Bürger*innen eine Sensibilität gegenüber bestimmten Fragmenten antidemokratischer Ideologie und populistischen Positionen in ihren aktuelleren Erscheinungsformen besitzen – dies kann mittels einer quantitativen Befragung jedoch nur unzureichend untersucht werden.

Empirische Befunde aus dem qualitativen Vertiefungsmodul sollten nicht nur in die Ergebnisdarstellung und Transferangebote des Demokratie-Kompasses, sondern auch in die konzeptionelle und methodische Weiterentwicklung der Repräsentativbefragung einfließen, also wichtige Impulse für die Adaption neuer Frageninhalte und für zukünftige Schwerpunktsetzungen liefern. **Die Potentiale und Empfehlungen zur genauen Ausgestaltung der einzelnen Bestandteile des Demokratie-Kompass werden detailliert in Kapitel 7 ausgeführt.**

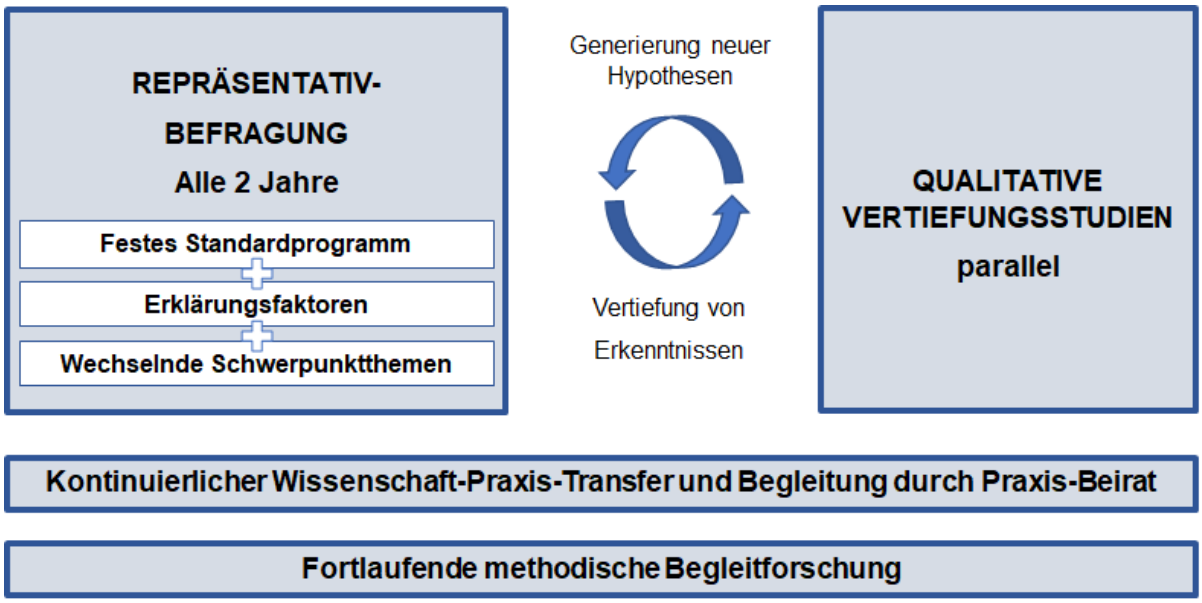
Durch die Forschungsfelderkundung wurde auch deutlich, dass die Analyse regionaler Unterschiede demokratierelevanter Einstellungen zur Identifikation von Einflussfaktoren und lokalen Interventionsbedarfen und -möglichkeiten ein entscheidendes Forschungsdesiderat ist. **Die Erfassung von regionalen Disparitäten der politischen Kultur sollte daher eine zentrale Rolle für den Demokratie-Kompass spielen.** Eine entsprechende methodische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung sollte angestrebt werden, was insbesondere durch das Heranziehen einer ausreichend großen Stichprobe realisiert werden kann (vgl. Kap. 7.1.3). Darüber hinaus bietet es sich an, auf Grundlage von objektiven regionalen Sozialstrukturparametern wie Gemeindegröße, Ausstattung der lokalen Infrastruktur, Stadt-Land-Index etc. verschiedene Kreistypen zu identifizieren, die dann in Bezug auf die erhobenen Daten verglichen werden können (vgl. Kap. 7.2.3.9). Auch hierdurch können regionale Einflussfaktoren identifiziert werden.

Dem Anspruch des Demokratie-Kompasses, aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und Dynamiken in all ihrer Komplexität zu erfassen, um sie entsprechend adressieren zu können, kann nur entsprochen werden, indem das Forschungskonzept fortlaufend evaluiert und hinsichtlich aktueller Themen und Diskurse sowie neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse und Zugänge angepasst wird. **Nach Einschätzung des Forschungskonsortiums kann ein erfolgreiches Monitoring der politischen Kultur somit nur erfolgen, wenn eine fortlaufende wissenschaftliche Begleitung und Weiterentwicklung gewährleistet ist.** Entsprechende Leistungen sind auch nicht durch ein Beiratsprinzip, sondern nur durch konkreten Einbezug von Forscher*innen in die Ausgestaltung und Umsetzung des Projektes möglich. Um die fachliche Expertise sicherzustellen, sollte auf die Infrastruktur und die Forschungserfahrung bestehender Demokratieforschungsinstitute zurückgegriffen werden.

Ein wichtiger Anspruch des Demokratie-Kompasses sollte es sein, sowohl die Expertise von Praktiker*innen in den Forschungsprozess einzubeziehen als auch die Praktiker*innen in Politik, Zivilgesellschaft und Medien durch wissenschaftliche Kenntnisse zu informieren und zu stärken. Hierfür bedarf es eines Austauschs zwischen dem Forschungsteam, welches die Vorgaben für das Umfrageinstitut erarbeitet und die Datenanalyse übernimmt, und Akteur*innen der Zivilgesellschaft. Die Befragung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen zeigte, dass die Einführung eines Demokratie-Kompasses überwiegend als sinnvoll bewertet und begrüßt wird und dass sich eine klare Praxisrelevanz eines solchen Vorhabens feststellen lässt. **Um die bestmögliche Nutzbarkeit der Erkenntnisse für die Praxis gewährleisten zu können, ist die Ausgestaltung des Wissenschaft-Praxis-Transfers und die Öffentlichkeitsarbeit für den Demokratie-Kompass von besonderer Bedeutung**. In den Kapiteln 7.5 und 7.6 werden tragfähige Konzepte hierfür skizziert.

Zusammenfassend ist zu konstatieren, dass mit dem Demokratie-Kompass ein Frühwarnsystem und damit eine Grundlage für die Ausgestaltung von konkreten Instrumenten zur Förderung der Demokratie und des gesellschaftlichen Zusammenhalts geschaffen werden kann, sofern bei der Umsetzung die oben genannten Kriterien erfüllt werden. Abbildung 2 zeigt zusammenfassend den vorgeschlagenen Aufbau des Demokratie-Kompasses mit seinen verschiedenen Bestandteilen.

Abbildung 2 *Überblick über das grundlegende Forschungskonzept des Demokratie-Kompasses*



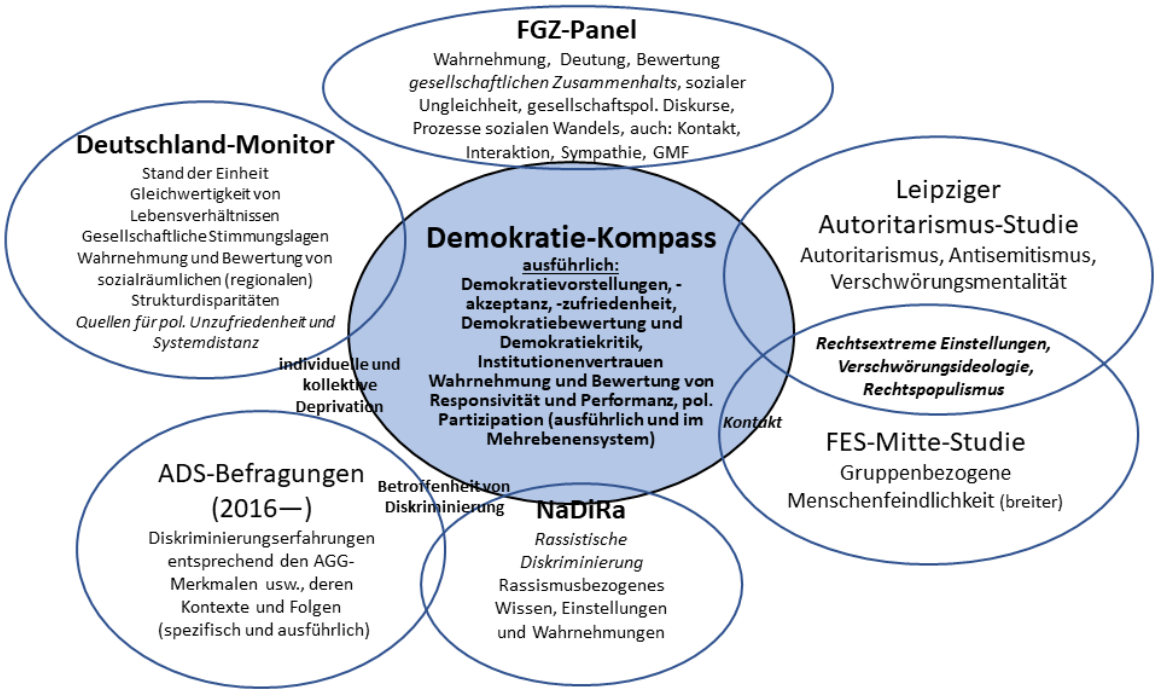
6. Verhältnis eines Demokratie-Kompasses zu anderen relevanten bundesweiten Befragungsprojekten im Themenfeld bzw. angrenzenden Themenfeldern

Der geplante Demokratie-Kompass unterscheidet sich von allen größeren derzeitigen Befragungsprojekten, in dem er den dezidierten Fokus auf zentrale Aspekte der politischen Kultur legt und diese möglichst umfassend und ganzheitlich erfasst. Gleichzeitig gibt es immer wieder partielle Überschneidungen mit bestehenden Befragungen, die bereits bestimmte Erhebungsinstrumente integrieren, die allerdings für eine Messung demokratierelevanter Einstellungen und ihrer Erklärungsfaktoren unerlässlich sind. Eine Besonderheit des Demokratie-Kompasses liegt in der klaren Ausrichtung auf die differenzierte Erfassung von politischer Kultur und Haltungen zur Demokratie sowie sie erklärende und begleitende Konzepte. Konkrete Unterscheidungen zur Schwerpunktsetzung in wichtigen anderen Befragungsprojekten (Abb. 3) sind:

- *Deutschland-Monitor: Fokus auf Überwindung der Folgen der deutschen Teilung, Zufriedenheit mit Lebensverhältnissen, Wahrnehmung von Strukturdisparitäten;*
- *FGZ-Zusammenhalts-Panel: starke Ausrichtung auf gesellschaftlichen Zusammenhalt, sehr breiter Mix an Fragen;*
- *NaDiRa: Fokus auf Rassismus und Diskriminierung;*
- *Leipziger-Autoritarismus-Studie: Schwerpunkte Rechtsextremismus und Autoritarismus;*
- *Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Ausrichtung auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit;*
- *Befragungen im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS): Diskriminierungserfahrungen.*

Demokratievorstellungen werden faktisch in keiner der genannten anderen Befragungsprojekte berücksichtigt. Gleiches gilt für eine differenziertes Erfassung von politischer Kultur, politischer Unterstützung, des Institutionenvertrauens und der politischen Partizipation.

Abbildung 3 *Themenfelder und Erhebungsfokus des Demokratie-Kompasses und anderer relevanter Befragungsprojekte*



Hinzu kommt die Sammlung von auf die Erklärung politischer Unterstützung und Demokratiebeurteilung ausgerichteten Variablen (sozialstrukturell, sozialökonomisch, soziale Ungleichheit, sozialpsychologische Konzepte, Wahrnehmungen und Einschätzungen von Deprivation und Wirtschaftslage usw.). Sie unterscheidet den Demokratie-Kompass durch die Möglichkeit, über multivariate Zugänge belastbare Erklärungen und daraus ableitbare Handlungsvorschläge für die Politik ermitteln zu können, von allen anderen Zugängen, die immer nur Teilaspekte beinhalten und oft auch die demokratische politische Kultur nur unzureichend abbilden. So wird es beispielsweise möglich sein, detailliert zu untersuchen, inwieweit in unterschiedlichen Bundesländern bzw. Landesteilen, aber auch Landkreisen und kreisfreien Städten, mit bestimmten soziodemographischen, sozioökonomischen und wahlstatistischen Merkmalen **spezifische Einstellungsmuster der Bevölkerung im Sinne einer „politischen Raumkultur“** zutage treten, welche Unterschiede zwischen ländlich-peripheren und städtisch-zentralen Regionen bedeutsam sind und welche Wirkungszusammenhänge dabei Relevanz besitzen. Die Erkenntnisse aus diesem zentralen Monitoring und vergleichenden Mehrebenenanalysen (nach Bund, Ländern, Kreistypen usw.) können wiederum wichtige Impulse für eine regionale Spezifika beachtende und problemzentrierte Ausgestaltung des Politikfeldes der Demokratieförderung und der Demokratiebildung in Deutschland liefern. Bisherige Untersuchungen konnten dies aufgrund z.T. fehlender Befragungsdaten, kleiner Fallzahlen oder regional stark begrenzter Aussagekraft nur in Ansätzen bzw. explorativ leisten, haben aber das Analysepotenzial für die Verknüpfung von Befragungsdaten und raumbezogenen Variablen aufgezeigt, z.B. hinsichtlich der Untersuchung von Erklärungsansätzen für die Verbreitung antidemokratischer und rechtsextremer Einstellungen, der räumlichen Verdichtung von politischer Unzufriedenheit sowie der Frage, inwieweit rechtspopulistische Wahlerfolge auf verschiedenen Ebenen (Bund, Land, Kommunen) auf objektiv messbare regionale Strukturunterschiede, kollektiv geteiltes Deprivationsempfinden usw. zurückgeführt werden können (Best & Salheiser, 2022; Richter et al., 2022). Eine angemessene Stichprobenziehung und Stichprobengröße vorausgesetzt (vgl. Kap. 7.1 und 8), wird jedoch erstmals der Demokratie-Kompass eine solide Datengrundlage für die Erforschung politischer Raumkultur mit Aussagekraft für das gesamte

Bundesgebiet bilden können. Beispielsweise ist nämlich mit den bestehenden (z.T. fehlenden!) „Ländermonitoren“ keine Vergleichbarkeit zwischen den Bundesländern gegeben. Andere, bundesweite Befragungen wiederum basieren entweder auf nicht hinreichend regionalisierbaren Stichproben (z.B. „Mitte-Studie“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, Leipziger Autoritarismus Studie, Populismus-Monitor der Bertelsmann-Stiftung usw.) und/oder bieten für die umfassende wissenschaftliche Erforschung der hier skizzierten Fragestellungen eine in konzeptionell-inhaltlicher Hinsicht unzureichende Messung (z.B. Deutschland-Monitor, FGZ-Zusammenhaltspanel, GLES – German Longitudinal Election Study, ALLBUS – Allgemeine Bevölkerungsumfrage für die Sozialwissenschaften, SOEP – Sozio-oekonomisches Panel).

Der hier vorgeschlagene Demokratie-Kompass greift viele Ideen zur Messung von Parametern der politischen Kultur auf, die in früheren Untersuchungen, z.B. innerhalb einzelner Bundesländer, bereits zu einzelnen Messzeitpunkten umgesetzt wurden, bisher aber nicht für die gesamte Bundesrepublik und Längsschnitt (wiederholte Abfrage, um Entwicklungen der Einstellungsmuster nachzuvollziehen und Erklärungsansätze dafür zu prüfen). Dies betrifft insbesondere das Verhältnis der Bevölkerung zum politischen System und den demokratischen Institutionen sowie ihre grundlegenden normativen Orientierungen, Idealvorstellungen, Erwartungen und Wahrnehmungen. Beispielsweise muss wissenschaftlich und noch viel gründlicher als bisher der populären These nachgegangen werden, dass eine Mehrzahl oder sogar Vielzahl von Demokratieverständnissen in Deutschland nicht nur an sozioökonomische Parameter und subjektive Wahrnehmungen und Deutungen geknüpft, sondern auch mit *tradierten politisch-kulturellen Disparitäten zwischen Landesteilen und kollektiven biographischen/historischen Erfahrungen* verbunden sind, die wiederum Kollektivzuschreibungen begründen und dabei Pauschalisierungen oder sogar Stigmatisierungen und Gegenstigmatisierungen hervorrufen (Stichwort: die angebliche „Demokratiemüdigkeit oder -unfähigkeit der Ostdeutschen“ im Vergleich zu gleichsam als monolithisch imaginierten „Westdeutschen“, vgl. Salheiser, 2021). Die darauf bezogenen politischen und gesellschaftlichen Debatten lassen sich umso besser versachlichen, je solider die entsprechenden Feststellungen oder Behauptungen (sowie die meist diskursanalytischen, qualitativ-empirischen Vorbefunde) auch auf einen angemessenen quantitativ-empirischen Prüfstand gestellt werden können.

Ähnliches gilt für Deutungen und Annahmen, die sich auf die Prävalenz bestimmter Einstellungsmuster und Wahlneigungen bei Personengruppen in unterschiedlichen sozialen Lagen beziehen; so dominiert unserer Einschätzung nach trotz ambivalenter Befundlage dazu in Teilen der öffentlichen Diskurse und der politischen Kommunikation bis heute ein Bias (Wahrnehmungsverzerrung), beispielsweise was eine angeblich besondere Tendenz objektiv sozial benachteiligter Personen zu antidemokratischen Positionierungen, politischem Desinteresse oder Abwertungseinstellungen anbetrifft. Auch hier kann der Demokratie-Kompass in Anbetracht seiner Wissenstransfer-Perspektiven (vgl. Kap. 7.5 und 7.6) mit seinen Befunden als „empirisches Korrektiv“ fungieren, gesellschaftliche Debattenbeiträge befruchten und die Ableitung von politischen und organisatorischen Entscheidungen zur Demokratieförderung anregen (z.B. zur Skalierung der „Niedrigschwelligkeit“ von Aufklärungs- und Bildungsangeboten und der Konzeption konkreter Inhalte angesichts des nicht unbeträchtlichen Verbreitungsgrades von „Systemdistanz“ in höhergebildeten und nicht deprivierten, sondern vergleichsweise sogar privilegierten Bevölkerungsteilen). Dies ist vor allem wichtig, wenn Demokratie nicht nur als Herrschafts-/Regierungsform, sondern als weitreichendes Gesellschafts- und Lebensprinzip in den Mittelpunkt gerückt und soziale Teilhabe oder Ausschlüsse sowie die ihnen zugrundeliegenden Ungleichheitsstrukturen thematisiert werden sollen. Mit den Messungen und Analysen des Demokratie-Kompasses

können auch bisher häufige Fehlinterpretationen vermieden werden (z.B. Demokratiezufriedenheit als Legitimität demokratischer Prinzipien und demokratischer Institutionen) und weiteren, bisher ungeklärten Fragen zu Zusammenhängen zwischen Einstellungen, Wahrnehmungen und Deutungen nachgegangen werden, die von hoher politischer und gesellschaftlicher Relevanz sind. Entsprechend besitzt der Demokratie-Kompass einen maßgeblichen zusätzlichen Erkenntnisgewinn gegenüber den bereits bestehenden Studien. Übergeordnetes Ziel ist es, ein gegenüber bisher bestehenden Studien differenzierteres und stringenteres Bild der demokratischen Kultur in Deutschland, ihrer Entwicklung im Zeitverlauf und ihrer Kontexte zu zeichnen, Erklärungen für diese zu finden und die Ergebnisse transparent, verständlich und zielgruppenspezifisch gegenüber Politik, Medien und Zivilgesellschaft zu kommunizieren.

7. Vorschläge für die Umsetzung eines Demokratie-Kompasses

7.1 Allgemeine methodische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung

7.1.1 Erhebungsdesign

Es wird eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Trenddesign mit zweijährlichem Befragungszyklus empfohlen.

Das Trenddesign besteht aus einer turnusmäßig wiederholten Querschnittbefragung einer jeweils neu gezogenen repräsentativen Zufallsstichprobe aus der Grundgesamtheit (hier: der Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 14 Jahren, vgl. Kap. 7.1.3) unter Einsatz eines überwiegend unveränderten Fragebogens. Hierdurch können Veränderungen in den Einstellungen der Bevölkerung sowie in Struktur bzw. Stärke von Zusammenhängen verschiedener Einstellungsdimensionen summarisch erfasst werden. Dabei kann durch die in jeder Erhebungswelle neu ausgewählte Stichprobe ein akzelerierter gesellschaftlicher Wandel (z.B. aufgrund von Migration) elastisch aufgefangen werden. Da zu jedem Messzeitpunkt andere Personen befragt werden, ist die Überprüfung von Kausalhypothesen, die auf die Erklärung individueller Einstellungsveränderungen abzielen, nicht möglich – dies kann nur durch ein Paneldesign, d.h. durch die wiederholte Befragung derselben Stichprobe, geleistet werden. Da für den Demokratie-Kompass jedoch gesellschaftliche Dynamiken und Entwicklungen auf summarischer (und nicht auf intraindividueller) Ebene im Vordergrund stehen, stellt das Trenddesign ein geeignetes Erhebungsdesign dar. Darüber hinaus ist es deutlich kostengünstiger als das Paneldesign, das mit besonders hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand verbunden ist (vgl. Schnell, 2019; Stein, 2014).

Ein zweijährlicher Befragungsturnus erlaubt die zeitnahe Erfassung gesellschaftlicher Trends sowie ein fortlaufendes Monitoring aktueller Entwicklungen, während gleichzeitig ausreichend Zeit zwischen den Erhebungswellen bleibt, um Ergebnisse umfassend durch Wissenschaftler*innen auswerten, interpretieren und an Öffentlichkeit und Praktiker*innen vermitteln zu können sowie Erkenntnisse in qualitativen Studien (vgl. Kap. 7.3) vertiefen zu können.

7.1.2 Befragungsform

Es wird eine aufsuchende *Paper-and-Pencil*-Befragung (PAPI) durch geschulte Interviewer*innen empfohlen.

Die aufsuchende *Paper and Pencil* Befragung (PAPI) hat gegenüber anderen Befragungsformen einige entscheidende Vorteile (vgl. Schröder, 2015): Zum einen ist hier die maximale Befragungsdauer deutlich länger als bei Telefon- oder Onlinebefragungen: während bei einer Telefonbefragung (CATI) mit einer durchschnittlichen Befragungszeit von ca. 30 Minuten und bei einer Online-Befragung (CAWI) von max. 40 Minuten gerechnet werden kann, können bei einem persönlichen Interview bis zu 60 Minuten eingeplant werden. Eine PAPI-Befragung erlaubt also den Einsatz eines besonders umfangreichen Fragebogens und damit die größtmögliche Erfassungsbreite und -tiefe. In Anbetracht der Komplexität des Forschungsgegenstandes und der Menge an demokratierelevanten Einstellungen und Phänomenen ist dieses Vorgehen daher für den Demokratie-Kompass unverzichtbar. Für den Demokratiekompass wird daher ein Fragebogen vorgeschlagen, der einer **durchschnittlichen Befragungszeit von ca. 50 Minuten** entspricht (vgl. Kap. 7.2 und 8). Zum anderen wird durch das Aufsuchen zufällig ausgewählter Haushalte eine Stichprobe erreicht, die ein besonders gutes Abbild der Bevölkerung hinsichtlich zentraler soziodemographischer Merkmale darstellt. Während beispielsweise bei telefonischen Interviews i.d.R. die Gruppe der älteren und bei Online-Befragungen, die der jüngeren Personen im Verhältnis zur Allgemeinbevölkerung überrepräsentiert ist, tritt dieses Missverhältnis bei aufsuchenden Befragungen kaum auf. Insgesamt ist die Ausschöpfungsquote bei PAPI-Befragungen üblicherweise besonders hoch, d.h. die Rate der für die Befragung ausgewählten Personen, die sich tatsächlich zur Teilnahme bereiterklärt, ist höher als bei anderen Befragungsformen. Hierdurch wird die Gefahr der Verzerrung der Daten durch einen systematischen Non-Response-Bias, d.h. durch die systematische Unterrepräsentanz bestimmter Personengruppen und ihrer Einstellungen, z.B. aufgrund von fehlender Teilnahmebereitschaft, reduziert. Die Paper-and-Pencil Variante der persönlichen Befragung ist einer computergestützten Version (CAPI) vorzuziehen, da sie es erlaubt, dass Befragte Teile des Fragebogens selbstständig und ohne Kenntnis der Interviewer*innen über ihr Antwortverhalten ausfüllen, wodurch die Verzerrung der Ergebnisse durch sozial erwünschtes Antwortverhalten reduziert wird.

7.1.3 Zusammensetzung der Stichprobe und angestrebte Repräsentativität

Angestrebte Erhebungszielgruppe ist die deutsche Wohnbevölkerung ab 14 Jahren. Es wird eine Zufallsstichprobe im Umfang von n=8.000 empfohlen, die als geschichteten Flächenstichprobe unter Anwendung des ADM-Designs gezogen wird.

Um Fragen der politischen Kultur und damit zusammenhängende gesellschaftliche Entwicklungen und Dynamiken erfassen zu können, ist es zwingend notwendig, auch in Deutschland lebende Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft sowie Jugendliche ab 14 Jahren in die Befragung mit einzubeziehen.[8] Werden, wie in manchen politikwissenschaftlichen Studien, nur wahlberechtigte Bürger*innen bzw. deutsche Staatsbürger*innen befragt, werden große relevante Personengruppen, die das gesellschaftliche Miteinander

[8] Fragen zu politischen Einstellungen, Wahrnehmungen und Beurteilungen können auch von jungen Befragten beantwortet werden, wie Erfahrungen u.a. aus der Leipziger Autoritarismus Studie oder den SHELL-Jugendstudien zeigen. Gerade hier ist der Befragungsmodus der persönlichen Befragung (PAPI) von großem Vorteil, weil bei eventuellen Verständnisproblemen und Rückfragen eine (inhaltlich neutrale) Erläuterung und Hilfestellung durch die Interviewer*innen erfolgen kann. Dasselbe gilt für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen.

prägen, ausgeschlossen. Insbesondere da der Demokratie-Kompass auf ein Verständnis grundlegender politischer und gesellschaftlicher Einstellungen abzielt, das beispielsweise auch Fragen der Partizipation und Teilhabe jenseits der Wahlurne sowie Themen, die das alltägliche Zusammenleben betreffen (z.B. Abwertungseinstellungen, Kontakterfahrungen etc.) beinhaltet, sollte die Erhebungszielgruppe (Grundgesamtheit) unbedingt die gesamte Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 14 Jahren umfassen. Dabei sollte die Teilnahme an der Befragung nicht durch Sprachkenntnisse limitiert werden, weshalb eine Übersetzung der eingesetzten Fragebögen in verschiedene andere, in Deutschland besonders verbreitete Sprachen (z.B. Russisch, Türkisch etc.) vorgesehen ist. Zusätzlich wird der Einsatz fremdsprachig kompetenter Interviewer*innen empfohlen.

Die angestrebte Stichprobengröße von n=8.000 Personen begründet sich insbesondere dadurch, dass ein regionaler Vergleich der Ergebnisse auf Bundesländerebene empfohlen wird, um wertvolle Einblicke in spezifische Interventionsbedarfe und -potentiale liefern zu können. Um diesbezüglich belastbare Aussagen zu ermöglichen, darf die Anzahl der Befragten pro Bundesland 500 Personen nicht unterschreiten, da andernfalls statistische Stichprobenfehler nicht ausreichend kontrolliert werden können und damit eine zuverlässige Verallgemeinerung der Befragungsergebnisse auf die Gesamtbevölkerung nicht vorgenommen werden kann – insbesondere, wenn die Ergebnisse zusätzlich nach weiteren Merkmalen (z.B. Alter, Geschlecht) differenziert und miteinander verglichen werden sollen. Es ist daher vorgesehen, für jedes der 16 Bundesländer eine Teilstichprobe von n=500 zu ziehen. Da dieses Vorgehen jedoch zu einer Überrepräsentanz von Bewohner*innen von Bundesländern mit geringen Einwohner*innenzahlen führt, müssen die Daten diesbezüglich im Nachhinein statistisch mithilfe eines Gewichtungsfaktors korrigiert werden. Bei einem Stichprobenumfang von n=8.000 ist davon auszugehen, dass Subgruppenanalysen auch hinsichtlich anderer Faktoren wie z.B. Migrationshintergrund möglich sind, da auch hierfür entsprechende Fallzahlen (gemäß Proportionalität) erreicht werden.

Für die Stichprobenziehung bei einer persönlichen Befragung eignet sich das vom Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V. entwickelte ADM-Design (vgl. Häder, 2015). Es handelt sich hierbei um ein Verfahren, mit dem eine repräsentative Zufallsstichprobe als mehrfach geschichtete Flächenstichprobe gezogen werden kann. Zunächst werden aus einer überschneidungsfreien Flächenaufteilung des Bundesgebietes zufällig sog. *Sample Points*, geschichtet nach Kreisen und BIK-Typen, ausgewählt. Im nächsten Schritt werden Zielhaushalte über das sog. *Random-Route-Verfahren,* d.h. mithilfe einer vorgegebene Begehungsvorschrift, ermittelt. Schließlich erfolgt eine Zufallsauswahl der zu befragenden Zielperson innerhalb eines Haushalts, z.B. über den sog. *Schwedenschlüssel*. Da die Wahrscheinlichkeit, für die Befragung ausgewählt zu werden, in kleineren Haushalten somit größere ist als in Haushalten mit vielen Angehörigen, müssen die Daten auch diesbezüglich anschließend durch einen entsprechenden Gewichtungsfaktor korrigiert werden.

Da die Stichprobenziehung im ADM-Design auf einer Zufallsauswahl beruht, ist davon auszugehen, dass die Stichprobe hinsichtlich relevanter Personenmerkmale weitgehend repräsentativ für die Gesamtbevölkerung ist. Da es in der Praxis jedoch zu Verzerrungen kommen kann – z.B. aufgrund von höheren Non-Response-Raten bestimmter Bevölkerungsgruppen – müssen die Daten statistisch an die aus amtlichen Statistiken bekannte Merkmalsverteilungen angepasst werden. Hier wird eine Gewichtung der Daten hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildung und Haushaltsgröße (aufgrund der größeren Non-Response-Rate in Ein-Personen-Haushalten aufgrund der geringeren Antreffwahrscheinlichkeit, zusätzlich zum oben beschriebenen haushaltsbezogenen Design-Gewicht) empfohlen.

Für den Feldzugang wird die Zusammenarbeit der durchführenden Gruppe an Wissenschaftler*innen mit etablierten Befragungsinstituten, die das ADM-Design nutzen, angestrebt.

7.2 Thematische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung und Messinstrumente

7.2.1 Überblick über die thematische Ausgestaltung des Demokratie-Kompasses

Der in den nachfolgenden Unterkapiteln vorgeschlagene und vorgestellte Fragebogen (das quantitativ-empirische Messinstrument) des Demokratie-Kompasses lässt sich grundlegend in drei Hauptabschnitte unterteilen (vgl. Abb. 4):

Abbildung 4 *Überblick über die thematische Ausgestaltung der Repräsentativbefragung des Demokratie-Kompasses*

THEMATISCHE AUSGESTALTUNG DER REPRÄSENTATIVBEFRAGUNG

STANDARDPROGRAMM
(Kernbereich der Demokratiemessung)

- Demokratieverständnis und Einschätzung demokratischer Werte und Grundsätze (Kap. 7.2.2.1)
- Demokratieakzeptanz / Legitimität der Demokratie (Kap. 7.2.2.2)
- Demokratiebewertung und Demokratiekritik (Kap. 7.2.2.3)
- Populismus (Kap. 7.2.2.4)
- Institutionenvertrauen (Kap. 7.2.2.5)
- Repräsentation und Responsivität (Kap. 7.2.2.6)
- Politische Kompetenz/Einfluss/Efficacy, politisches Wissen und Interesse (Kap. 7.2.2.7)
- Politische Partizipation (Kap. 7.2.2.8)
- Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft (Kap. 7.2.2.9)
- Parteiidentifikation und Links-Rechts-Selbsteinordnung (Kap. 7.2.2.10)
- Rechtsextreme und "neurechte" Einstellungen (Kap. 7.2.2.11)
- Vorurteile, Abwertung, Diskriminierung (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit) (Kap. 7.2.2.12)
- Identität und Zugehörigkeit (Kap. 7.2.2.13)
- Aktuelles Befragungsthema (Kap. 7.2.2.14)

ERKLÄRUNGSFAKTOREN

- Bewertung der individuellen und kollektiven wirtschaftlichen und sozialen Lage (Kap. 7.2.3.1)
- Wahrnehmung und Deutung der gesellschaftlichen Entwicklung (Kap. 7.2.3.2)
- Politische Sozialisation (Kap. 7.2.3.3)
- Soziale Integration und Inklusion/Exklusion, Diskriminierungserfahrungen (Kap. 7.2.3.4)
- Kontakt (Kap. 7.2.3.5)
- Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung, Verschwörungsmentalität (Kap. 7.2.3.6)
- Weitere psychische Faktoren (Kap. 7.2.3.7)
- Soziodemographische Merkmale (Standarddemografie, persönliche Angaben der Befragten) (Kap. 7.2.3.8)
- Metadaten/Angaben zu Strukturkontexten auf regionaler bzw. Kreisebene (Kap. 7.2.3.9)

WECHSELNDE SCHWERPUNKTTHEMEN (Beispiele)

- Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform / Partizipation und Engagement (Kap. 7.2.4.1)
- Klassismus und andere Abwertungsfacetten (vertiefend) (Kap. 7.2.4.1)
- Medienvertrauen und Mediennutzung, Digitalisierung (Kap. 7.2.4.1)
- Persönlichkeit, Werte und politische Ideologien (Kap. 7.2.4.1)

1. Das Fragen-**Standardprogramm** zur Erhebung von Einstellungen, Erwartungen, Wahrnehmungen, Bewertungen und Handlungsorientierungen, die sich auf die Demokratie und das politische System, seine Institutionen, Akteur*innen, Prozesse und Leistungen beziehen (Kap. 7.2.2). Dies schließt u.a. die Demokratieakzeptanz, die Demokratiebewertung, die politische Partizipation, aber auch populistische und rechtsextreme Einstellungen sowie die Abwertung ethnischer, kultureller und sozialer Gruppen ein.

2. Das Variablenprogramm der **Erklärungsfaktoren**, das zur differenzierten Darstellung (deskriptive Statistik) und zur Erklärung (hypothesenprüfende Analyse) dieser Einstellungen, Erwartungen, Wahrnehmungen, Bewertungen und Handlungsorientierungen herangezogen werden kann (Kap. 7.2.3). Dies umfasst u.a. die Bewertung der sozialen Lage und der gesellschaftlichen Entwicklung, Aspekte der politischen Sozialisation, die Häufigkeit

und Bewertung intergruppaler Kontakte, verschiedene psychische Faktoren sowie die soziodemographischen/sozialstrukturellen Befragtenmerkmale.

3. Das Fragenprogramm eines wechselnden **Schwerpunktthemas** zur vertieften Untersuchung relevanter Aspekte der politischen bzw. demokratischen Kultur, für das in Kapitel 7.2.4 konkrete Vorschläge unterbreitet werden.

Fragen- und Antwortformulierungen

Die Fragenstellungen wurden überwiegend aus etablierten Erhebungen extrahiert bzw. entlehnt (für ausführliche Quellenangaben und Querverweise vgl. **Bericht zur Forschungsfelderkundung**[9]), um größtmögliche Vergleichbarkeit der Befunde mit bereits verfügbaren und auch zukünftig erwartbaren Vergleichsdaten zu gewährleisten. Die konkreten Formulierungen der Fragen (Items), Antwortkategorien und Antwortformate wurden, wo es nötig war, allerdings erweitert, geringfügig modifiziert und homogenisiert, u.a. um Erkenntnislücken zu schließen und den Fragebogen der Erhebungsform (Modus) einer schriftlichen Befragung anzupassen. Insofern es notwendig war, **neuentwickelte Fragen- und Antwortformulierungen (in den nachfolgenden Unterkapiteln grün markiert)** aufzunehmen, wurden diese einem kognitiven Pretest durch die Projektbeteiligten und ihre Hilfskräfte unterzogen, bei dem die inhaltliche Aussagekraft, die logische Kohärenz sowie die Verständlichkeit überprüft wurden. Beim aus methodologischen Gründen präferierten Rückgriff auf Items, die in der Forschung etabliert sind und daher auch in einem Demokratie-Kompass reliable und valide Messergebnisse erwarten lassen, wurde auf die exakte Konstanthaltung der jeweiligen Formulierungen geachtet. Deshalb wird in den Items i.d.R. auf geschlechtersensible Sprache verzichtet und nur die männliche Form verwendet (z.B. in den Standard-Items zu rechtsextremen Einstellungen und Abwertungseinstellungen). So ist es zur Vereinheitlichung des Fragebogens nicht ratsam, zwischen generischem Maskulinum und geschlechtersensible Sprache zu wechseln. Ein weiteres wichtiges Argument ist der Verlust von Repräsentativität, der durch die ideologisch bedingte Zurückweisung von „gegenderten“ Wörtern von bestimmten Befragungsgruppen in der Bevölkerung zu erwarten ist. Dies würde unweigerlich einen systematischen Bias in den Befragten zur Folge haben und somit die Stichprobe ihrer Repräsentativität berauben. Daher und aufgrund der gebotenen Kürze der Fragen- und Antwortformulierungen wird grundsätzlich auf geschlechtergerechte Sprache verzichtet. So wird z.B. einheitlich die Bezeichnungen „Politiker“ benutzt.[10] Des Weiteren entsprechen die Fragen- und Antwortformen, insbesondere der Frageduktus sowie die Reihenfolge und Skalierung der Antwortvorgaben den **Messkonventionen der quantitativ-empirischen Sozialforschung.**

Der in den folgenden Unterkapiteln vorgestellte und z.T. kommentierte Fragebogen ist für eine ca. **50- bis 60-minütige Befragung** konzipiert. Der Fragebogen versteht sich als **vorläufige Sammlung** von Items und damit als erster **Entwurf eines möglichen Fragebogens**, der nach abschließender Entscheidung über die Umsetzung des Demokratie-Kompass, den Erhebungsmodus und die forschungsökonomischen Rahmenbedingungen den aktuellen inhaltlichen, methodischen und technischen Erfordernissen gemäß angepasst, präzisiert, ggf. gekürzt und finalisiert werden muss.

[9] Der *Bericht der Forschungsfelderkundung zur Einführung eines Demokratie-Kompasses* einschließlich der Anlagen A *Übersicht über die einbezogenen Erhebungen* und B *Datenbank der Themenfelder und Erhebungsinstrumente* liegen bei der Auftraggeberin in gedruckter bzw. elektronischer Form vor.

[10] Auf dem endgültigen Fragebogen sollte ein entsprechender Hinweis erfolgen, um eine Irritation solcher Befragter zu vermeiden, die auf geschlechtersensible Sprache wertlegen.

Die Abfolge der Items folgt hier der thematisch-inhaltlichen Gliederung, in der endgültigen Fragebogenversion muss die Anordnung der Fragen allerdings stärker befragungspsychologischen und technischen Erfordernissen entsprechen. Zum Zwecke der besseren Lesbarkeit wird an dieser Stelle auf die in schriftlichen Fragebögen notwendigen Einleitungs- und Überleitungstexte sowie die Ausfüll-Hinweise und Filterführungen verzichtet, außerdem auf die obligatorischen Antwortkategorien „weiß nicht“ und „keine Angabe“. Diese müssen in Abstimmung mit dem beauftragten Befragungs-Dienstleister ergänzt werden, dem auch das endgültige Design des Fragebogens und dessen **Pretestung** obliegt.

Der zusammenhängende, vollständige Fragebogenentwurf (ohne inhaltlich-konzeptionelle Kommentare) ist **Anlage A** (Excel-Tabelle) zu entnehmen.[11]

7.2.2 Vorschläge für das Standardprogramm zur Messung demokratischer Kultur

7.2.2.1 Demokratieverständnis und Einschätzung demokratischer Werte und Grundsätze

Das Demokratieverständnis der Bevölkerung und ihre Einschätzung demokratischer Werte und Grundsätze sind ein hochrelevanter Themenbereich, der dementsprechend vom Demokratie-Kompass möglichst umfassend und differenziert abgedeckt werden muss. Ziel der Erhebung sollte es sein, zu erfahren, was die Menschen in Deutschland tatsächlich unter „Demokratie“ verstehen und somit Wissensbestände wie -defizite zu erfassen. Welche Vorstellung haben sie von einem demokratischen politischen System und welche Institutionen, Verfahren und Autoritäten unterstützen und vertrauen sie? Die Fragen sollen Aufschluss über die Grundlagen und den Grundkonsens der Demokratie in Deutschland geben. So ist es möglich, dass zwar der Demokratie als bestem System zugestimmt wird, aber dabei ein antidemokratisches Demokratieverständnis besteht. Beispielsweise wäre dies der Fall, wenn Bürger*innen die Demokratie als ein Herrschaftssystem ansehen, welches nur für Staatsbürger*innen gültig ist oder bestimmten Minderheiten geringere Rechte zuweist.

Standardisierte Fragen mit konkreten Antwortvorgaben helfen hierbei nur bedingt weiter. In internationalen Surveys befassen sich standardisierte Erhebungen entweder nur mit a) dem Wissen über Merkmale der Demokratie (Shin & Kim, 2018, S. 230f.), d.h. mit der Unterscheidungsfähigkeit der Merkmale von Demokratie und Autokratie (Osterberg-Kaufmann et al., 2020; Pickel & Pickel, 2021; Wegscheider & Stark, 2020) oder b) der Bewertung einzelner Merkmale als bedeutungsvoll für die Demokratie (Ferrín & Kriesi, 2016). Erhebungen in Deutschland verfehlen meist die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Autokratie und Demokratie und gehen scheinbar davon aus, die Bürger*innen wüssten, was Demokratie sei. Sie sollen dann entscheiden, in welche inhaltlichen Dimensionen sich die deutsche Demokratie entwickeln soll (soziale Marktwirtschaft, Meinungsfreiheit, Repräsentationsprinzip vs. Referenden). Dass es sich hierbei um eine Fehlannahme handelt, zeigen Untersuchungen, die qualitative Erhebungsmethoden anwenden: Mit einer offenen Frage wird den Proband*innen die Möglichkeit gegeben, eigene Schwerpunkte zu setzen und das hervorzuheben, was ihnen an einer Demokratie besonders wichtig erscheint. Selbst wenn man mit einer offenen Fragestellung arbeitet, steckt das Problem im Detail des konkreten Verständnisses der

[11] Die Anlage A *Messinstrumente des Demokratie-Kompasses* zu dieser Machbarkeitsstudie liegt bei der Auftraggeberin in elektronischer Form vor.

Merkmale, also in der zweiten und dritten kognitiven Ebene (Verständnis zweiter und dritter Ordnung). Was konkret meinen die Befragten, wenn sie z.B. „Meinungsfreiheit“ sagen?

Bisherige Erhebungen zeigen, dass die Befragten oft Werte, Haltungen und prinzipielle Rechte der Demokratie kennen und recht genaue Vorstellungen von ihrer Anwendung haben, aber kaum Lösungsvorschläge für konkrete Handlungsprobleme entwickeln können (Schenke, 2020). Selbst Personen mit den höchsten Schulabschlüssen zeigen hier Defizite. Vielfach fehlen Kenntnisse zur Umsetzung basaler Selbstorganisation. Beispielsweise gibt es in hierarchischen Organisationen (z.B. Schulen, Ausbildungsinstitutionen, Sportvereinen etc.) kaum Möglichkeiten zur Partizipation, zur Organisation eigener Interessen und zur Erfahrung demokratischen Organisierens und Handelns. Demokratische Verhaltensweisen können nicht erlernt und eingeübt werden. Am Ende steht ein Wissen über Demokratie einer Unfähigkeit in der Demokratie zu handeln gegenüber, sobald institutionalisierte Pfade verlassen werden müssen. Den Deutschen fehlt ein Fluchtpunkt der Entwicklung unseres demokratischen politischen Systems, der Handlungsoptionen anbieten könnte. Die politisch Verantwortlichen sollten klarer kommunizieren, welche Form des Zusammenlebens, Arbeitens und Partizipierens sie mit ihren politischen Entscheidungen anstreben. Was ist das politische Ziel? Eine solidarische, soziale, liberale, kapitalistische, populistische oder chauvinistische Gesellschaft?

Die folgenden Fragenvorschläge wurden so ausgewählt, dass einerseits die skizzierten, bestehenden Lücken der Datenerhebung geschlossen werden. Andererseits müssen Vergleiche mit anderen Bevölkerungsbefragungen zwecks Prüfung der Verlässlichkeit und Gültigkeit der Items sowie Kontrollen auf Veränderungen der Einstellungen möglich sein.

- *Frage nach der wichtigsten Eigenschaft der Demokratie*[12]

Derzeit wird in der Öffentlichkeit viel darüber diskutiert, was Demokratie eigentlich ist. Was ist für Sie persönlich das wichtigste Merkmal der Demokratie?	Offenes Antwortformat *[Anschließend Zuordnung zu einer der folgenden Kategorien möglich: Freiheiten, Partizipation, politische Gleichheit, soziale Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit, Pluralismus & Minderheitenschutz, soziale Komponente, Sonstiges]*

- *Frage nach der persönlichen Bedeutung dieses Merkmals*

Was genau meinen Sie damit …?	Offenes Antwortformat *[Anschließend Zuordnung zu induktiv gebildeten Kriterien möglich]*

Mit beiden offenen Fragen kann sowohl Wissen als auch Bedeutung abgefragt werden.

[12] Diese Frage wurde bislang nur einmal im Berlin-Monitor und einmal in der Leipziger Autoritarismus Studie/EKD-Studie 2020 erhoben.

➢ *Fragen zur Unterscheidungsfähigkeit zwischen Demokratie und Autokratie*[13]

Wie wichtig ist Ihrer Meinung nach für die Demokratie im Allgemeinen, …	
– dass es eine starke Führungsperson gibt, die sich nicht um das Parlament kümmern muss?	1 (In keinem Fall ein notwendiger Bestandteil einer Demokratie) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (Ein notwendiger Bestandteil einer Demokratie)
– dass Minderheitenrechte, wie z.B. der Bau von Moscheen und Synagogen oder homosexuelle Eherechte, per Volksabstimmung eingeschränkt werden können	
– dass die Regierungsmehrheit im Bundestag allein über die personelle Besetzung der Kontrollorgane des Staates (z.B. Justiz, Medienaufsicht, Geheimdienstkontrolle) bestimmen kann.	
– dass das Ziel der Politik grundsätzlich die Durchsetzung „nationaler Interessen“ sein sollte, auch wenn diese mit Regularien oder Vereinbarungen auf europäischer oder völkerrechtlicher Ebene nicht vereinbar sind.	

7.2.2.2 Demokratieakzeptanz / Legitimität der Demokratie

Zielstellung der Erhebung der Demokratieakzeptanz ist es, herauszufinden, wie stark die Demokratie in den Einstellungen und Werten (noch) verankert ist und wie viel Rückhalt sie in der deutschen Bevölkerung besitzt. Halten die Befragten die Demokratie für das beste politische System, um Deutschland zu regieren oder wären sie auch mit anderen politischen Systemen einverstanden oder wünsche sie es sogar herbei?

Innerhalb der Bevölkerung in Deutschland ist jedoch ein Grundkonsens notwendig, dass die Demokratie die für die Gesellschaft angemessenste Regierungsform ist (Lipset, 1959, S. 77). Ein politisches System ist „angemessen“ für seine Gesellschaft, wenn es deren Anerkennung genießt und die Bürger*innen von seiner Leistungsfähigkeit überzeugt sind. Man spricht von normativer Anerkennungswürdigkeit der Demokratie „an sich“ und von faktischer Anerkennung der Demokratie in Deutschland („Demokratie, wie sie in Deutschland existiert“, „Demokratie wie sie in der Verfassung festgelegt ist“). Das Legitimitätsempfinden beschreibt eine diffuse, oft bereits in der Sozialisation und über längere Zeit akkumulierte Haltung der Individuen gegenüber dem politischen System. Es ist im Zeitverlauf relativ stabil und nur langsamen Wandlungen unterworfen.

Fehlt eine zumindest positiv-neutrale Haltung der Mehrheit der Bürger*innen gegenüber der Demokratie, dann besteht im Krisenfall die Gefahr des Zusammenbruchs (vgl. hierzu bereits Easton, 1965). Die überwiegende Mehrheit der Bürger*innen muss das System grundsätzlich unterstützen und aktiv dafür eintreten. Folgt man einer Faustregel dann sollten die aktiven Unterstützer*innen der Demokratie (ca. 70 %), die der aktiven Gegner*innen (maximal ca. 15 %) deutlich übersteigen (Diamond, 1999, S. 65). Ist dies nicht der Fall, gerät die Demokratie unter Druck: Sie muss sich mittelfristig wandeln (Reform) oder sie bricht zusammen (Revolution) und wird durch ein anderes politisches System ersetzt.

[13] Entnommen aus dem Demokratiemonitor der Bertelsmann-Stiftung

Die Daten zur politischen Unterstützung belegen: Laut diverser Befragungen genießt das demokratische politische System an sich (Legitimität) eine hohe Zustimmung (> 90%). Je konkreter die Fragen sich jedoch auf die Demokratie in Deutschland beziehen, desto geringer fällt die Zustimmung aus, sie erreicht aber immer noch mehr als 80 %.

➢ *Frage zur Demokratie „an sich"*[14]

Die Demokratie ist – alles in allem – das beste politische System.	– stimme völlig zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab

➢ *Frage zur Demokratie in Deutschland*[15]

Nun geht es um die Demokratie in der Bundesrepublik. Was würden Sie allgemein zur Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, also zu unserem ganzen politischen System sagen, so wie es in der Verfassung festgelegt ist?	– stimme völlig zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab

7.2.2.3 Demokratiebewertung und Demokratiekritik

Zufriedenheit mit der Demokratie („Demokratie in Deutschland wie sie funktioniert") entsteht aus der positiven Bewertung des Handelns der Autoritäten (*Performanz*) und einer grundsätzlichen Anerkennung der politischen Institutionen. In dieser bewertenden Einstellung der Bürger*innen vermischen sich Leistungszufriedenheit und Legitimitätsempfinden. Demokratiezufriedenheit sollte deshalb nicht als Indikator für eine grundsätzliche Demokratiebefürwortung oder -ablehnung verwendet und verstanden werden. Vielmehr drückt sie eine (Un-)Zufriedenheit mit den aktuellen Zuständen und dem Handeln der Regierenden im Vergleich zu den Erwartungen aus, die an das demokratische politische System gestellt werden (Pickel & Pickel, 2016).

Bei Leistungsbewertungen der Demokratie in Deutschland („Sind Sie zufrieden mit der Demokratie in Deutschland?" – oder in vergleichbaren Formulierungen) handelt es sich immer um eher kurzfristige Bewertungen der konkreten Handlungen des Systems bzw. seiner Autoritäten. Sie können in eine Bewertung der ökonomischen und der politischen Leistungsfähigkeit unterschieden werden. Die Leistungsbeurteilungen können kurzfristigen Schwankungen unterworfen sein (Pickel & Pickel, 2016).

Die Demokratie muss in der Lage sein, politische Entscheidungen zu fällen, die eine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit produzieren, um die Bürger*innen langfristig versorgen zu können. Erreicht sie dies über einen längeren Zeitraum nicht, gefährdet die mangelhafte Leistungsfähigkeit des politischen Systems auch seine Legitimität, d.h. die Bürger*innen sind nicht mehr davon überzeugt, dass es für ihre Gesellschaft angemessen ist.

[14] Das ist eine klassische Frage, die in vielen (inter-)nationalen Studien abgefragt wird, z.B. Leipziger Autoritarismus Studie und World Values Survey.
[15] Entnommen aus der Leipziger Autoritarismus Studie.

Zur Erhebung und Analyse der Demokratie- und Leistungszufriedenheit kommen Fragen zur direkten Bewertung der Demokratie, der Umsetzung der Demokratie, dem Funktionieren einzelner Institutionen und Verfahren, der Autoritäten (Regierung und Opposition) sowie die Einstellungen zu alternativen politischen Systemen und der Reformbedürftigkeit der Demokratie zum Einsatz, die z.T. aus der European Values Study, dem EU-Neighbourhood Barometer sowie verschiedenen Länder-Monitoren stammen.

➢ *Fragen zur Demokratiezufriedenheit*

Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise wie die Demokratie…[16]	
– in Deutschland funktioniert? – und wie ist das in Ihrem Bundesland […]? – und in Ihrer Stadt/ ihrer Gemeinde?	– sehr zufrieden – eher zufrieden – eher unzufrieden – sehr unzufrieden
Offene Frage als Nachfrage (falls eher oder sehr unzufrieden): Weshalb sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland/in Ihrem Bundesland/in Ihrer Stadt/Gemeinde funktioniert, unzufrieden?	[Freitext]
Und was meinen Sie, wie demokratisch wird Deutschland heutzutage regiert?[17]	1 (überhaupt nicht demokratisch) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (ganz und gar demokratisch)
Inwieweit gelten Ihrer Meinung nach die folgenden Demokratieelemente in Deutschland?[18]	
– Freiheit der Rede – freie Wahlen – Gleichberechtigung der Geschlechter – Schutz der Rechte von Minderheiten – Unabhängigkeit der Justiz – Freiheit der Presse – Wahlrecht – Wahrung der Menschenrechte – Rechtsstaatlichkeit – gute Regierungsführung – keinerlei Korruption	– ja, voll und ganz – ja, etwas – nein, nicht wirklich – nein, überhaupt nicht
Hat sich Ihrer Meinung nach die Demokratie in Deutschland in den letzten dreißig Jahren seit der Einheit eher zum Positiven oder eher zum Negativen entwickelt?[19]	– eher zum Positiven – eher zum Negativen – weder noch

[16] Entnommen aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor.
[17] Entnommen aus der European Values Study.
[18] Entnommen aus dem EU Neighbourhood Barometer.
[19] Modifiziert nach Item aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor.

➢ *Fragen zur Autoritätenzufriedenheit*

Die demokratischen Parteien zerreden alles und lösen die Probleme nicht.[20]	– stimme völlig zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab
Politiker nehmen sich mehr Rechte heraus als normale Bürger.	
Die Demokratie führt eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen.	
Es wird zu viel Rücksicht auf Minderheiten genommen.	
Politiker umgehen die bestehenden Gesetze, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht.	
Gegen soziale Missstände wird in Deutschland zu wenig protestiert.	
Der Staat schränkt die Freiheit der Bürger mehr und mehr ein.	
Die Gesetze zum Schutz vor der Covid19-Pandemie gefährden unsere Freiheiten.[21]	
In unserer Demokratie werden die Anliegen der Menschen nicht mehr wirksam vertreten.[22]	
Wir haben keine echte Demokratie, weil die Wirtschaft und nicht Parlamente das Sagen haben.[23]	

➢ *Fragen zur Regierungs-/Oppositionszufriedenheit*

Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der Bundesregierung im letzten Jahr?	– voll und ganz zufrieden – zufrieden – eher zufrieden – eher unzufrieden – unzufrieden – völlig unzufrieden
Alles in allem, wie zufrieden sind Sie mit den Leistungen der Opposition im letzten Jahr?	

➢ *Fragen zu Alternativen zur Demokratie in Deutschland*[24]

Nachfolgend werden verschiedene Typen von politischen Systemen beschrieben. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie eine solche Regierungsform für unser Land sehr gut, ziemlich gut, ziemlich schlecht oder sehr schlecht finden.	
– Man sollte einen starken Staatschef haben, der sich nicht um ein Parlament und um Wahlen kümmern muss.	– sehr gut – ziemlich gut – ziemlich schlecht – sehr schlecht *[weltweiter Vergleich möglich]*
– Anstelle der Regierung sollten Experten entscheiden, was das Beste für das Land ist.	
– Das Militär sollte das Land regieren.	
– Man sollte ein demokratisches politisches System haben.	

[20] Die Items in diesem Abschnitt sind den Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung entnommen.
[21] Hier kann alternativ eine Frage zu jedem beliebigen, aktuellen Thema eingesetzt werden, solange ein inhaltlicher Bezug zu den bürgerlichen Freiheiten besteht.
[22] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.
[23] Entnommen aus dem Sachsen-Monitor.
[24] Hierbei handelt es sich um eine Standardfrage, die in der World Values Survey und der European Values Study verwendet wird.

➢ *Frage zur Reformbedürftigkeit der Demokratie in Deutschland*[25]

Auf dieser Karte sind drei grundsätzliche Haltungen zu der Gesellschaft, in der wir leben, abgebildet. Bitte wählen Sie diejenige aus, die Ihre eigene Meinung am besten beschreibt.	– Die gesamte Organisation unserer Gesellschaft muss durch revolutionäre Maßnahmen radikal verändert werden. – Unsere Gesellschaft muss durch Reformen schrittweise verbessert werden. – Unsere gegenwärtige Gesellschaft muss tapfer gegen alle subversiven Kräfte verteidigt werden.

7.2.3.4 Populismus

Zentrale Aufgabe eines Demokratie-Kompasses ist es auch, populistische Einstellungen zu erfassen. So gelten populistische Einstellungen in Demokratien u.a. als ein Symptom für eine Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis (Vehrkamp & Merkel, 2020) und stellen eine Herausforderung für die Demokratie dar (Mudde & Kaltwasser, 2017).

Nach Mudde und Kaltwasser (2017) kennzeichnet den Populismus die Vorstellung eines Konflikts zwischen einer homogenen Elite und einer homogenen Bevölkerung. In den vergangenen Jahren wurden Instrumente entwickelt, die populistische Einstellungen messen (u.a. Akkerman et al., 2014; Vehrkamp & Merkel, 2020). Es wird empfohlen, aus Gründen der Vergleichbarkeit mit internationalen Studien zentrale Items aus diesen Instrumenten zu verwenden und diese durch weitere Items zu ergänzen. So ist es wichtig, neben dem Antielitarismus bzw. den Anti-Establishment-Einstellungen insbesondere auch die demokratieschädlichen Dimensionen des Populismus zu erfassen, v.a. den Antiinstitutionalismus und Antipluralismus.

➢ *Fragen zu populistischen Einstellungen*

Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigsten Entscheidungen treffen *[Volkssouveränität]*	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Die Politiker sind sich immer einig, wenn es darum geht, ihre Privilegien zu schützen *[Anti-Establishment: pol. Klasse]*.	
Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien *[Manichäische Weltanschauung].*	
Die Bürger in Deutschland sind sich im Prinzip einig darüber, was politisch passieren muss *[Anti-Pluralismus].*	
Die Auseinandersetzung verschiedener Interessengruppen in unserer Gesellschaft schadet dem Allgemeinwohl *[Anti-Pluralismus]*.	
Es ist immer besser, dass die Bevölkerung Entscheidungen direkt trifft, als dass sie im Parlament getroffen werden. *[Anti-Institutionalismus]*.	

[25] Entnommen aus der World Values Survey.

7.2.2.5 Institutionenvertrauen

Die Bürger*innen in Deutschland gehen zurecht, da dies im Grundgesetz festgelegt ist, von der Gemeinwohlorientierung der (politischen) Amtsträger*innen aus. Ein Grundvertrauen in diese Orientierung „am Wohl des gesamten Volkes“ ist unerlässlich, sonst müssten alle Handlungen und Entscheidungen der Amtsträger ständig kontrolliert werden. Dieses Vertrauen ist für eine repräsentative Demokratie also unerlässlich und zeigt somit auch die Funktionsfähigkeit des Repräsentativprinzips an.

Vertrauen umfasst demnach die Erwartung einer „Gemeinwohlorientiertheit“ der Ausgestaltung der *politischen Institutionen* und des Handelns der in ihnen tätigen Personen. Vertrauen speist sich aus der Sozialisation und den generalisierten *Output*-Erfahrungen (wahrgenommenen Leistungen des politischen Systems und deren Beurteilungen) der Bürger*innen. Das Vertrauen in politische Institutionen hängt davon ab, inwieweit deren Aufgaben und Funktionsweisen erlernt wurden bzw. bekannt sind (z.B. im schulischen Politikunterricht in verschiedenen Schulformen, politischen Systemen und historischen Zeiträumen), in welcher Art und Weise sie als Instanzen politischer Willensbildung und politischen Handelns eingeführt wurden (z.B. Institutionentransfer / „ready-made state“, per demokratischer Abstimmung legitimiert oder aufgrund aktivistisch-basisdemokratischer Initiative partizipativ entwickelt/etabliert), inwieweit eine Gewöhnung an sie erfolgte (z.B. durch politische Berichterstattung in den Medien), sie als Adressatinnen eigener Anliegen und zuverlässige, glaubwürdige, kompetente und effiziente Vertreterinnen der Interessen der Bürger*innen wahrgenommen werden (z.B. Skepsis oder Indifferenz gegenüber der „fernen“ und komplex wirkenden Zentralregierung/Ministerialbürokratie vs. Erfahrungen der persönlichen Nahbeziehung zur Gemeindeverwaltung im eigenen Wohnort) und inwieweit die Bürger*innen selbst innerhalb der Institutionen aktiv sind/waren (z.B. Funktionsausübung, Kandidatur/Mandat/Wahlamt, Wahlteilnahme). Die konkreten Amts- bzw. Funktionsträger*innen werden als politische Autoritäten beurteilt. Den Inhaber*innen politischer Autoritätsrollen wird politische Unterstützung hauptsächlich dadurch zuteil, dass die Bürger*innen die von den Autoritäten getroffenen Entscheidungen akzeptieren und positiv bewerten. Zufriedenheit mit der Demokratie („Demokratie, wie sie in Deutschland funktioniert“) entsteht aus der positiven Bewertung des Handelns der Autoritäten, der grundsätzlichen Anerkennung der politischen Institutionen und der Beurteilung ihrer Funktionsweisen und Leistungen (Arbeit).

Das politische Vertrauen ist nach dem Vertrauen in Institutionen (z.B. Bundestag und Rechtsstaat mit Vertrauenswerten deutlich über 50 %) und in Autoritäten (z.B. Parteien oder Politiker*innen mit Vertrauenswerten zwischen 20 und 40 %) zu unterscheiden (vgl. Pickel et al., 2020, Decker et al., 2022).

Das Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien, das insbesondere im Kontext des Populismus relevant ist, wird in die nachfolgende Item-Batterie integriert, die auf einer Kombination z.T. deutlich kompakterer Vorlagen aus anderen politikwissenschaftlichen Befragungen[26] basiert, an dieser Stelle aber vergleichsweise umfangreich ausfallen muss, um die Vielzahl relevanter Institutionen im Mehrebenensystem berücksichtigen zu können.

[26] z.B. Leipziger Autoritarismus Studie, Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), Sachsen-Anhalt-Monitor

➢ *Fragen zum Vertrauen in verschiedene politische Institutionen*

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen und Organisationen. Sagen Sie mir bitte bei jeder Einrichtung oder Organisation, wie groß das Vertrauen ist, das Sie ihr entgegenbringen:	
– Bundestag	– vertraue sehr – vertraue eher – vertraue eher nicht – vertraue überhaupt nicht – trifft nicht zu
– Bundesregierung	
– politischen Parteien	
– Politikern im Allgemeinen	
– Politikern meiner Partei	
– Bundespräsident	
– Bundestag	
– Bundesregierung	
– Rechtssystem	
– Polizei	
– Bundeswehr	
– Verfassungsschutz	
– öffentlicher Verwaltung	
– Wissenschaft	
– öffentlich-rechtlichen Medien	
– Europäischer Union	
– Europäischer Kommission	
– Europäischem Parlament	
– Europäischer Zentralbank	
– Landtag	
– Landesregierung	
– Ministerpräsident	
– Parteien in meinem Bundesland	
– Politikern in meinem Bundesland	
– Stadtrat/Gemeinderat	
– Bürgermeister	
– Parteien oder politischen Gruppen in der Stadt/Gemeinde	
– Lokalpolitikern	

7.2.2.6 Repräsentation und Responsivität

Das Gefühl der *Responsivität* beschreibt die Überzeugung von Bürger*innen, dass sie mit ihren Anliegen bei Politiker*innen Gehör zu finden, d.h. dass Politiker*innen ihnen „zuhören", „ihre Wünsche aufgreifen" und „erklären, wenn sie sich doch anders entscheiden" (listen, adapt, explain; vgl. Esaiasson et al. 2013, 2015, 2016). Responsivität ist eng verknüpft mit dem Vertrauen in Politik und Parteien und muss daher im Rahmen eines Demokratie-Monitorings erfasst werden. Relevant sind in diesem Zusammenhang auch Fragen nach dem präferierten *Repräsentationsstil* der Befragten, d.h. ob Politiker*innen eher „führen" oder sich eher nach dem Willen der Wähler*innen richten sollten (vgl. Uppendahl 1981). Darüber hinaus sollten für dieses Themenfeld auch Fragen zu den Vorstellungen der Befragten darüber, *wen* Politiker*innen bzw. Abgeordnete repräsentieren sollten, aufgenommen werden.

➢ *Fragen zur substanziellen Repräsentation*[27]

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wen eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter repräsentieren soll. Wie wichtig ist Ihnen das Folgende? Bitte geben Sie den zutreffenden Wert auf dieser Skala an. Die bzw. der Abgeordnete sollte…	
– ihre bzw. seine Wählerinnen und Wähler repräsentieren	– sehr wichtig – eher wichtig – eher unwichtig – völlig unwichtig – weiß nicht
– alle Bürgerinnen und Bürger im Wahlkreis repräsentieren	
– alle Wählerinnen und Wähler der Partei der Abgeordneten bzw. des Abgeordneten repräsentieren	
– eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe repräsentieren	
– alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik repräsentieren	

➢ *Fragen zur deskriptiven Repräsentation*[28]

Es gibt unterschiedliche Auffassungen darüber, wen eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter repräsentieren soll. Wie wichtig ist Ihnen das Folgende? Bitte geben Sie den zutreffenden Wert auf dieser Skala an. Die bzw. der Abgeordnete sollte…	
– Alle Geschlechter repräsentieren	– sehr wichtig – eher wichtig – eher unwichtig – völlig unwichtig – weiß nicht
– Alle sozialen Schichten repräsentieren	
– Alle Altersgruppen repräsentieren	
– Alle Bildungs- und Berufsgruppen repräsentieren	
– Ost und West repräsentieren	
– Stadt und Land repräsentieren	
– Alle Glaubensgruppen repräsentieren	

[27] Dies bedeutet: Welche politischen Akteursgruppen sollten in welchem Umfang repräsentiert werden? Entnommen aus der German Longitudinal Election Study (GLES).
[28] Dies bedeutet: Welche Bevölkerungsgruppen (u.a. hinsichtlich sozio-ökonomischer, kultureller, geographischer Merkmale) sollten repräsentiert werden?

➢ *Fragen zum Repräsentationsstil*[29]

Ist es aus Ihrer Sicht wichtiger, dass Politiker bei Entscheidungen ihren Grundüberzeugungen treu bleiben, oder wichtiger, dass sie sich nach den aktuellen Meinungen der Wähler richten?	1 (treu bleiben) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 (aktuelle Meinung)
Und ist es aus Ihrer Sicht wichtiger, dass Politiker die Anregungen der Bürger aufgreifen, oder wichtiger, dass sie den Bürgern Orientierung bieten?	1 (Anregungen aufgreifen) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 (Orientierung bieten)

➢ *Fragen zur Responsivität*[30]

Nach den Wahlen hören sich die gewählten Vertreter die Wünsche ihrer Wähler an.	– stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne völlig ab – weiß nicht
Nach den Wahlen erklären die gewählten Vertreter den Wählern ihre politischen Entscheidungen.	
Nach den Wahlen berücksichtigen die gewählten Vertreter die Wünsche der Bürger.	

7.2.2.7 Politische Kompetenz/Einfluss/Efficacy, politisches Wissen und Interesse

Politische Kompetenz ist als Handlungsressource der Bürger*innen (im Sinne politischer Subjekte) zentral für die politische Kultur und muss als mehrdimensional verstanden werden. Dabei sind neben politischem Wissen auch Aspekte wie Urteilsvermögen, Handlungsfähigkeit sowie Interesse und Motivation zur Bewertung politischer Fragen relevant (vgl. Detjen et al., 2012). Ein weiterer zentraler Aspekt betrifft die politische Efficacy (Selbstwirksamkeit). Während *internal efficacy* die Überzeugung politischer Selbstwirksamkeit meint, bezieht sich *external efficacy* auf die Wahrnehmung der Möglichkeit politischer Einflussnahme.

➢ *Fragen zur internal und external Efficacy.*

Ich kann politische Fragen gut verstehen und einschätzen.[31]	– stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne voll und ganz ab
Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.[32]	

[29] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.
[30] Entnommen aus der Leipziger Autoritarismus Studie.
[31] Diese Frage wird in zahlreichen Erhebungsprojekten (z.B. Thüringen-Monitor, Sachsen-Monitor) abgefragt.
[32] Diese Frage wird in zahlreichen Erhebungsprojekten (z.B. Leipziger Autoritarismus Studie, Thüringen-Monitor) abgefragt.

➢ *Fragen zum politischen Wissen*

Im Allgemeinen weiß ich eher wenig über Politik.[33]	– stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – stimme eher nicht zu – stimme überhaupt nicht zu
Hatten Sie in der Schule Politikunterricht? Wenn ja: über wie viele Jahre?	– ja, über *[Freitext Anzahl]* Jahre – nein

➢ *Frage zu politischem Interesse*[34]

Wie stark interessieren Sie sich für Politik?	– sehr stark – stark – mittel – wenig – überhaupt nicht

7.2.2.8 Politische Partizipation

Politische Partizipation ist ein zentraler Grundpfeiler demokratisch verfasster Gesellschaften. Auch wenn es unterschiedliche Verständnisse von politischer Partizipation gibt, betont die in den Sozialwissenschaften häufig genutzte Definition den instrumentellen Charakter von politischer Partizipation. Danach bezeichnet politische Partizipation jede Handlung, die Bürger*innen „freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase, 1997, S. 160). Aufgrund ihrer Bedeutung für die Demokratie ist die Erfassung der Partizipation ein wichtiger Bestandteil eines möglichen Demokratie-Kompasses. Erstrebenswert ist es dabei, sowohl eine möglichst große Bandbreite an etablierten und neueren politischen (und sozialen) Partizipationsformen als auch deren Nutzungshäufigkeit und die generelle Bereitschaft zu solchen Partizipationsformen zu erfassen. Um den Rahmen einer Bevölkerungsbefragung nicht zu sprengen, ist es jedoch notwendig, sich in dem regelmäßigen Frageprogramm auf eine vergleichsweise knappe Batterie an Fragen zur Partizipation zu begrenzen. Dies sollte in möglichen Schwerpunktthemen (z.B. *Demokratie als Lebensform*, vgl. Kap. 7.2.4.1) erweitert und vertieft werden.

[33] Entnommen aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS).
[34] Diese Frage wird in zahlreichen Erhebungsprojekten (z.B. Thüringen-Monitor, Demokratiemonitor der Bertelsmann-Stiftung) abgefragt.

➢ *Fragen zur politischen Partizipation*[35]

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? *[RANDOM]*	
– Teilnahme an einer genehmigten Demonstration	– habe ich schon getan – würde ich tun – würde ich nicht tun – weiß nicht
– Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	
– Teilnahme an einer Unterschriftensammlung	
– Mitarbeit in einer Partei	
– Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	
– Mitarbeit in einer Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für gesellschaftliche oder politische Ziele einsetzt (z.B. Verein für Umweltschutz)	
– kontaktieren eines Politikers	
– in den sozialen Medien politisch Stellung beziehen	
– unterschreiben einer Online-Petition	

7.2.2.9 Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft

Politische Gewalt ist eine illegitime bzw. illegale Form politischer Partizipation und kann als pathologisches Element politischer Kultur verstanden werden, das demokratischen Grundsätzen widerspricht und beispielsweise von antidemokratischen Akteur*innen zur Überwindung des freiheitlich-rechtlichen Rechtsstaates und seiner Institutionen sowie zur Schädigung von politischen Gegner*innen und abgewerteten Gesellschaftsmitgliedern eingesetzt werden kann. Die Erfassung von Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft wird daher als unverzichtbar erachtet. Die hier ausgewählten Frageformulierungen finden u.a. im Thüringen-Monitor und im Niedersächsischen Demokratie-Monitor Verwendung.

➢ *Fragen zur Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft*

[Wird gemeinsam mit Fragen zur politischen Partizipation (vgl. Kap. 7.2.2.8.) abgefragt] Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. […] Wie ist das mit – Für meine Ziele kämpfen, auch wenn dazu Gewalt notwendig ist.	– habe ich schon getan – würde ich tun – würde ich nicht tun – weiß nicht

[35] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.

Können Sie sich Situationen vorstellen, in denen Gewalt in politischen Auseinandersetzungen gerechtfertigt ist?	– ja, Gewalt ist zur Erreichung der eigenen politischen Ziele gerechtfertigt – ja, Gewalt ist gerechtfertigt, aber nur als Reaktion auf Gewalt der Gegenseite – nein, Gewalt ist nie gerechtfertigt – weiß nicht

7.2.2.10 Parteiidentifikation und Links-Rechts-Selbsteinordnung

Parteiidentifikation bezeichnet die langfristige affektive Bindung an eine Partei. Empirische Erkenntnisse weisen darauf hin, dass Parteiidentifikation die Demokratiezufriedenheit stärkt, politische Partizipation begünstigt und sich positiv auf die Stabilität des Parteiensystems auswirkt (Kern, 2017; Mayer, 2017; Westle et al., 2013). Sie ist somit für die Analyse der politischen Kultur relevant und sollte im Rahmen des Demokratie-Kompasses erhoben werden. Hierfür bietet sich die in der Demokratieforschung geläufige Frage danach an, ob die befragte Person langfristig einer bestimmten Partei zuneigt, auch wenn sie ab und an eine andere Partei wählt, sowie die Anschlussfrage, welche Partei dies ist.

Auch die politische Selbsteinordnung in ein Links-Rechts-Kontinuum wird in der politischen Einstellungsmessung regelhaft abgefragt. Sie ist zwar vergleichsweise schwach mit bestimmten Einstellungsmustern, insbesondere rechtsextremen Einstellungen, korreliert – eine Mehrheit der Befragten, die nach der Messkonvention als rechtsextrem eingestellt gelten müssen (s.u.), ordnen sich selbst üblicherweise der politischen Mitte oder dem linken Flügel des politischen Spektrums zu. Dennoch haben die Kategorien „links“, „Mitte“ und „rechts“ weiterhin hohe Bedeutung im Koordinatensystem politischer Vorstellungen und im Feld der politischen Kommunikation. Ein systematisches Monitoring der entsprechenden Selbsteinschätzung ist somit für die Erforschung der politischen Kultur bedeutsam und sollte – ergänzend zur Erfassung konkreter Einstellungsinhalte – unbedingt erfolgen. Für den Demokratie-Kompass wird eine in der Demokratieforschung etablierte Frageformulierung vorgeschlagen. Das ausgewählte zehnstufige Antwortformat erlaubt bewusst keine Zuordnung zu einer neutralen Mittelkategorie; Befragte sind somit gezwungen, sich dem linken oder dem rechten Flügel des politischen Einstellungsspektrums zuzuordnen. Zu erwarten ist, dass große Anteile der Befragten dennoch intuitiv die Antwortkategorien 5 oder 6 wählen, welche zusammen die empirische „Mitte“ bilden.

- *Fragen zur Parteiidentifikation und Links-Rechts-Selbsteinordnung*

Viele Leute neigen in der Bundesrepublik längere Zeit einer bestimmten Partei zu, obwohl sie auch ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen? Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu? Wenn ja, welcher?	– ja, nämlich: *[Freitext, Name der Partei]* – nein, neige keiner bestimmten Partei zu – weiß nicht
Wie stark oder wie schwach neigen Sie – alles zusammengenommen – dieser Partei zu? Neigen Sie ihr sehr stark, stark, mittelmäßig, schwach oder sehr schwach zu?	– sehr stark – stark – mittelmäßig – schwach – sehr schwach – weiß nicht

Viele Leute verwenden die Begriffe "links" und "rechts", wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wir haben hier einen Maßstab, der von links nach rechts verläuft. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese Ansichten einstufen?	1 (links) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 (rechts)

7.2.2.11 Rechtsextreme und „neurechte“ Einstellungen

Die Erfassung rechtsextremer Einstellungen gehört zu den zentralen Aufgaben eines Demokratie-Monitorings, da ihre Verbreitung eine bedeutsame Herausforderung für die Demokratie darstellt. Laut einer Konsensdefinition deutscher Rechtsextremismus-Forschender aus dem Jahr 2001 kann Rechtsextremismus dabei beschrieben werden als ein „Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen. Diese äußern sich im politischen Bereich in der Affinität zu diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung bzw. Rechtfertigung des Nationalsozialismus. Im sozialen Bereich sind sie gekennzeichnet durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen.“ (Kreis, 2007, S. 13). Ein in diesem Zusammenhang entwickelter Fragenkatalog umfasst dementsprechend die sechs Ideologiekomponenten *Ausländer-* bzw. *Fremdenfeindlichkeit*, *Nationalismus/Chauvinismus*, *Antisemitismus*, *Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus* und *Diktaturaffinität*. In verschiedenen Erhebungsprojekten kommen aktuell verschiedene Variationen dieses Fragebogens zum Einsatz, was die Vergleichbarkeit erschwert bzw. verhindert. Für den Demokratie-Kompass wird der Einsatz des „Fragebogen[s] zur rechtsextremen Einstellung – Leipziger Form (FR-LF)“ (Decker et al. 2013) empfohlen, der im Rahmen der Leipziger Autoritarismus Studien sowie der Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Einsatz kommt. Hierdurch wird eine Vergleichbarkeit mit den Ergebnissen dieser Studien und der dort entstandenen Messreihe seit 2006 ermöglicht. Der Fragebogen wird durch Items zu „neurechten“ Einstellungen ergänzt, um ausgewählte Ideologiefragmente eines „modernisierten“ Rechtsextremismus abzudecken.

- *Fragen zur Befürwortung einer rechtsautoritären/rechtsgerichteten Diktatur (Neo-NS-Ideologie)*

Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.	
Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.	

➢ *Fragen zum Antisemitismus (Neo-NS-Ideologie)*

Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen	
Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.	

➢ *Fragen zum Sozialdarwinismus (Neo-NS-Ideologie)*

Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.	
Es gibt wertvolles und unwertes Leben.	

➢ *Fragen zur Verharmlosung des Nationalsozialismus (Neo-NS-Ideologie)*

Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.	
Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.	

➢ *Fragen zum Chauvinismus (Ethnozentrismus)*

Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.	
Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.	

➢ *Fragen zur Ausländerfeindlichkeit (Ethnozentrismus)*

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	

➢ *Fragen zu neurechten Einstellungen*

Wir leben schon längst nicht mehr in einer Demokratie, sondern in einer Diktatur.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Jedes Volk besitzt eine unveränderliche Identität.[36]	
In Deutschland kann man seine Meinung nicht sagen, ohne Nachteile befürchten zu müssen.	

7.2.2.12 Vorurteile, Abwertung, Diskriminierung (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit)

Ein wichtiger Faktor für die Unterminierung der Demokratie und einer demokratischen politischen Kultur sind gruppenbezogene Vorurteile (Pickel et al., 2020, S. 105; Zick & Küpper, 2021). Sie stellen auch eine wichtige Verbindung zwischen extremistischen Kräften, speziell rechtsextremistischen Akteur*innen, und der Bevölkerung dar. Ein Konzept, welches in den letzten zwei Jahrzehnten hier große Aufmerksamkeit erfahren hat, ist das Konzept der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Es fokussiert auf die Beziehungen zwischen verschiedenen Vorurteilen und Abwertungen und stellt sie in einen Zusammenhang. Hier aufgenommen wurden die Items zur Erfassung der Facetten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entsprechend der Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung (vgl. Bericht zur Forschungsfelderkundung). Ergänzt wurden zwei Items zur Abwertung von Menschen mit Behinderung bzw. zum Ableismus (vgl. u.a. Thüringen-Monitor) sowie ein neues Item zur Abwertung von Sint*ezze und Rom*nja (vgl. Pickel & Stark, 2022).

➢ *Fragen zum Rassismus*

Aussiedler [z.B. Russlanddeutsche] sollten bessergestellt sein als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	

[36] Entnommen aus der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung

- *Fragen zur Fremdenfeindlichkeit*

  (vgl. Kap. 7.2.2.11 Rechtsextreme und „neurechte“ Einstellungen; Fragen gehören zu beiden Messkonzepten, werden aber nur einmal im Interview abgefragt)

Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	
Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.	

- *Fragen zum Antisemitismus*

Durch ihr Verhalten sind Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Viele Juden versuchen, aus der Vergangenheit des Dritten Reiches heute ihren Vorteil zu ziehen.	
Bei der Politik, die Israel macht, kann ich gut verstehen, dass man etwas gegen Juden hat.	
Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.	

- *Fragen zur Muslimfeindlichkeit – Islamfeindlichkeit – antimuslimische Einstellungen*

Die Mehrheit der Muslime findet islamistischen Terrorismus gerechtfertigt.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden.	
Der Islam ist grundsätzlich frauenfeindlich.	

- *Fragen zur Abwertung von Sint*ezze und Rom*nja*

Ich hätte Probleme damit, wenn sich Sinti und Roma in meiner Gegend aufhalten.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Sinti und Roma neigen zur Kriminalität.	
Sinti und Roma sind nicht so zivilisiert.	

- *Fragen zur Abwertung asylsuchender Menschen*

Bei der Prüfung von Asylanträgen sollte der Staat großzügig sein.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Die meisten Asylbewerber werden in ihrem Heimatland gar nicht verfolgt.	
Die meisten Asylbewerber kommen nur hier her, um das Sozialsystem auszunutzen.	

- *Fragen zum Sexismus – traditionell*

Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Männer haben einen rationaleren Blick auf die Dinge als Frauen.	
Wenn es darauf ankommt, hat der Mann immer noch die Verantwortung als Ernährer seiner Familie.	
Frauen sollten sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	

- *Fragen zur Abwertung homosexueller Menschen*

Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Homosexualität ist unmoralisch.	

- *Fragen zur Abwertung von Trans*Menschen*

Ich finde es albern, wenn ein Mann lieber eine Frau sein will oder umgekehrt, eine Frau lieber ein Mann.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Transsexuelle und Transgender sollten versuchen, nicht so aufzufallen.	

- *Fragen zur Abwertung wohnungsloser Menschen*

Die meisten Obdachlosen sind arbeitsscheu.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Bettelnde Obdachlose sollten aus den Fußgängerzonen entfernt werden.	

➢ *Fragen zur Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen*

Langzeitarbeitslose sind nicht wirklich daran interessiert, einen Job zu finden.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Langzeitarbeitslose machen sich auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben.	

➢ *Fragen zur Abwertung Menschen mit Behinderung / Ableismus*

Für Behinderte wird zu viel Aufwand betrieben.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Behinderte Kinder sollten nicht in Sonderschulen unterrichtet werden, sondern unter Berücksichtigung ihrer Bedürfnisse gemeinsam mit nicht-behinderten Kindern.	

➢ *Fragen zu Etabliertenvorrechten*

Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufriedengeben.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – stimme teils zu, teils nicht zu – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	

7.2.2.13 Identität und Zugehörigkeit

Aspekte der Zugehörigkeit und der Ausbildung der Identität sind von zentraler Bedeutung für ein Demokratie-Monitoring. Zum einen ist die eigene individuelle Zugehörigkeit zu einer politischen Gemeinschaft ein Kernmerkmal für das Funktionieren einer demokratischen politischen Kultur (Easton, 1979). Zum anderen aber werden eigene kollektive Identitäten mit Bezug auf andere Personengruppen gebildet und in Abgrenzung zu diesen konstruiert. So belegt die Social Identity Theory (Tajfel, 1982) Prozesse der Vorurteilsbildung und Abgrenzung über kollektive Identitäten. Rigide, exklusive kollektive Identitäten haben i.d.R. einen für eine demokratische politische Kultur toxischen Charakter (vgl. Pickel et al., 2020). Dies zeigt sich mit Blick auf Vorurteile, Ressentiments und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Für die eigene kollektive Identität in einem politischen System sind Zugehörigkeiten wichtig. Dabei kann im Sinne multipler Identitäten ein Zusammenspiel verschiedener Zugehörigkeiten bestehen, gleichzeitig kann jedoch auch ein Übergewicht von exklusiven, partikularistischen Selbstzuschreibungen existieren. Eine klassische Erhebungsform ist die Abfrage der Verbundenheit mit verschiedenen kollektiven Ebenen.

➢ *Frage zur Verbundenheit mit verschiedenen Raumeinheiten*

Die Menschen haben unterschiedlich starke Bindungen zu ihrer Gemeinde/Stadt, zu ihrem Bundesland, zu Deutschland oder Europa. Wie ist das bei Ihnen? Wie stark fühlen Sie sich verbunden mit…[37]	
– ihrer Gemeinde/Ort/Stadt?	– sehr verbunden – ziemlich verbunden
– Ihrer Region/Gegend?	

[37] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.

– Ihrem Bundesland?	– nicht sehr verbunden – überhaupt nicht verbunden
– Deutschland?	
– Europa?	
Fühlen Sie sich der deutschen Gesellschaft zugehörig?	– sehr zugehörig – eher zugehörig – eher nicht zugehörig – gar nicht zugehörig

7.2.2.14 Aktuelles Befragungsthema

Die zweijährliche Repräsentativbefragung sollte unbedingt genutzt werden, um gesellschaftliche und politische Themen zu berücksichtigen, die zum Zeitpunkt der Erhebung unmittelbar aktuell und von hoher Relevanz für die demokratische Kultur sind. Ziel ist es, die Auswirkungen der Haltungen zu aktuellen Themen auf eine politische Kultur und die Demokratie über Zusammenhangsanalysen zu bestimmen. Während der sogenannten „Asylkrise“ 2015/16 fokussierten bundesweite und länderspezifische Befragungsprojekte die Einstellungen gegenüber Asylsuchenden und die Beurteilung der staatlichen Asylpolitik. Während der Corona-Pandemie seit dem Frühjahr 2020 wurde in vielen dauerhaften demoskopischen Untersuchungen zwischenzeitlich ein Fragenprogramm zur Wahrnehmung und Beurteilung der staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie, der Krisenbewältigungspolitik bzw. zum Protestgeschehen und dessen Mobilisierungspotenzial in der Gesamtbevölkerung integriert. Neuere Untersuchungen in diesem Jahr kontextualisieren die Energiekrise, die Inflation, den russischen Angriffskrieg in der Ukraine und die damit verbundenen sicherheits- und sozialpolitischen Herausforderungen. In Hinblick auf die Sorgen der Bevölkerung, ihre Erwartungen gegenüber dem politischen System, ihr Institutionenvertrauen und ihre Policy-Orientierung (z.B. Prioritätensetzung) sind solche, politisch aktuellen Fragen und Themen also zweifellos wichtig und müssen sich daher auch relativ kurzfristig in das Fragenprogramm eines Demokratie-Kompass integrieren lassen, ohne den Kernbereich der Dauerbeobachtung der politischen Kultur (Standardfragenprogramm) zu schmälern oder auf strategisch langfristig geplante und thematisch naheliegende Vertiefungsthemen verzichten müssen. Da zukünftig aktuelle Befragungsthemen sich nicht prognostizieren lassen, wird vorgeschlagen, unabhängig von der jeweiligen inhaltlichen Ausgestaltung ca. 15 Items für ein aktuelles Befragungsthema im Fragebogen des Demokratie-Kompasses zu reservieren. Die exakte Anzahl der Items muss selbstverständlich den Erfordernissen angepasst werden, also geringfügig nach oben oder unten schwanken. Dabei ist empfehlenswert, besonders auf Kürze und Prägnanz der Items zu achten. Von einer Ausweitung im Sinne einer Spezialbefragung im Rahmen des Demokratie-Kompasses ist abzusehen, um den Charakter als Instrument der Dauerbeobachtung der politischen Kultur nicht zu verändern. Zum Zeitpunkt der Abfassung der vorliegenden Machbarkeitsstudie waren Energiekrise und Ukrainekrieg die dominanten zeitaktuellen Themen, die politische und mediale Debatten bestimmten und in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit z.T. kontrovers diskutiert wurden. Die nachfolgende Auswahl entsprechender Fragen verstehen sich demnach als Beispiele mit Platzhalterfunktion:

➢ *Fragen zu aktuellem Thema (Beispiele)*

<table>
<tr><td colspan="2">Die heutige Zeit ist von vielen Krisen geprägt. Für wie bedrohlich halten Sie die folgenden Krisen und gesellschaftlichen Entwicklungen?</td></tr>
<tr><td>– Corona-Krise</td><td rowspan="3">– sehr bedrohlich
– eher bedrohlich
– teils/teils
– eher nicht bedrohlich</td></tr>
<tr><td>– Krise der öffentlichen Finanzen (Staatsverschuldung)</td></tr>
<tr><td>– Klimakrise</td></tr>
<tr><td>– Steigende Energie- und Heizkosten</td><td rowspan="7">– gar nicht bedrohlich

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td>– Inflation/allgemeine Preissteigerung</td></tr>
<tr><td>– Unsicherheit der Energieversorgung/drohender Gasmangel</td></tr>
<tr><td>– Ukraine-Krieg</td></tr>
<tr><td>– aktuelles Protest- und Demonstrationsgeschehen</td></tr>
<tr><td>– Vertrauenskrise der Politik</td></tr>
<tr><td>– Gefahr terroristischer Anschläge oder Sabotage-Aktionen</td></tr>
<tr><td>Was glauben Sie: Hat Deutschland eine moralische Pflicht, die Ukraine im Krieg zu unterstützen?</td><td>– ja, Deutschland muss die Ukraine unterstützen
– nein, Deutschland sollte neutral sein

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td>Eine Frage zum Ukraine-Krieg: Sollten wir die Ukraine trotz hoher Energiepreise bei uns weiterhin unterstützen?</td><td>– ja
– nein

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td>Wie sollte der Westen die Ukraine militärisch unterstützen?</td><td>– stärker
– wie bisher
– weniger

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td>Über die Sanktionen gegen Russland gibt es unterschiedliche Ansichten. Welches Maß an Sanktionen wünschen Sie sich in der aktuellen Situation gegen Russland?</td><td>– mehr als bislang
– weiter wie bislang
– weniger als bislang
– gar keine

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td colspan="2">Unterstützen Sie die Sanktionen gegen Russland auch wenn…</td></tr>
<tr><td>– dadurch bei uns die Energiepreise und Lebenshaltungskosten steigen?</td><td rowspan="3">– ja
– nein

– weiß nicht</td></tr>
<tr><td>– es dadurch bei uns zu Engpässen in der Energieversorgung kommt?</td></tr>
<tr><td>– dadurch deutsche Firmen und Betriebe Nachteile erleiden?</td></tr>
</table>

7.2.3 Vorschläge für Erklärungsfaktoren (erklärende Variablen)

Zu den Erklärungsfaktoren für demokratierelevante Einstellungen, die in einem Demokratie-Kompass berücksichtigt werden müssen, gehören die Bewertung der individuellen und kollektiven wirtschaftlichen Lage, die Wahrnehmung und Deutung der gesellschaftlichen Entwicklung, Faktoren der politischen Sozialisation, die soziale Integration bzw. Inklusion/Exklusion, der intergruppale Kontakt sowie Autoritarismus und weitere individual- und sozialpsychologisch relevante Merkmale. Insbesondere das Wissen, die Bewertung und die Abgrenzungsfähigkeit der Demokratie gegenüber nicht-demokratischen politischen Systemen ist stark von der Bildung sowie der persönlichen und politischen Sozialisation abhängig. In der Forschung werden außerdem eine Reihe von Erklärungsansätzen für regionale Unterschiede in den politischen Einstellungen, vor allem zwischen Ost- und Westdeutschland diskutiert, die über den Verweis auf die spezifischen Sozialisationserfahrungen in unterschiedlichen politischen Systemen (z.B. im Sinne einer im Osten verbreiteten Demokratiedistanz oder gar „Diktaturaffinität“) hinausgehen und auf ein komplexes Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren hinweisen (vgl. Küpper et al., 2019). So erwiesen sich zum einen sozioökonomische Faktoren als relevant, wobei auf das größere Vorkommen strukturschwacher (und in starkem Maße durch Abwanderung und den natürlichen Bevölkerungsrückgang betroffener) Regionen im Osten Deutschlands verwiesen wird. Ausschlaggebend ist hier jedoch weniger die objektive individuelle wirtschaftliche Situation, sondern die subjektive Bewertung der eigenen und noch stärker der kollektiven ökonomischen Situation in der Region sowie die relative Deprivation, also die Wahrnehmung von (wirtschaftlicher) Benachteiligung im Vergleich zu anderen (u.a. auch die empfundene Benachteiligung von Bürger*innen der ostdeutschen gegenüber Bürger*innen der westdeutschen Bundesländer).

7.2.3.1 Bewertung der individuellen und kollektiven wirtschaftlichen und sozialen Lage

Folgende Items, die auf die Beurteilung der individuellen und kollektiven wirtschaftlichen und sozialen Lage durch die Befragten abzielen, werden so oder in ähnlicher Form in zahlreichen Erhebungsprojekten eingesetzt und wurden u.a. aus dem Thüringen-Monitor, der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung und dem GESIS GesellschaftsMonitor entnommen.

- *Fragen zur individuellen und kollektiven Deprivation (Benachteiligungsgefühlen), Statusverlustangst, finanzielle Situation*

Im Vergleich dazu, wie andere hier in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?	– mehr als gerechten Anteil – gerechten Anteil – etwas weniger – sehr viel weniger
Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage heute? Ist sie…	– sehr gut – gut – teils gut/teils schlecht – schlecht – sehr schlecht
Und wie wird Ihre eigene wirtschaftliche Lage in einem Jahr sein? Wird sie…	– wesentlich besser als heute – etwas besser als heute – gleichbleibend – etwas schlechter als heute

	– wesentlich schlechter als heute
Es gibt Menschen, die in unserer Gesellschaft eher oben stehen und solche, die eher unten stehen. Wo würden Sie sich derzeit einordnen?	– ganz oben in unserer Gesellschaft – oben in unserer Gesellschaft, – eher oben in unserer Gesellschaft – in der Mitte unserer Gesellschaft – eher unten in unserer Gesellschaft – unten in unserer Gesellschaft – ganz unten in unserer Gesellschaft
Man spricht ja häufiger von Gewinnern und Verlierern der gesellschaftlichen Entwicklung. Was würden Sie von sich selbst sagen: Fühlen Sie sich eher auf der Gewinner- oder eher auf der Verliererseite?	– fühle mich auf der Gewinnerseite – fühle mich auf der Verliererseite – weder noch – weiß nicht
Eine Frage zur deutschen Einheit: Würden Sie sagen, dass für Sie persönlich alles in allem eher die Vorteile oder eher die Nachteile der Vereinigung überwiegen?	– Vorteile überwiegen – weder noch, hält sich die Waage – Nachteile überwiegen – weiß nicht
Wenn Sie an Ihre persönliche Zukunft denken: Überwiegen da bei Ihnen eher die Sorgen oder eher die Zuversicht?	– Sorgen überwiegen eher – Zuversicht überwiegt eher – weiß nicht
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?	
– Heute ändert sich alles so schnell, dass ich oft nicht weiß, woran ich mich halten soll.[38] – Von den meisten meiner Mitmenschen erfahre ich Anerkennung. – Leute wie ich werden in dieser Gesellschaft wie Bürger 2. Klasse behandelt.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – teils/teils – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab – weiß nicht

7.2.3.2 Wahrnehmung und Deutung der gesellschaftlichen Entwicklung

Die ausgewählten Fragen zur Erfassung der Wahrnehmung der gesellschaftlichen Entwicklung sind in der Demokratieforschung weit verbreitet und kommen u.a. in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS), in der Leipziger Autoritarismus Studie und im Thüringen-Monitor zum Einsatz.

[38] Dieses Item misst sogenannte Orientierungs-Anomia, gemeint ist das Erleben einer grundsätzlichen Entsicherung; die Wahrnehmung, aufgrund gesellschaftlichen Wandels den normativen und lebensweltlichen Halt zu verlieren (vgl. Rippl 2003). Es wird u.a. im Thüringen-Monitor verwendet.

➢ *Fragen zur gesellschaftlichen Entwicklung*

Im Großen und Ganzen: Geht es in Deutschland eher gerecht oder ungerecht zu?	– eher gerecht – eher ungerecht – weiß nicht
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die heutige wirtschaftliche Lage in Deutschland? Ist sie…	– sehr gut – gut – teils gut / teils schlecht – schlecht – sehr schlecht
Was glauben Sie, wie wird die wirtschaftliche Lage in Deutschland in einem Jahr sein? Wird sie…	– wesentlich besser als heute – etwas besser als heute – gleichbleibend – etwas schlechter als heute – wesentlich schlechter als heute sein
Wenn Sie Alles in Allem an die gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland denken, ist diese…?	– eher positiv – eher negativ – weiß nicht
Und wenn Sie Alles in Allem an die gesellschaftliche Entwicklung in Ihrer Region denken, ist diese…?	– eher positiv – eher negativ – weiß nicht
Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?	
– Das Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen ist eine Bereicherung für Deutschland. – Migranten und Menschen, die aus Migrantenfamilien stammen, werden in Deutschland als Bürger 2. Klasse behandelt. – Ostdeutsche werden von Westdeutschen als Bürger 2. Klasse behandelt.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – teils/teils – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab – weiß nicht

7.2.3.3 Politische Sozialisation

Sozialisation ist ein wichtiger Teil der Vorbereitung auf das Leben als mündige*r Bürger*in. Im Zuge des Sozialisationsprozesses werden zentrale Normen und Werte vermittelt, die für die demokratische Kultur essentiell sind. Dabei ist es bedeutsam, welche Sozialisationsagent*innen in welchen Kontexten welche Inhalte vermitteln. Dafür müssen Rahmenbedingungen der Sozialisation erhoben werden, die insbesondere die frühe Phase der Sozialisation umfassen, da sie sich auf die Entwicklung eines politischen Verständnisses beziehen. Auch hier ist es sinnvoll, sich an in der Forschung bereits etablierten Fragen zu orientieren.

➢ *Fragen zur politischen Sozialisation*[39]

Denken Sie an Ihre Eltern zu einem Zeitpunkt als Sie selbst ungefähr 14 Jahre alt waren. Können Sie mir sagen, ob die folgenden Aussagen auf ihre Eltern zutreffen?	
– Meine Mutter hat gerne Bücher gelesen.	– trifft voll und ganz zu – trifft eher zu – teils/teils – trifft eher nicht zu – trifft überhaupt nicht zu – weiß nicht
– Ich habe zuhause mit meiner Mutter über Politik diskutiert.	
– Meine Mutter hat gerne die Nachrichten verfolgt.	
– Meine Eltern (Elternteil) hatte(n) Schwierigkeiten mit dem Einkommen auszukommen.	
– Mein Vater hat gerne Bücher gelesen.	
– Ich habe zuhause mit meinem Vater über Politik diskutiert.	
– Mein Vater hat gerne die Nachrichten verfolgt.	
– Meine Eltern (Elternteil) hatte(n) Probleme kaputtgegangene Gegenstände zu ersetzen.	

7.2.3.4 Soziale Integration und Inklusion/Exklusion, Diskriminierungserfahrungen

Auch der Bewertung der sozialen Integration und Inklusion bzw. der Einbindung der Befragten in die Gesellschaft wird ein hoher Stellenwert für die Erklärung ihrer politischen/demokratiebezogenen Einstellungen beigemessen. Vor allem im Kontext der Debatten um die Polarisierung und das Auseinanderdriften der Gesellschaft und um die Ambivalenzen des gesellschaftlichen Zusammenhalts in einer hochgradig differenzierten, diversen und pluralen Gesellschaft (vgl. Deitelhoff et al., 2020), ist für empirische Untersuchungen der demokratischen Kultur die Bestimmung des Verhältnisses zwischen System- und Sozialintegration der Bevölkerung wichtig. Für den Demokratie-Kompass wird daher empfohlen, das Gefühl von (Nicht-)Zugehörigkeit zur Gesellschaft sowie konkrete Diskriminierungserfahrungen als Indikator für gesellschaftliche Ausschlüsse zu erheben.

➢ *Fragen zur Zugehörigkeit zur Gesellschaft und zu Diskriminierungserfahrungen*

Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?	
Ich habe das Gefühl, dass ich Teil unserer Gesellschaft bin.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – teils/teils – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab – weiß nicht
Ich habe Einfluss darauf, wie sich unsere Gesellschaft entwickelt.	
Ich leiste einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft.	
Manchmal fühle ich mich aus der Gesellschaft ausgeschlossen.	

[39] Entnommen aus der European Values Study (EVS).

Nun geht es um das Thema Diskriminierung. Diskriminierung bedeutet, dass eine Person aus bestimmten Gründen schlechter behandelt wird als andere Menschen, ohne dass es dafür eine sachliche Rechtfertigung gibt.[40] Diskriminierung kann auf sehr unterschiedliche Weise ausgeübt werden, etwa durch Beleidigung, Ausgrenzung, sexuelle Belästigung bis hin zu Gewalt. Es handelt sich aber auch um Diskriminierung, wenn Menschen durch Regeln und Gesetze benachteiligt werden. Sind Sie persönlich in den letzten 24 Monaten in Deutschland aus den folgenden Gründen diskriminiert worden?	
– aus rassistischen Gründen, wegen der Zugehörigkeit zu einer ethnischen Gruppe oder der Herkunft aus einem anderen Land	– ja – nein
– aufgrund des Geschlechts	
– aufgrund der Geschlechtsidentität (z. B. transsexuell oder intergeschlechtlich)	
– aufgrund der Religion oder Weltanschauung	
– aufgrund einer Behinderung oder chronischen Krankheit	
– aufgrund zu hohen Alters	
– aufgrund zu niedrigen Alters	
– aufgrund der sexuellen Orientierung (z. B. schwul, lesbisch, bisexuell)	
– aufgrund eines niedrigen Bildungsstandes	
– aufgrund eines geringen Einkommens	
– aus einem anderen Grund	
[falls anderer Grund genannt wird] Aus welchem anderen Grund?	offenes Antwortformat
Wie häufig kam es in den letzten 24 Monaten in Deutschland vor, dass Sie in den folgenden Bereichen diskriminiert wurden?	
– im Bildungsbereich (z. B. Kindergarten, Schule, Hochschule)	– nie – selten – manchmal – oft – sehr oft
– im Arbeitsleben (z. B. Arbeitssuche, Ausbildung, Arbeitsplatz)	
– in Geschäften oder im Dienstleistungsbereich (z. B. Supermarkt, Gaststätten, Versicherungen, Banken)	
– auf dem Wohnungsmarkt (z. B. Miete oder Kauf einer Wohnung)	

[40] Fragen zu Diskriminierungserfahrungen folgen Empfehlungen nach einer Expertise im Auftrag der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (vgl. Baumann et al., 2018)

– in der Öffentlichkeit oder der Freizeit (z. B. öffentliche Verkehrsmittel, Vereine)	
– im Gesundheits- oder Pflegebereich (z. B. Krankenhaus, Seniorenheim)	
– bei Ämtern oder Behörden (z. B. Arbeitsagentur, Ausländerbehörde)	
– bei der Polizei	
– im Internet oder in den Medien (z. B. soziale Netzwerke, Fernsehen, Zeitung)	
– im privaten Bereich (z. B. Familie, Freundeskreis)	

7.2.3.5 Kontakt

Die Bedeutung intergruppaler Kontakte als Einflussfaktor auf die Wahrnehmung und Beurteilung von ethnischen, kulturellen und sozialen (Fremd-)Gruppen wird vor allem in der sozialpsychologisch orientierten Demokratieforschung betont. So wird argumentiert und kann auch empirisch gezeigt werden, dass als positiv erlebter Kontakt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen das Abbauen von Vorurteilen befördert (vgl. u.a. Pettigrew & Tropp, 2011; Rees et al., 2021), im Umkehrschluss jedoch fehlende bzw. negativ bewertete Kontakterfahrungen Ressentiments und Abwertungseinstellungen verstärken und folglich z.B. auch kritische bis ablehnende Einstellungen gegenüber diversitätsbezogener Politik sowie gesellschaftlicher Diversifizierung erhöhen. In den bisher bestehenden regelmäßigen Befragungen im Themenfeld der Messung demokratischer Kultur wird Kontakt jedoch nur selten und wenn dann meist unvollständig erhoben. Daher ist es nötig, nicht nur die Kontakthäufigkeit oder -intensität zu erfassen, sondern auch die jeweiligen Kontexte, in denen die Kontakte stattfinden (oder nicht stattfinden) sowie – mit besonderer Wichtigkeit – deren subjektive qualitative Beurteilung. Von hohem Erkenntnisinteresse ist beispielsweise, inwieweit negativ erlebte Kontakte zwischen Personen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (s.u.) mit individuellen und kollektiven Benachteiligungsgefühlen bzw. Marginalisierungserfahrungen, niedrigem Vertrauen in politische Institutionen und Unzufriedenheit mit der demokratischen Praxis zusammenhängen.

➢ *Fragen zu Kontakt*

Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind oder aus Migrantenfamilien stammen?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu

Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Geflüchteten bzw. Asylbewerber*innen?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu

Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen, die eine andere Religions- oder Konfessionszugehörigkeit haben als Sie selbst?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu

Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen mit Behinderung?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu

Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen, die homo- oder transsexuell sind?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	– nie
– an Ihrem Arbeitsplatz	

Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu
Wenn Sie in Westdeutschland leben: Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen, die aus Ostdeutschland stammen?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu
Wenn Sie in Ostdeutschland leben: Wie häufig haben Sie persönlich Kontakte zu Menschen, die aus Westdeutschland stammen?	
– in Ihrer Familie	– häufig – manchmal – selten – nie
– in Ihrem Freundeskreis	
– in Ihrer Nachbarschaft	
– an Ihrem Arbeitsplatz	
Alles in allem, wie bewerten Sie diese Kontakte?	– sehr positiv – eher positiv – teils/teils – eher negativ – sehr negativ – trifft nicht zu
Haben Sie privat oder beruflich Kontakte mit Menschen in anderen Ländern?[41]	– ja – nein

[41] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.

7.2.3.6 Autoritarismus, Soziale Dominanzorientierung, Verschwörungsmentalität

In Analysen der letzten Jahre, speziell in der Leipziger Autoritarismus Studie, aber auch in anderen Erhebungen, haben sich sozialpsychologische Konzepte als zentrale Indikatoren einer pro- oder antidemokratischen Überzeugung erwiesen (vgl. z.B. Pickel et al., 2020). Dies umfasst die theoretisch gut abgesicherte Erhebung von Autoritarismus, wie auch der mittlerweile als stärkster antidemokratischer Faktor identifizierten Verschwörungsmentalität. Neuere Zugänge binden die Verschwörungsmentalität in die Erfassung eines autoritären Syndroms ein (vgl. Decker & Brähler, 2020). Während hierfür ursprünglich neun Dimensionen erhoben wurden, ist die Messung in den meisten neueren Untersuchungen meist auf drei (Aggressionen, Unterwürfigkeit, Konventionalismus) reduziert worden. Wir empfehlen eine erneute Ergänzung um mindestens zwei Dimensionen (Verschwörungsmentalität, Aberglaube). Diese Erhebung kann dann um konkrete, auf bestimmte Bereiche bezogene Verschwörungserzählungen, ausgeweitet werden (Covid-19, Klimawandel, russischer Angriffskrieg etc.), bzw. sich wandelnde esoterische Weltbilder ergänzt werden. In der Auswertung ist ein Einsatz der Verschwörungsmentalität als erklärende Variable für verschiedene Handlungen und Haltungen zur Demokratie anzuraten. Mittelfristig ist eine Differenzierung und genauere Erfassung sinnvoll, um Gruppen identifizieren zu können, die trotz bestehender Offenheit für Verschwörungserzählungen für Vertreter*innen von Politik und Gesellschaft noch ansprechbar sind, aber auch von Verschwörungserzählungen, die sich als besonders toxisch für die deutsche Demokratie erweisen.

- *Fragen zum Autoritarismus: Autoritäre Aggression*

Gegen Außenseiter und Nichtstuer sollte in der Gesellschaft mit aller Härte vorgegangen werden.	– stimme gar nicht zu – stimme wenig zu – stimme etwas zu – stimme ziemlich zu – stimme voll und ganz zu
Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.	
Gesellschaftliche Regeln sollten ohne Mitleid durchgesetzt werden.	

- *Fragen zum Autoritarismus: Autoritäre Unterwürfigkeit*

Wir brauchen starke Führungspersonen, damit wir in der Gesellschaft sicher leben können.	– stimme gar nicht zu – stimme wenig zu – stimme etwas zu – stimme ziemlich zu – stimme voll und ganz zu
Menschen sollten wichtige Entscheidungen in der Gesellschaft Führungspositionen überlassen.	
Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.	

- *Fragen zum Autoritarismus: Konventionalismus*

Traditionen sollen unbedingt gepflegt werden und aufrechterhalten werden.	– stimme gar nicht zu – stimme wenig zu – stimme etwas zu – stimme ziemlich zu – stimme voll und ganz zu
Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht in Frage gestellt werden.	
Es ist immer das Beste, Dinge in der üblichen Art und Weise zu machen.	

- *Fragen zum Autoritarismus: Verschwörungsmentalität:*

Die meisten Menschen erkennen nicht, in welchem Ausmaß unser Leben durch Verschwörungen bestimmt wird, die im Geheimen ausgeheckt werden.	1 (stimme überhaupt nicht zu) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 (stimme voll und ganz zu)
Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.	
Politiker und andere Führungspersönlichkeiten sind nur Marionetten der dahinterstehenden Mächte.	

- *Fragen zum Autoritarismus: Aberglaube*

Glücksbringer bringen manchmal tatsächlich Glück.	– stimmt sicher nicht – stimmt wahrscheinlich nicht – stimmt wahrscheinlich – stimmt sicher
Es gibt Wahrsager, die die Zukunft wirklich voraussehen können.	
Manche Wunderheiler verfügen tatsächlich über übernatürliche Heilkräfte.	
Das Sternzeichen bzw. das Geburtshoroskop eines Menschen hat einen Einfluss auf den Verlauf seines Lebens.	

Das sozialpsychologische Konzept der Soziale Dominanzorientierung (SDO; vgl. Six et al., 2001) beschreibt vereinfacht gesagt die Frage, inwiefern sich Menschen eine Gesellschaft wünschen, die hierarchisch gegliedert ist und in der es Gruppen gibt, die über anderen stehen. Ähnlich wie Autoritarismus verstärkt SDO Abwertungseinstellungen und demokratiefeindliche Einstellungen, allerdings gilt sie als Ausdruck eines „kompetitiven Weltbilds“, in dem andere soziale Gruppen als Konkurrentinnen in einem Wettbewerb um materielle und immaterielle Ressourcen betrachtet werden (anstelle als Bedrohung im Kontext eines „feindlichen Weltbildes“ im Kontext des Autoritarismus). Die Messung von SDO ist insbesondere in der empirischen Politikforschung bzw. repräsentativen Bevölkerungsbefragungen zur demokratischen Kultur noch nicht gut etabliert und sollte daher im Demokratie-Kompass unbedingt berücksichtigt werden, da SDO neben Autoritarismus als ein wichtiger Verstärkungsfaktor für Ungleichwertigkeitseinstellungen sowie antiegalitäre und antidemokratische Orientierungen gilt. Die ausgewählte Kurzskala wurde der Leipziger Autoritarismus-Studie 2020 entnommen.

➢ *Fragen zur Sozialen Dominanzorientierung*

Wir sollten tun, was wir können, um gleiche Lebensbedingungen für alle zu schaffen.	– stimme voll und ganz zu – stimme überwiegend zu – teils/teils – lehne überwiegend ab – lehne völlig ab – weiß nicht
Die Gleichwertigkeit aller Gruppen ist ein wichtiges Ideal.	
Einige Gruppen sind einfach weniger wert als andere.	
Unterlegene Gruppen sollten dort bleiben, wo sie hingehören.	

7.2.3.7 Weitere psychische Faktoren

In der Forschung zu demokratischen und antidemokratischen Einstellungen werden eine Reihe von Operationalisierungen vorgenommen, die auf innerpsychische Motive abheben, in der politikwissenschaftlichen Demoskopie finden sie bisher aber nur stark begrenzte und eher unsystematische Anwendung. Für die demokratische Kultur und damit für den Demokratie-Kompass ist von hoher Relevanz, inwieweit in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen personale Kompetenzen ausgeprägt sind, trotz negativer Erfahrungen und Gefühle prosoziale, demokratische und gewaltfreie Einstellungen und Verhaltensweisen auszubilden (Resilienz) oder inwieweit diesbezügliche Defizite bestehen. Daher wird die Erfassung der nachfolgenden psychischen Variablen empfohlen. Oft werden Operationalisierungen von psychischen Faktoren als Variationen nicht nur des Sozialisationsmodells, sondern auch der *Persönlichkeitsthese* im Hintergrund politischer Einstellungen verstanden, so u.a. die sogenannte „Dunkle Triade“ aus Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathologie (vgl. zum Überblick Yendell et al., 2022). Diese haben sich als relevanter Faktor zur Erklärung auch von politisch motivierter Gewalt bewährt.[42] Darauf weisen Untersuchungen hin, welche deutliche Hinweise auf den Stellenwert interpersonellen Vertrauens auf die Verschwörungsmentalität genauso nachweisen konnten, wie die Schwierigkeit zur Selbstwahrnehmung und Vertrauen in nahen Beziehungen (Hettich et al. 2022). Sie geben einen Hinweis auf eine Funktion von antidemokratischen Ideologien, nämlich jene, trotz fehlender Integrationsfähigkeit von eigenen Affekten in Kontakt mit anderen zu treten.

Neben dem sogenannten Personality Functioning (u.a. Selbstwertgefühl, Selbstkontrolle, emotionale Balance, Beziehungsfähigkeit etc.), Kontrollüberzeugung, sozialer Erwünschtheit und Selbstwirksamkeit gilt Ambiguitätstoleranz als ein weiterer psychischer Faktor, der für die demokratischen Einstellungen, aber auch für progressive Gruppenorganisation von Bedeutung ist. Sie schließt als ein zentrales Element die Fähigkeit mit ein, uneindeutige Situationen und Mehrdeutigkeiten zu ertragen und psychisch integrieren zu können[43]

[42] Dass z.B. die Tendenz zur Ausübung politischer Gewalt (vgl. 7.2.2.9) nicht nur in „autoritärer Aggression“ (d.h. dem Wunsch bzw. der Forderung, „Abweichler“ zu unterwerfen/zu unterdrücken), äußerster politischer Unzufriedenheit und/oder der Übernahme radikaler politischer Ideologien wurzelt, sondern partiell auf einer allgemeinen Gewaltlatenz aufbaut und mit der psychosozialen Individualentwicklung, den sich herausbildenden Persönlichkeitsmerkmalen, der Familienbiographie, Prozessen der sozialen Identitätsbildung usw. *maßgeblich* zusammenhängen könnte, ist ein Bündel von Hypothesen der individual- und sozialpsychologischen Radikalisierungsforschung (vgl. Beelmann, 2018).

[43] Dieser Forschungsstrang zur sogenannten Ambiguitätstoleranz geht auf die Sozialpsychologin Else Frenkel-Brunswik zurück und entstand im Kontext der Studie „The Authoritarian Personality“ (Frenkel-Brunswik, 1949; Sprung, 2011).

- *Fragen zur sogenannten Dunklen Triade (Narzissmus, Machiavellismus und Psychopathologie)*

Die folgenden Fragen beziehen sich auf Ihre Persönlichkeit. Hier ist es uns wichtig, dass Sie uns wissen lassen, wie Sie sich selbst sehen. Dabei bitten wir Sie um eine Einschätzung auf einer Skala von 1 bis 9. 1 steht für „trifft überhaupt nicht zu“ und 9 für „trifft vollkommen zu“.	
– Ich neige dazu, andere zu manipulieren, um meinen Willen durchzusetzen.	1 (trifft überhaupt nicht zu) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 (trifft vollkommen zu)
– Ich neige dazu, keine Gewissensbisse zu haben.	
– Ich neige dazu, von anderen bewundert werden zu wollen.	
– Ich habe getäuscht oder gelogen, um meinen Willen durchzusetzen.	
– Ich neige dazu, mich nicht um die Moral meiner Handlungen zu kümmern.	
– Ich neige dazu, von anderen beachtet werden zu wollen.	
– Ich habe Schmeicheleien genutzt, um meinen Willen durchzusetzen.	
– Ich neige dazu, gefühllos oder unsensibel zu sein.	
– Ich neige dazu, nach Ansehen oder Status zu streben.	

- *Fragen zu Personal Trust (persönlichem Vertrauen)*

Manche Leute sagen, dass man den meisten Menschen trauen kann. Andere sagen, dass man nicht vorsichtig genug sein kann im Umgang mit anderen Menschen. Was ist Ihre Meinung dazu?	– Alles in allem gesehen, kann man den meisten Menschen vertrauen. – Man kann nicht vorsichtig genug sein.

- *Fragen zu Selbstwirksamkeit*

Die folgenden Aussagen können mehr oder weniger auf Sie zutreffen. Bitte geben Sie bei jeder Aussage an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutrifft.	
– In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.	– trifft gar nicht zu – trifft wenig zu – trifft etwas zu – trifft ziemlich zu – trifft voll zu
– Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.	
– Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel lösen	

- *Fragen zur Ambiguitätstoleranz /* Ungewissheitserleben

Ich beschäftige mich nur mit Aufgaben, die lösbar sind	– überhaupt nicht – weitgehend nicht – weder noch – stimmt weitgehend – stimmt genau
Ich lasse die Dinge gerne auf mich zukommen	

- *Fragen zu Personality Functioning*

Ich weiß oft nicht, wer ich wirklich bin.	– trifft überhaupt nicht zu – trifft eher nicht zu – trifft eher zu – trifft genau zu
Ich denke oft sehr schlecht über mich selbst.	
Meine Gefühle ändern sich, ohne dass ich sie im Griff habe.	
Ich habe keine Ahnung, wo ich im Leben hin will.	
Ich verstehe oft meine eigenen Gedanken und Gefühle nicht.	
Ich stelle oft unrealistische Anforderungen an mich selbst.	
Ich habe oft Schwierigkeiten, die Gedanken und Gefühle anderer zu verstehen.	
Ich kann es oft schwer aushalten, wenn andere eine andere Meinung haben.	
Ich verstehe oft nicht ganz, warum mein Verhalten einen bestimmten Einfluss auf andere hat.	
Meine Beziehungen und Freundschaften halten nie lange.	
Ich fühle mich oft sehr verletzlich, wenn Beziehungen persönlicher werden.	
Es gelingt mir häufig nicht, mit anderen auf eine Weise zusammen zu arbeiten, die für beide Seiten zufriedenstellend ist.	

- *Fragen zu Kontrollüberzeugung*

Die folgenden Aussagen können mehr oder weniger auf Sie zutreffen. Bitte geben Sie bei jeder Aussage an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutrifft.	
– Ich habe mein Leben selbst in der Hand.	– trifft gar nicht zu – trifft wenig zu – trifft etwas zu – trifft ziemlich zu – trifft voll und ganz zu
– Wenn ich mich anstrenge, werde ich auch Erfolg haben.	
– Egal ob privat oder im Beruf: Mein Leben wird zum großen Teil von anderen bestimmt.	
– Meine Pläne werden oft vom Schicksal durchkreuzt.	

➢ *Fragen zu sozialer Erwünschtheit*

Ich sage immer, was ich denke.	– richtig – falsch
Ich bin manchmal ärgerlich, wenn ich meinen Willen nicht bekomme.	
Ich bin immer gewillt, einen Fehler, den ich mache, auch zuzugeben.	
Ich habe gelegentlich mit Absicht etwas gesagt, was die Gefühle des anderen verletzen könnte.	

7.2.3.8 Soziodemographische Merkmale (Standarddemografie, persönliche Angaben der Befragten)

Die vorgeschlagene Auswahl soziodemographischer Variablen zur Erfassung der Befragtenmerkmale orientiert sich an der Standarddemographie der Leipziger Autoritarismus Studie, des Berlin-Monitors und des Thüringen-Monitors, wobei z.T. einige Vereinfachungen und Anpassungen erfolgten, insbesondere um der ethnokulturellen und sozialen Diversität der Befragten im Bundesgebiet gerecht werden zu können.

➢ *Fragen zu soziodemographischen Merkmalen*

Ihr Geschlecht	– männlich – weiblich – divers
Wann sind Sie geboren?	Geburtsmonat (z.B. 09), Geburtsjahr
Welchen Familienstand haben Sie?	– Ich bin verheiratet und lebe mit meinem/meiner Ehepartner/in zusammen. – Ich bin verheiratet und lebe von meinem/meiner Ehepartner/in getrennt. – Ich bin ledig. – Ich bin geschieden. – Ich bin verwitwet.
Leben Sie in einer festen Partnerschaft?	– ja – nein
Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt - ich meine Personen, die hier schlafen und essen - Sie selbst mit eingeschlossen?	Nennung Anzahl
Wie viele Kinder haben Sie insgesamt?	Nennung Anzahl
Wie viele davon sind Kinder unter 14 Jahren?	Nennung Anzahl
Wie viele davon sind Kinder unter 18 Jahren?	Nennung Anzahl
Haben Sie Kinder unter 18 Jahren, für die Sie Unterhaltspflichtig sind und die nicht zusammen mit Ihnen in einem Haushalt wohnen?	– ja, – nein
Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?	– Deutsch – andere, und zwar: *[Freitext]*
Besitzen/besaßen Ihre Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft?	– ja, von Geburt an – ja, später erworben – nein
– Mutter	
– Vater	
In welchem Land sind Ihre Eltern geboren?	

– Mutter – Vater	– in Deutschland – in einem anderen Land
Wo sind Sie überwiegend aufgewachsen bis zum 14. Lebensjahr?	– Westdeutschland oder Westberlin – Ostdeutschland oder Ostberlin – In einem anderen Land
Würden Sie sich selbst als Migrant bzw. Person mit Migrationshintergrund bezeichnen?	– ja – nein
Welche Selbstbezeichnung bevorzugen Sie?	[offene Abfrage]
Denken Sie, dass andere hier in Deutschland Sie als Migrant bzw. Person mit Migrationshintergrund bezeichnen würden?	– ja – nein
Sind Sie selbst Vertriebener oder haben Sie in der Verwandtschaft Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten bis 1945 (z.B. Schlesien oder dem Sudetenland)?	– ja – nein
Welchen Schulabschluss haben Sie? Sagen Sie es mir bitte anhand dieser Liste	– Ich bin von der Schule abgegangen ohne Haupt-/Volksschulabschluss. – Ich habe den Haupt-/Volksschulabschluss (oder frühere 8-klassige Schule). – Ich habe Mittlere Reife/ Realschulabschluss. – Ich habe den Abschluss der Polytechnischen Oberschule 10. Klasse. – Ich habe den Fachschulabschluss (ohne Anerkennung als Fachhochschulabschluss). – Ich habe die allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife/Abitur (Gymnasium bzw. EOS) ohne abgeschlossenes Hochschul-/ Universitätsstudium. – Ich habe ein abgeschlossenes Universitäts-/ Hochschul- bzw. Fachhochschulstudium (bzw. Fachschulabschluss mit Anerkennung als Fachhochschulabschluss). – Ich habe einen anderen Schulabschluss, und zwar: *[Freitext]* – Ich bin Schüler einer allgemeinbildenden Schule.
Was auf dieser Liste trifft auf Sie zu?	– Vollzeit-erwerbstätig mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35 Stunden und mehr – Teilzeit-erwerbstätig mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 15 bis 34 Stunden

	– Teilzeit- oder stundenweise erwerbstätig mit einer wöchentlichen Arbeitszeit unter 15 Stunden – Bundesfreiwilligendienst, in Mutterschafts-/Erziehungsurlaub oder sonstiger Beurlaubung – zur Zeit arbeitslos/in Kurzarbeit – Rentner/Pensionär, im Vorruhestand – nicht berufstätig: z.B. Hausfrau/-mann – in Berufsausbildung (einschließlich Fachschulen für gewerbliche Berufe) – in Schulausbildung (einschließlich Universität, Hochschule)
Sind Sie…	– (Fach-)Arbeiter – einfache/mittlerer Angestellter – höherer/leitender Angestellter – Beamter im einfachen/mittleren Dienst – Beamter im höheren/gehobenen Dienst – Landwirt – Freiberufler – sonstiger Selbstständiger/Unternehmer oder mithelfender Familienangehöriger
Wie hoch ist ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen? Ich meine, was haben Sie monatlich netto nach Abzug von Steuern und Sozialversicherung?	– Nennung Höhe Nettoeinkommen *[auf ganze € gerundet]* – kein persönliches Einkommen
Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen aller Personen in Ihrem Haushalt zusammen? Ich meine dabei die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.	– Nennung Höhe Nettoeinkommen *[auf ganze € gerundet]* – kein persönliches Einkommen
Wohnen Sie zur Miete?	– ja – nein
Verfügen Sie über Wohneigentum?	– ja, ich besitze ein eigenes Haus – ja, ich besitze eine eigene Wohnung – nein
Welcher Religionsgemeinschaft oder Konfession gehören Sie an?	– evangelisch – katholisch – muslimisch

	– jüdisch – andere, nämlich: *[Freitext]* – keine Konfession
[Nur im Falle von Push-to-Web in die Web-Survey zu integrieren:] Wo wohnen Sie? In…	– Innenstadt – Einfamilienhaus-Siedlung am Rand oder im – Vorort einer Stadt – Plattenbau-Siedlung bzw. Großwohnanlage am Rand oder im Vorort einer Stadt – Dorf – Einzelgehöft oder einzelnes Haus auf dem Land – weiß nicht
[Nur im Falle von Push-to-Web in die Web-Survey zu integrieren:] Bitte geben Sie die Postleitzahl Ihres Wohnortes an!	Nennung Postleitzahl *[fünfstellig]*

7.2.3.9 Metadaten/Angaben zu Strukturkontexten auf regionaler bzw. Kreisebene

Für das tiefere Verständnis demokratierelevanter Einstellungen ist die Analyse ihrer regionalen Unterschiede entscheidend, da sie Schlussfolgerungen über entsprechende sozialräumliche Einflussfaktoren erlaubt und Hinweise auf gezielte Ansatzpunkte der Intervention liefert. In der Demokratieforschung ist es daher üblich, auch regionalisierte Auswertungen der erhobenen Variablen zu berichten und nach Erklärungen für signifikante Unterschiede in verschiedenen Einstellungsdimensionen zwischen den jeweiligen Regionaleinheiten zu suchen. Die Voraussetzung dafür ist eine adäquate, möglichst feingliedrige Erfassung der raumbezogenen Variablen (bei ausreichender Stichprobengröße, die entsprechende statistische Auswertungen ermöglicht). Da vom Erhebungsinstitut exakte, georeferenzialisierbare Angaben darüber übermittelt werden können, wo die persönlichen Interviews (PAPI) geführt wurden, ist eine Abfrage des Wohnorts, der Gemeindegröße usw. nicht notwendig. Auf Basis der Postleitzahlenzuordnung kann den Befragungsdaten zu Auswertungszwecken eine Vielzahl von statistischen Daten auf Gemeinde- und/oder Kreisebene zugespielt werden (vgl. Bericht zur Forschungsfelderkundung, Kap. 5.2.28). Prioritär sollten dafür die Datenbanken des Statistischen Bundesamtes (GENISYS; Mikrozensus usw.), der*des Bundeswahlleiter*in, der Statistischen Landesämter sowie der Landeswahlleiter*innen Verwendung finden; je nach Verfügbarkeit, Validität, Vollständigkeit und Aktualität auch die Datenquellen von zahlreichen weiteren staatlichen und nichtstaatlichen Datenlieferant*innen oder kommerziellen Drittanbieter-Organisationen (z.B. Kriminalitätsstatistiken, Zahlen Betroffener rechtsextremer und rassistischer Straftaten, Wirtschafts-, Infrastruktur- und Sozialstrukturdaten, Kreistypen usw.). Eine sinnvolle Festlegung über Art und Umfang dieser Daten kann erst während der Durchführungs- bzw. Auswertungsphase eines Demokratie-Kompasses getroffen werden. Dringend abzuraten ist von einer nicht-wissenschaftlich betreuten Zusammenstellung und Auswertung von regionalstatistischen Kontextvariablen seitens eines Feldinstitutes. Auswertungen auf Kreisebene für das gesamte Bundesgebiet werden auch bei einer Fallzahl von 500 Befragten pro Bundesland nur sehr eingeschränkte Aussagekraft besitzen, allerdings besteht eine sinnvolle Auswertungsstrategie in der Suche nach

Gemeinsamkeiten und Unterschieden hinsichtlich der regionalen Strukturkontexte, z.B. indem Befragte aus unterschiedlichen Kreisen, Städten, Planungsregionen etc. entsprechend deren Typik (bestimmter Merkmalsklassen usw.) zusammengefasst werden.

7.2.4 Vorschläge für wechselnde Schwerpunktthemen

Neben dem Standardfragenprogramm und den Erklärungsfaktoren sollte der Fragebogen des Demokratie-Kompasses ein wechselndes Schwerpunktthema abdecken, mit denen wichtige Aspekte der demokratischen Kultur ausführlicher und vertiefend erfasst werden. Aus inhaltlichen sowie forschungsstrategischen Gründen kann es sinnvoll sein, besonders relevante Schwerpunktthemen alternieren zu lassen bzw. in modifizierter Form erneut aufzugreifen, beispielsweise um flexibel auf gesellschaftliche Entwicklungen reagieren zu können. Eine Querverbindung besteht dabei zum qualitativ-methodischen Forschungsstrang (Kap. 7.3), indem beispielsweise die Fokusgruppen ausgewählte Aspekte der Schwerpunktthemen in den Mittelpunkt stellen um Ursachen, Beweggründe, narrative Tiefenstrukturen usw. für bestimmte Einstellungsmuster, Deutungsweisen oder Handlungsdispositionen herauszuarbeiten.

Nachfolgend werden zunächst vier konkrete Schwerpunktthemen vorgeschlagen, die nacheinander in die Repräsentativbefragung im Zweijahresrhythmus integriert werden können:[44]

- Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform, Partizipation und Engagement (Kap. 7.2.4.1)
- Klassismus und andere Abwertungsformen (vertiefend) (Kap. 7.2.4.2)
- Medienvertrauen und Mediennutzung (Kap. 7.2.4.3)
- Persönlichkeit, Werte und politische Ideologien (Kap. 7.2.4.4)

In jeder Erhebungswelle kann nur ein Schwerpunktthema sinnvoll in die Befragung integriert werden, um den maximalen Befragungsumfang für eine Erhebung (vgl. Kap. 7.1) nicht zu sprengen. Für das jeweilige Schwerpunktthema sind ca. 80 bis 100 Items im Fragebogen zu reservieren. Die dazu jeweils vorgeschlagenen Fragen (Items) verstehen sich als Beispiele und sind in der vorliegenden Zusammenstellung unvollständig. **Die Festlegung, Feinabstimmung und Ausgestaltung des jeweiligen Schwerpunktthemas muss aktuellen Erfordernissen folgen.** Eine Diskussion dazu sollte im Rahmen des bidirektionalen Wissenschaft-Praxis-Transfers (vgl. Kap. 7.5) erfolgen, um Bedarfe und Perspektiven von Praktiker*innen der Demokratieförderung und Demokratiebildung aufzugreifen. Auch Anregungen aus Politik und Verwaltung sollten berücksichtigt und durch Gespräche mit der Auftraggeberseite und ggf. im geplanten „Beirat zur Förderung der wehrhaften Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ (vgl. Kap 7.6) erörtert werden.

[44] Die Schwerpunktthemen werden hier exemplarisch und in beliebiger Reihenfolge vorgestellt; die Entscheidung darüber, welches Schwerpunktthema jeweils zur Ergänzung des Standardprogramms ausgewählt wird, muss für jede Erhebungswelle im Rahmen der Erhebungsvorbereitung getroffen werden.

7.2.4.1 Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform, Partizipation und Engagement

Demokratie ist nicht nur eine politische Herrschaftsform, sondern ist auch als Form des Lebens zu verstehen. So gilt es partizipative Formen bereits früh im Leben, z.B. in der Schule, zu erlernen. Aber auch am Arbeitsplatz und in Form zivilgesellschaftlicher Beteiligung besteht die Möglichkeit Demokratiebeteiligung, Verantwortungsbewusstsein oder auch Kompromissfähigkeit zu erlernen. Dies setzt Möglichkeiten der Partizipation und einfachen Mitwirkung genauso voraus, wie ein Verständnis dafür, dass die Demokratie und demokratische Gesellschaft auf die Beteiligung der Bürger*innen angewiesen ist. Empirisch zu erfassen sind die Möglichkeiten sich in unterschiedlicher Weise vor Ort in die Gesellschaft einzubringen, aber auch das Verständnis dafür, dass dies in einer demokratischen Gesellschaft Recht wie Notwendigkeit ist (vgl. hierzu auch die Engagementberichterstattung der Bundesregierung). Dafür wichtig sind Aspekte der Einschätzungen der eigenen Wirksamkeit, die als Gründe für Nichtpartizipation gelten können. Diesen entgegenzuwirken und die Bereitschaft für ein demokratisches, partizipatorisches Engagement zu fördern ist eine wichtige Aufgabe für jedes demokratische System. Dies wird in Teilen, mit unterschiedlich zentrierten Instrumenten in einzelnen Monitoren (Thüringen-Monitor, Österreichischer Demokratie Monitor) oder aber in stark begrenztem Umfang in internationalen Studien (European Social Survey) geleistet – kaum in einer breiteren zusammenhängenden Form in Deutschland. Entsprechend erfassen folgende Instrumente das Spektrum der Verständnisse von Demokratie als Lebens- und Partizipationsform sowie die Einschätzung eigener Teilhabemöglichkeiten.

- *Frage nach Gründen für Nicht-Partizipation*[45]

[wenn keine Partizipationsbereitschaft (vgl. Kap. 7.2.2.8)] Und warum würden Sie sich nicht beteiligen? Sagen Sie mir bitte jeweils, welche der folgenden Gründe auf Sie zutrifft und welche nicht zutrifft.	
Ich habe zu wenig Zeit, um mich politisch zu engagieren	– trifft zu – trifft nicht zu – weiß nicht
Die Verantwortung, die man dabei trägt, ist mir persönlich zu hoch.	
Bürgerbeteiligung wird überall zu sehr erschwert	
Es ist Aufgabe der Politiker und nicht der Bürger, politische Entscheidungen zu treffen	
Meine Stimme hat doch ohnehin nichts zu sagen	
Ich habe kein Interesse an Politik	
Ich könnte es nicht ertragen, in sozialen Netzwerken und in der Öffentlichkeit angefeindet zu werden	
Ich habe keinen Internetanschluss bzw. kenne mich im Internet zu wenig aus	

[45] Entnommen aus dem Sachsen-Monitor.

➢ *Fragen nach Einschätzung der Möglichkeiten politischer Partizipation*

Gibt es an ihrem Wohnort genügend Möglichkeiten, sich als Bürger politisch einzubringen?	– Ja, es gibt genügend Möglichkeiten sich einzubringen. – Nein, die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung reichen nicht aus. – Ich habe kein Interesse mich einzubringen. – Ich will mich nicht konkret einbringen, aber ich will über alles umfassend informiert sein.
Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten politischer Beteiligung in unserem Land? Sind sie…[46]	– sehr gut – eher gut – eher schlecht – sehr schlecht
Würden Sie sagen, Sie fühlen sich über die bestehenden Möglichkeiten, als Bürger politisch Einfluss zu nehmen, alles in allem sehr gut informiert, gut informiert, weniger gut informiert oder gar nicht informiert?	– sehr gut informiert – gut informiert – weniger gut informiert – gar nicht informiert

➢ *Fragen nach Einschätzung der Möglichkeit von Partizipation in Schule, Arbeit und Nachbarschaft*

Konnten bzw. können Sie in der Schule oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen? Also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?[47]	– oft – gelegentlich – selten – nie
Können Sie an ihrem aktuellen Arbeitsplatz oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen? Also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?	
Können Sie in ihrer Nachbarschaft oft, gelegentlich, selten oder nie mitbestimmen? Also z.B. Vorschläge einbringen oder sich an Entscheidungen beteiligen?	

[46] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.
[47] Entnommen aus dem Österreichischen Demokratie Monitor.

➢ *Fragen zur politischen und zivilgesellschaftlichen Partizipation*

Haben Sie in den letzten fünf Jahren folgende Dinge getan?	
– in einer Bürgerinitiative mitgearbeitet	– ja – nein
– in der Schule/am Arbeitsplatz für ein Thema eingesetzt	
– In Ihrem Wohnort oder ihrer Nachbarschaft für ein Thema eingesetzt	

➢ *Fragen zur Organisierung gesellschaftlicher Partizipation*

Sind Sie aktiv in einer der folgenden Organisationen?	
– in einem kulturellen Verein – in einem Sportverein – in einem Sozial- oder Hilfsverein – in einer Gewerkschaft oder beruflichen Interessenvertretung – in einem Betriebsrat – in einer Eltern-, Schüler- oder Studierenden-Vertretung – in einer Kirche oder religiösen Vereinigung – in einer anderen Vereinigung oder Gruppe, nämlich *[Freitext]*	– ja – nein

➢ *Fragen zum Kontakt zu demokratischen Institutionen und Akteur*innen*[48]

Haben Sie schon einmal…?“	
– an einer Veranstaltung der Bundeszentrale für Politische Bildung teilgenommen?	– nie – einmal – mehrmals
– Webseite/Social Media des Deutschen Bundestags besucht?	
– mit Politikern gesprochen?	
– eine Bundestagssitzung verfolgt?	
– den Bundestag / das Reichstagsgebäude besucht?	

➢ *Frage zur passiven Wahlbeteiligung/Bereitschaft zur Übernahme politischer Ämter und Mandate*[49]

[Wird gemeinsam mit Fragen zur politischen Partizipation aus dem Standard-Programm (s.o.) abgefragt] Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun?	
– Übernahme eines politischen Amtes oder Mandats	– habe ich schon getan – würde ich tun – würde ich nicht tun – weiß nicht

[48] Modifiziert nach Items aus dem Österreichischen Demokratie Monitor.
[49] Entnommen aus dem Thüringen-Monitor.

➢ *Fragen zur aktiven Wahlbeteiligung*

Haben Sie an der letzten Bundestagswahl teilgenommen?	– ja – nein – trifft nicht zu
Haben Sie an der letzten Landtagswahl teilgenommen?	– ja – nein – trifft nicht zu
Haben Sie an den letzten Kommunalwahlen teilgenommen?	– ja – nein – trifft nicht zu
Wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre, würden Sie teilnehmen?	– ja – nein – trifft nicht zu
Was wären Gründe dafür, dass Sie sich an einer Wahl beteiligen?[50]	*[Mehrfachauswahl möglich]* – Wahl ist eine Bürgerpflicht – Parteibindung (schon immer die Partei gewählt) – wegen eines Kandidaten, der meine Unterstützung verdient – um einen Protest gegen die etablierte Politik auszudrücken
Was wären Gründe dafür, dass Sie sich <u>nicht</u> an einer Wahl beteiligen?	– Parteien und Politiker im Land sind nicht vertrauenswürdig. – Parteien und Politiker im Land sind alle gleich. Es macht keinen Unterschied, wer regiert. – die Wahl ist vorher schon entschieden, es hat keinen Sinn zu wählen – meine Stimme zählt eh nicht, es hat keinen Zweck zu wählen – keine Zeit – keine Lust – gesundheitliche/physische Gründe – sonstige Gründe, und zwar *[Freitext]* – weiß nicht
Es gibt verschiedene Gründe nicht wählen zu gehen. Sagen Sie mir bitte zu jedem der folgenden Gründe, ob er für Sie voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft, oder überhaupt nicht zutrifft.[51]	
Politik interessiert mich grundsätzlich nicht.	– trifft voll und ganz zu – trifft eher zu
Bestimmte Wahlen empfinde ich als nicht wichtig genug, um wählen zu gehen.	

[50] Modifiziert nach Items aus dem Sachsen-Anhalt-Monitor.
[51] Entnommen aus der Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg (Hamburg BUS).

Das Wahlrecht ist zu kompliziert. Die mir eigentlich nahe stehende Partei, möchte ich derzeit nicht wählen. Ich würde nur eine echte Protestpartei wählen. Es gibt keine Partei, die meine Interessen vertritt.	– trifft eher nicht zu – trifft überhaupt nicht zu – weiß nicht
Ist es schon vorgekommen, dass Sie bei einer Wahl teilnehmen wollten, aber nicht teilnehmen konnten? Wenn ja: warum konnten Sie nicht an der Wahl teilnehmen?[52]	– ja, ich wollte an einer Wahl teilnehmen, war jedoch nicht wahlberechtigt – ja, ich wollte an einer Wahl teilnehmen, konnte jedoch aus einem anderen Grund nicht teilnehmen, nämlich: *[Freitext]* – nein

➢ *Frage zur persönlichen Bedeutsamkeit politischer/gesellschaftlicher Partizipation*[53]

Wie wichtig ist Ihnen persönlich, die Möglichkeit zu haben, sich an politischen Entscheidungen zu beteiligen bzw. diese zu beeinflussen?	– sehr wichtig – eher wichtig – nicht so wichtig – unwichtig

➢ *Fragen zu Normen für politische Partizipation und ihrer Umsetzung in Deutschland*[54]

Nun möchten wir Sie nach Ihrer Meinung zu einigen Regeln und Grundsätzen der politischen Beteiligung in Deutschland fragen.	
Alle Bürgerinnen und Bürger sollten die Möglichkeit haben, sich auch außerhalb von Wahlen und Volksabstimmungen politisch zu beteiligen.	1 (stimme überhaupt nicht zu) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 (stimme voll und ganz zu)
Die Bürgerinnen und Bürger sollten selbst entscheiden können, welche Fragen das Parlament und welche die Bürger direkt entscheiden.	
Niemand sollte verpflichtet werden, sich politisch zu beteiligen. Politisches Engagement sollte freiwillig sein.	
Alter, Geschlecht, Bildung und soziale Herkunft sollten keinen Einfluss auf das Recht haben, sich politisch beteiligen zu können.	
Jeder sollte die gleichen Möglichkeiten haben, sich an Volksabstimmungen zu beteiligen.	
Bürgerbeteiligung sollte sich nicht nur an freiwillig Interessierte richten, sondern möglichst viele Menschen mit unterschiedlichen Meinungen und Interessen einbinden.	
Über Wahlen und Volksabstimmungen hinaus sollten die Bürgerinnen und Bürger auch direkt an politischen Diskussionen und Entscheidungen beteiligt werden.	
Wichtige Fragen sollten in Volksabstimmungen entschieden werden.	
Politische Entscheidungen durch Parlamente und Volksentscheide sollten durch Informationsangebote und Bürgerdialoge begleitet werden.	

[52] Modifiziert nach Items aus der Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg (Hamburg BUS).
[53] Entnommen aus dem Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen.
[54] Entnommen aus dem Demokratiemonitor der Bertelsmann-Stiftung.

Nun geht es darum, wie Sie die gegenwärtige Situation in Deutschland mit Blick auf die politische Beteiligung beurteilen.	
Alle Bürgerinnen und Bürger können sich auch außerhalb von Wahlen und Volksabstimmungen ausreichend politisch beteiligen.	1 (trifft überhaupt nicht zu) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 (trifft voll und ganz zu)
Die Bürgerinnen und Bürger haben ausreichend Einfluss darauf, welche Entscheidungen durch Parlamente und welche im Rahmen von Volksabstimmungen getroffen werden.	
Politisches Engagement ist freiwillig. Niemand wird gezwungen, sich zu beteiligen.	
Alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft beteiligen sich auch außerhalb von Wahlen und Volksabstimmungen ausreichend an politischen Debatten und Entscheidungen.	
Menschen aus allen Gruppen und Schichten der Gesellschaft nehmen ausreichend an Volksabstimmungen teil.	
Die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sind häufig verzerrt, weil sich immer nur dieselben Menschen beteiligen.	
Auch außerhalb von Wahlen und Volksabstimmungen können die Bürgerinnen und Bürger ausreichend Einfluss auf die Politik nehmen.	
Wichtige Fragen werden durch Volksabstimmungen entschieden.	
Politische Entscheidungen durch Parlamente und Volksentscheide werden ausreichend durch Informationsangebote und Bürgerdialoge begleitet.	

7.2.4.2 Klassismus und andere Abwertungsfacetten (vertiefend)

Die Benachteiligung bzw. Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft und/oder sozialen Status (Klassismus) sowie die damit verbundenen Exklusionserfahrungen, biographischen Prägungen und Anerkennungsdefizite wurden u.a. in den Gesprächen im Rahmen des Fachtags (Kap. 3.1) und in der Online-Befragung (Kap. 3.2) zur Machbarkeitsstudie als wichtige Themenbereiche benannt, die ein Demokratie-Kompass abdecken sollte. Aus wissenschaftlicher Perspektive ist hierbei vor allem die Verschränkung unterschiedlicher Diskriminierungsdimensionen (Intersektionalität, vgl. Biele Mefebue et al., 2022) relevant. In diesem Sinne sollte auch die Messung von Abwertungseinstellungen (Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, vgl. Kap. 7.2.2.12) in diesem Schwerpunkt systematisch ausgeweitet werden. Im Unterschied zu den Befragungen der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

zur Betroffenheit von unterschiedlichen Diskriminierungsformen (vgl. Kap. 6) ist im Demokratie-Kompass von wesentlichem Erkenntnisinteresse, wie sich klassistische und andere Abwertungserfahrungen auf die demokratischen Einstellungen, Wahrnehmungen, Bewertungen und das Partizipationsverhalten der Befragten auswirken. Des Weiteren sollte in diesem Zusammenhang erhoben werden*, inwieweit in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen emanzipatorische Potenziale zur Stärkung einer diversitätsorientierten demokratischen Zivilgesellschaft bestehen und aktiviert werden können*. Insbesondere in diesem Schwerpunkt sollte auf die Verzahnung zwischen Repräsentativbefragung und qualitativmethodischem Forschungsmodul (vgl. Kap. 7.3) gesetzt werden und eine Ableitung von Frageformulierungen für den Fragebogenteil maßgeblich aufgrund der Fokusgruppen mit Bürger*innen zu ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Wahrnehmungen erfolgen. Außerdem wäre es denkbar, für die Berücksichtigung diverser Perspektiven und eine Setzung von relevanten Unterthemen im Schwerpunkt den Praxis-Beirat (vgl. Kap. 7.5) einzubinden.

Das Fragebogen-Modul zu diesem Schwerpunktthema muss demzufolge im Rahmen der begleitenden wissenschaftlichen Projektarbeit zum Demokratie-Kompass konkretisiert und ausgearbeitet werden, weshalb an dieser Stelle keine Item-Auswahl präsentiert wird.

7.2.4.3 Medienvertrauen und Mediennutzung, Digitalisierung

Ein möglicher Schwerpunkt für den Demokratie-Kompass ist das Thema Medienvertrauen und Mediennutzung. So ist das Vertrauen in die öffentliche Kommunikation und deren Inhalte eine zentrale Grundvoraussetzung für die demokratische Willensbildung und die repräsentative Demokratie. Dies gilt sowohl für die öffentliche Kommunikation in den traditionellen Medien wie Presse und Rundfunk als auch für die sozialen Medien. Gerade durch die Digitalisierung und das veränderte Mediennutzungsverhalten sind die Meinungsbildungsprozesse jedoch im Wandel. Dabei stellen insbesondere Fake News, Verschwörungserzählungen und Hate-Speech in den sozialen Medien sowie Vorwürfe von ‘Lügenpresse’ eine große Herausforderung bzw. eine Gefahr für die Willensbildung und die Demokratie dar. So beeinflussen Fake News und Verschwörungserzählungen nicht nur die Grundlage der Willensbildung, sondern können auch das Vertrauen in die Medien, in Parteien und Politiker*innen untergraben. Folgen können eine Verfestigung antidemokratischer Einstellungen, eine Abwendung von der Demokratie sowie eine Hinwendung zu antidemokratischen Bewegungen bzw. Subkulturen und rechtspopulistischen Parteien sein. Daher ist der Themenkomplex Medienvertrauen und Mediennutzung in Zeiten von Digitalisierung und Fake News ein wichtiges Schwerpunktthema für einen Demokratie-Kompass. Dieser Schwerpunkt sollte dabei erstens Fragen enthalten, die die Mediennutzung der Befragten erfassen: Welche Medien nutzen sie täglich? Und inwiefern, wie und wie häufig informieren sich die Bürger*innen über das politische Geschehen in Deutschland? Ein zweiter Teil sollte den Aspekt des Medienvertrauens vertiefen. Im Zentrum sollten Fragen stehen, die erfassen, welchen Medien und Mediengattungen jeweils vertraut bzw. nicht vertraut wird, um auf dieser Basis Aussagen über das Ausmaß und die Struktur des Vertrauens und Misstrauens in Medien treffen zu können. Erfasst werden soll dabei auch, wie skeptisch das Mediensystem insgesamt gesehen wird, indem Einstellungen zu den Medien erfasst werden (medienbezogene Einstellungen und Verschwörungen wie ‘Lügenpresse’, Medienzynismus). Wichtige Aspekte der Schwerpunktbefragung sollten sich auch auf Bewertungen der Berichterstattung über aktuelle Ereignisse (vgl. Kap. 7.2.2.14) beziehen (z.B. Zufriedenheit mit der Berichterstattung zur Corona-Pandemie oder zum russischen Angriffskrieg).

➢ *Fragen zur politischen Information*

Um sich über das aktuelle Geschehen in Deutschland zu informieren, wie häufig nutzen Sie folgende Informationsquellen?[55]	
– Öffentlich-rechtliches Fernsehen (z.B. ARD, ZDF, Dritte Programme, ARTE)	– jeden Tag oder fast täglich – mehrmals in der Woche – ein paar Mal im Monat, – seltenen, nie
– Private Fernsehsender (z.B. RTL, Sat1, Pro7, Vox)	
– Öffentlich-rechtliche Radiosender (z.B. Deutschlandfunk, Westdeutscher Rundfunk, Bayerischer Rundfunk)	
– Private Radiosender (z.B. Antenne Bayern, Radio FFN, Big FM, Radio Brocken)	
– Boulevardzeitung (z.B. Bild, express, Hamburger Morgenpost, B.Z.)	
– Überregionale Tageszeitungen (z.B. FAZ, Welt, Süddeutsche Zeitung)	
– Regionale und lokale Tageszeitungen (z.B. Rheinische Post, Thüringer Allgemeine, Hamburger Abendblatt)	
– Wochenzeitungen und Nachrichtenmagazine (z.B. Zeit, Spiegel, Stern, Focus)	
– Nachrichteninhalte auf E-Mail-Portalen (z.B. gmx, t-online, web.de)	
– Nachrichten-Websites, News-Portale oder Push-Nachrichten	
– Nachrichtenkanäle auf YouTube	
– Google oder andere Suchmaschinen	
– Podcasts	
– Soziale Medien	
– Twitter, Facebook, Telegram, Instagram, Youtube allgemein, Tictoc, andere sozialen Medien	

Es gibt unterschiedliche Quellen, aus denen man sich über das aktuelle Geschehen informieren kann. Sagen Sie mir bitte, ob die folgenden Aussagen voll und ganz zutreffen, eher zutreffen, teils / teils zutreffen, eher nicht zutreffen oder überhaupt nicht zutreffen. Beim aktuellen Geschehen vertraue ich auf die Richtigkeit der Informationen von …[56]	
– Politikern	– trifft voll und ganz zu – trifft eher zu – trifft eher nicht zu – trifft überhaupt nicht zu
– Wissenschaftlern	
– Journalisten	
– Freunden, Verwandten oder Kollegen	
– Menschen, die ich aus dem Internet kenne	

[55] Entnommen aus dem FGZ-Panel Gesellschaftlicher Zusammenhalt.
[56] Entnommen aus der Bürgerumfrage der Sozialwissenschaften für Hamburg (Hamburg BUS).

➢ *Fragen zum Vertrauen in die Berichterstattung zu verschiedenen aktuellen Themen*

[die konkreten Themen müssten zum Zeitpunkt der Erhebung angepasst und mit den aktuellen Themen im Standbein verknüpft werden] Wie sehr vertrauen Sie den etablierten Medien bei der Berichterstattung	
– Über den Russischen Angriffskrieg auf die Ukraine?	– vertraue sehr – vertraue eher – vertraue eher nicht – vertraue überhaupt nicht
– Zur Corona-Pandemie?	
– Zum Klimawandel?	

➢ *Fragen zum Vertrauen in die Mediengattungen*

Wie vertrauenswürdig finden Sie diese Angebote?	
– Öffentlich-rechtliches Fernsehen	– sehr vertrauenswürdig – eher vertrauenswürdig – eher nicht vertrauenswürdig – überhaupt nicht vertrauenswürdig
– Überregionale Tageszeitungen	
– Regionalzeitungen	
– Boulevard-Zeitung	
– Privates Fernsehen	
– Nachrichten auf sozialen Netzwerken	
– Nachrichten in Gruppenchats auf Messengerdiensten	
– Nachrichten auf Videoplattformen	
– Nachrichten auf alternativen Nachrichtenseiten	

➢ *Fragen zu Einstellungen zu den Medien/Glaubwürdigkeit*

Die Bevölkerung in Deutschland wird von den Medien systematisch belogen	– stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne völlig ab
Die Medien untergraben die Meinungsfreiheit in Deutschland	
Die Medien in Deutschland sind lediglich ein Sprachrohr der Mächtigen	
Die Regierung gibt in Deutschland den Medien vor, was sie zu berichten haben	

➢ *Frage zur Medienfreiheit*

Wählen Sie die erste oder die zweite Aussage.	– Die Medien sollten das Recht haben, alle Ansichten und Ideen ohne staatliche Kontrolle zu veröffentlichen. – Die Regierung sollte das Recht haben, die Medien daran zu hindern, Dinge zu veröffentlichen, die sie als schädlich für die Gesellschaft betrachtet.

7.2.4.4. Persönlichkeit, Werte und politische Ideologien

Wertorientierungen sind langfristig Einstellungen prägende Vorstellungen, die sowohl zeitlich stabil als auch handlungsleitend sind. Wertorientierungen sind bedeutsam für das Handeln von Menschen und ihr politisches Handeln. Sie setzen Leitlinien für das eigene Leben und auch die Sozialisation. Zudem stehen sie in einem engen Verhältnis zur Formulierung neuer gesellschaftlicher und politischer Ansprüche, wie die wertebedingte Entstehung der Partei „Die Grünen“ aufzeigte. Auch heute sind Wertefragen und Differenzen oft zentrale Ausgangspunkte für Auseinandersetzungen. Über die Jahre haben sich verschiedene Wertekonzepte in der sozialwissenschaftlichen Forschung zu grundsätzlichen Wertorientierungen durchgesetzt, so z.B. die schlanke Materialismus-Postmaterialismus-Skala von Ronald Inglehart oder das deutlich umfangreichere, aber auch differenziertere Messmodell von Shalom Schwartz. Das Schwerpunktthema, das unter Berücksichtigung der Empfehlungen von Dr. Constantin Wurthmann (GESIS, vgl. Kap. 4) ausgearbeitet wurde, integriert mehrere dieser Messinstrumente.

➢ *Frage zum Materialismus/Postmaterialismus*[57]

Es wird viel darüber gesprochen, welche Ziele unser Land in den nächsten zehn Jahren vor allem verfolgen soll. Auf dieser Liste stehen einige Ziele, die verschiedene Leute für besonders wichtig halten. Würden Sie mir bitte sagen, welches davon Sie selbst für am wichtigsten halten? 1. Ein hohes Wirtschaftswachstum 2. Sicherstellen, dass das Land über starke Verteidigungskräfte verfügt 3. Die Menschen sollen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung ihrer Arbeitsplätze und ihrer Gemeinden haben. 4. Wir wollen unsere Städte und Landschaften schöner machen.	Ranking: Nennen Sie das Wichtigste, Zweitwichtigste, Drittwichtigste, Viertwichtigste

[57] Inglehart-Skala, entnommen aus der World Values Survey 2017-2020.

Eine demokratische Gesellschaftsordnung funktioniert nur dann, wenn allen die gleichen politischen Rechte zugestanden werden und keine Gesellschaftsgruppen diskriminiert werden. Daher ist ebenfalls zu erfassen, inwieweit egalitäre und pluralistische Werte in der Bevölkerung geteilt werden und verankert sind.

- *Fragen zum Pluralismus*

Es ist unerlässlich, dass Deutschland demokratisch regiert wird.	– stimme voll und ganz zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab
In einer Demokratie geht es darum, die Interessen unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen.	
In einer Demokratie sollte die Würde und Gleichheit aller an erster Stelle stehen.	
Streit in der Sache gehört in einer Demokratie dazu.	

Eine pluralistische Weltsicht akzeptiert die Gleichwertigkeit der Mitmenschen als Individuen und als ethnische, religiöse oder kulturelle Gruppe. Diese Grundhaltungen sind in heterogenen, postmodernen Gesellschaften besonders wichtig. Sie beruhen auf den Vorstellungen von Toleranz, die Forst (2003, S. 42-47; 2019, S. 3-6) als Erlaubnis, Koexistenz, Respekt und Wertschätzung von Pluralität formuliert.

- *Fragen zu vier Toleranzformen*

Solange es die Freiheit der anderen nicht verletzt, kann jeder so leben, wie er will. (Toleranz-Respekt)	– stimme voll und ganz zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab
Die unterschiedlichen Lebensformen und die zunehmende Vielfalt in Deutschland bereichern uns. (Toleranz-Wertschätzung)	
Nur solange die Traditionen in Deutschland bewahrt werden, können wir Minderheiten erlauben, so zu leben, wie sie wollen. (Toleranz-Erlaubnis)	
Solange sich Ausländer und Minderheiten an unsere Gesetze halten, ist es egal, welche Religion sie haben und wie sie leben. (Toleranz-Koexistenz)	

Viele Menschen in Deutschland haben unterschiedliche Überzeugungen, was Gerechtigkeit betrifft und wie der soziale Wandel gestaltet werden sollte. Eine Einschätzung zu den folgenden Aussagen durch die für den Demokratie-Kompass befragten Personen soll darüber Aufschluss geben.

- *Fragen zu Ideologien: Ökonomischer Libertarismus, Konservativismus, Sozialismus, Liberalismus*[58]

Gerechtigkeit bedeutet, dass ich nicht für Leute aufkommen muss, die nicht so viel leisten wie ich selbst. (A)	– stimme voll und ganz zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne völlig ab
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterscheide im Einkommen groß genug sind. (A)	
Am meisten bewundere ich Menschen, die sich selbst viel Wohlstand aufgebaut haben. (A)	
Wenn der Sozialstaat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich um eine Arbeit zu bemühen. (A)	
Der Staat sollte sich vor allem auf die Bewahrung der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren. (B)	
Vor allem unsere gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen. (B)	
Man führt vor allem dann ein erfülltes Leben, wenn man sich unseren Traditionen verpflichtet fühlt. (B)	
Das Wichtigste für mich ist, mich an unsere gemeinsamen Werte zu halten. (B)	
Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden. (C)	
Gleichheit bedeutet, dass am Ende des Tages Arm und Reich, Männer und Frauen, usw. gleichgestellt sind. (C)	
Das Wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben. (C)	
Die meisten Einkommensunterschiede sind ungerecht, weil alle Menschen gleich sind. (C)	
Das Wichtigste für mich ist, dass ich mein Leben so leben kann, wie ich es möchte - solange ich sonst niemandem schade. (D)	
Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet. (D)	
Es wäre das Beste für alle, wenn jeder tun und lassen könnte, was er will - solange er sonst niemandem schadet. (D)	
Freiheit bedeutet vor allem, dass jeder Mensch sein Leben so leben darf, wie er es für richtig hält, solange er niemand anderem schadet. (D)	

[58] Entnommen aus dem Open Access Repositorium für Messinstrumente der GESIS (Ulrich, 2021). Anmerkungen zu den Subskalen: (A) Ökonomischer Libertarismus, (B) Konservativismus, (C) Sozialismus, (D) Liberalismus.

Frage nach sozialistischen Prinzipien

Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.	– stimme voll und ganz zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab
Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.	
In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.	
Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.	
Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt.	
Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.	
Sozialismus und Demokratie sind im Grunde ganz gut vereinbar.	
Der Staat ist ein Instrument der Unterdrückung, das abgeschafft werden muss.	
Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die bisher nur bisher schlecht ausgeführt wurde.	
Ein reformierter, humanistischer Sozialismus wäre mir lieber als die gegenwärtige politische Ordnung.	
Der Kapitalismus ist das beste Wirtschaftssystem, das die Geschichte bisher hervorgebracht hat.	

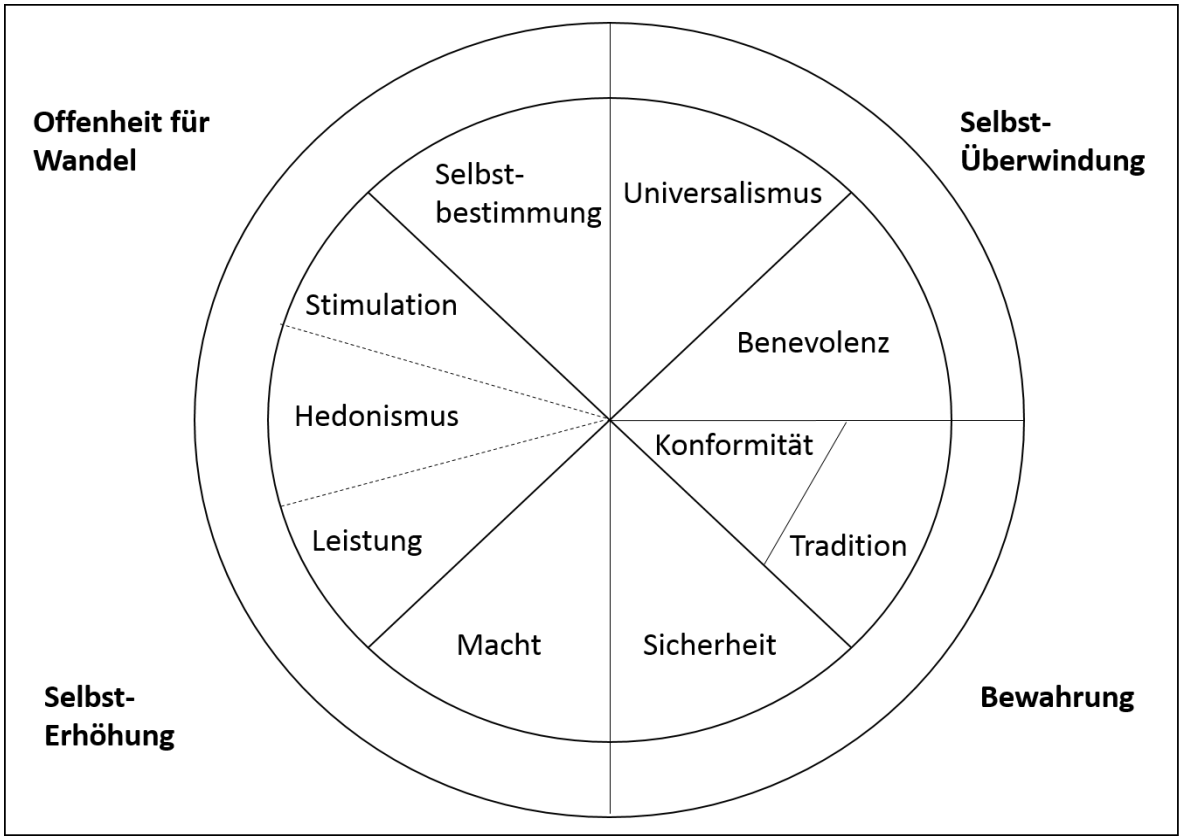
- *Frage zu Grundwerteorientierung: Freiheit vs. Gleichheit*[59]

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?	– Freiheit – Sicherheit – beides gleichermaßen
Und was ist wichtiger: Freiheit oder Gleichheit. Was wäre Ihnen wichtiger?	– Freiheit – Gleichheit – beides gleichermaßen

[59] Als „Trilemma Freiheit-Sicherheit-Gleichheit“ so u.a. im Thüringen-Monitor.

Ein zentrales Messinstrument ist jenes zur Erfassung der sogenannten Schwartz-Werte (vgl. GLES https://search.gesis.org/variables/exploredata-ZA6804_Varkpa1_3320l). „Die von Shalom Schwartz entwickelte Wertetheorie hat seit ihrer vollständigen Veröffentlichung (Schwartz 1992) in den Sozialwissenschaften breite Anwendung gefunden. Die Theorie definiert individuelle Werte als ‚wünschenswerte, situationsübergreifende Ziele von unterschiedlicher Bedeutung, die als Leitprinzipien im Leben einer Person oder einer anderen sozialen Einheit dienen' (Schwartz 1994:21). Individuelle Werte wurden verwendet, um Individuen und soziale Kategorien zu charakterisieren (z. B. Schwartz und Sagie 2000), um Zusammenhänge zwischen Werten und Hintergrundvariablen zu erforschen (z. B. Schwartz und Rubel 2005) und um Verhaltensweisen vorherzusagen (z. B. Einstellungen (z.B. Sagiv und Schwartz 1995) und Alltagsverhalten (z.B. Bardi und Schwartz 2003). Diese Wertetheorie geht über die Darstellung einer Typologie individueller Werte hinaus und spezifiziert die Struktur der Konflikt- und Kongruenzbeziehungen zwischen den einzelnen Werten. Die Theorie wurde daher auch verwendet, um zu analysieren, wie ein integriertes Wertesystem - und nicht nur als einzelne Werte, zu anderen Variablen in Beziehung steht (z. B. Schwartz 1996)." (übersetzt aus Saris et al. 2012, S. 29).

Abbildung 5 *Das Wertekreismodell nach Shalom Schwartz (Quelle: Pickel, 2018)*



➢ *Fragen zur Erfassung der Schwartz-Werte (Schmidt et al., 2007)*

Wie ähnlich ist Ihnen der nachfolgend beschriebene Mensch?	
– Es ist ihm wichtig, neue Ideen zu entwickeln und kreativ zu sein. Er macht Sachen gerne auf seine eigene originelle Art und Weise. (Selbstbestimmung 1)	– sehr ähnlich – eher ähnlich – eher unähnlich – sehr unähnlich
– Es ist ihm wichtig, reich zu sein. Er möchte viel Geld haben und teure Sachen besitzen. (Macht 1)	
– Er hält es für wichtig, dass alle Menschen auf der Welt gleichbehandelt werden sollten. Er glaubt, dass jeder Mensch im Leben gleiche Chancen haben sollte. (Universalismus 1)	
– Es ist ihm wichtig, seine Fähigkeiten zu zeigen. Er möchte, dass die Leute bewundern, was er tut. (Leistung 1)	
– Es ist ihm wichtig, in einem sicheren Umfeld zu leben. Er vermeidet alles, was seine Sicherheit gefährden könnte. (Sicherheit 1)	
– Er mag Überraschungen und hält immer Ausschau nach neuen Aktivitäten. Er denkt, dass im Leben Abwechslung wichtig ist. (Stimulation 1)	
– Er glaubt, dass die Menschen tun sollten, was man Ihnen sagt. Er denkt, dass Menschen sich immer an Regeln halten sollten, selbst dann, wenn es niemand sieht. (Konformität 1)	
– Es ist ihm wichtig, Menschen zuzuhören, die anders sind als er. Auch wenn er anderer Meinung ist als andere, will er sie trotzdem verstehen. (Universalismus 2)	
– Es ist ihm wichtig, zurückhaltend und bescheiden zu sein. Er versucht, die Aufmerksamkeit nicht auf sich zu lenken. (Tradition 1)	
– Es ist ihm wichtig, Spaß zu haben. Er gönnt sich selbst gerne etwas. (Hedonismus 1)	
– Es ist ihm wichtig, selbst zu entscheiden, was er tut. Er ist gerne frei und unabhängig von anderen. (Selbstbestimmung 2)	
– Es ist ihm sehr wichtig, den Menschen um ihn herum zu helfen. Er will für deren Wohl sorgen. (Benevolenz 1)	
– Es ist ihm wichtig, sehr erfolgreich zu sein. Er hofft, dass die Leute seine Leistungen anerkennen. (Leistung 2)	
– Es ist ihm wichtig, dass der Staat seine persönliche Sicherheit vor allen Bedrohungen gewährleistet. Er will einen starken Staat, der seine Bürger verteidigt. (Sicherheit 2)	
– Er sucht das Abenteuer und geht gerne Risiken ein. Er will ein aufregendes Leben haben. (Stimulation 2)	

– Es ist ihm wichtig, sich jederzeit korrekt zu verhalten. Er vermeidet es, Dinge zu tun, die andere Leute für falsch halten könnten. (Konformität 2)	
– Es ist ihm wichtig, dass andere ihn respektieren. Er will, dass die Leute tun, was er sagt. (Macht 2)	
– Es ist ihm wichtig, seinen Freunden gegenüber loyal zu sein. Er will sich für Menschen einsetzen, die ihm nahe stehen. (Benevolenz 2)	
– Er ist fest davon überzeugt, dass die Menschen sich um die Natur kümmern sollten. Umweltschutz ist ihm wichtig. (Universalismus 3)	
– Tradition ist ihm wichtig. Er versucht, sich an die Sitten und Gebräuche zu halten, die ihm von seiner Religion oder seiner Familie überliefert wurden. (Tradition 2)	
– Er lässt keine Gelegenheit aus, Spaß zu haben. Es ist ihm wichtig, Dinge zu tun, die ihm Vergnügen bereiten. (Hedonismus 2)	

- *Frage zum Links-Rechts-Materialismus*

Nun zu einigen politischen Streitfragen. Manche wollen weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet, andere wollen mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet.	1 (mehr sozialstaatliche Leistungen, auch wenn das mehr Steuern und Abgaben bedeutet) – 2 – 3 – 4 – 5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 – 11 (weniger Steuern und Abgaben, auch wenn das weniger sozialstaatliche Leistungen bedeutet)

- *Fragen zur Post-Materialismus-Materialismus-Orientierung*

Und wie ist die Position zum Thema Kernkraft? Sollte die Kernenergie weiter ausgebaut werden oder sollten alle Kernkraftwerke sofort abgeschaltet werden? Wie stehen Sie dazu, wenn Sie wieder die Skala von 1 bis 11 verwenden?	1 (sofortige Abschaltung aller Kernkraftwerke) – 2 – 3 – 4 –5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 – 11 (weiterer Ausbau der Kernenergie)
Zur Klimapolitik gibt es unterschiedliche Ansichten. Manche meinen, dass in der Politik noch viel mehr getan werden müsste, um den Klimawandel zu bekämpfen. Andere meinen, dass die Politik zur Bekämpfung des Klimawandels schon viel zu weit gegangen ist.	1 (Vorrang für Bekämpfung des Klimawandels, auch wenn es dem Wirtschaftswachstum schadet) – 2 – 3 – 4 –5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 – 11 (Vorrang für Wirtschaftswachstum, auch wenn es die Bekämpfung des Klimawandels erschwert)

➢ *Frage zur Kosmopolitismus-Nationalismus-Orientierung*

Jetzt geht es um Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer. Manche wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer erleichtern, andere wollen die Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer einschränken.	1 (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten erleichtert werden) – 2 – 3 – 4 –5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 – 11 (Zuzugsmöglichkeiten für Ausländer sollten eingeschränkt werden)

➢ *Frage zur traditionalistisch-autoritären vs. individualistisch-liberalen Orientierung*[60]

Manche meinen, dass individuelle Entfaltungsmöglichkeiten in der Gesellschaft Vorrang vor der Bewahrung von Traditionen und Lebensstilen haben sollten, andere meinen, dass die Bewahrung von Traditionen und Lebensstilen Vorrang vor individuellen Entfaltungsmöglichkeiten haben sollte. Wie ist das bei Ihnen?	1 (Vorrang von individuellen Entfaltungsmöglichkeiten, auch wenn dadurch Traditionen und Lebensstile an Bedeutung verlieren) – 2 – 3 – 4 –5 – 6 – 7 – 8 – 9 – 10 – 11 (Vorrang der Bewahrung von Traditionen und Lebensstilen, auch wenn dadurch individuelle Entfaltungsmöglichkeiten eingeschränkt werden)

➢ *Frage zu Werten, die in einer Demokratie umgesetzt werden sollten.*

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? Eine Demokratie, die große soziale Ungleichheit zulässt, ist eigentlich keine richtige Demokratie.	– stimme völlig zu – stimme zu – stimme eher zu – lehne eher ab – lehne ab – lehne völlig ab

7.3 Relevanz und mögliche Ausgestaltung qualitativer Ergänzungsmodule

Es wird empfohlen, die repräsentative Erhebung zur Ausprägung und Verbreitung antidemokratischer Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland um sinnrekonstruktiv-qualitative Forschung zu ergänzen. Hierdurch können sowohl die soziale Funktion von Ressentiments, ihre Bedeutung bei der Gruppenidentifikation und Intragruppenprozessen als auch der Shift in den Motiven der Artikulation demokratiefeindlicher Positionen erforscht werden. Als Beispiel ist an dieser Stelle die *Motivverschiebung im Antisemitismus* zu benennen, dem Hass auf Jüdinnen*Juden, der in wechselnden Motiven artikuliert wird. Mit der Motivverschiebung auf einen israelbezogenen Antisemitismus wird einerseits die soziale Sanktion des Antisemitismus umgangen, andererseits bietet sich auch die Möglichkeit, verschiedene Brücken zwischen politischen Milieus zu bilden, in denen antidemokratischen Einstellungen existieren. Die psychosozialen Dynamiken wie auch die Motive selbst, lassen sich anders als die Verbreitung von Einstellungen nur mit qualitativen Methoden beforschen, die dem interpretativen Paradigma folgen. Dieser empirische Zugang kann einerseits auf den repräsentativen Erhebungen aufbauen, in dem Probanden der fragebogengestützten Erhebung entlang ihres Antwortverhaltens, soziodemographischer Merkmale oder eigener Er-

[60] Neuentwicklung Dr. Constantin Wurthmann / GESIS

fahrungen für die Teilnahme an einer weiterführenden qualitativen Studie gewonnen werden, z.B. einer **Gruppendiskussionsstudie, an der Personen aus unterschiedlichen sozialen Milieus und unterschiedlichen politischen Einstellungen teilnehmen**, die allerdings alle ein relativ geringes Institutionenvertrauen und eine ausgeprägte Wahrnehmung individueller und kollektiver Benachteiligung bekunden. In der Gruppendiskussion sollten ihre – vermutlich ambivalenten – Erfahrungen, Wahrnehmungen und Deutungen hinsichtlich politischer Institutionen, Verantwortungsträger*innen und politischer Beteiligung sowie die jeweiligen Motivlagen herausgearbeitet werden. Andererseits sind in diesem Forschungsmodul vor allem community-basierte **Zugänge zu in der Repräsentativbefragung unterrepräsentierten (weil in der Bevölkerung zahlenmäßig vergleichsweise kleinen) Personengruppen** möglich, d.h. es können z.B. über die Kooperation mit Institutionen bzw. Netzwerke migrantischer Selbstorganisation Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft für Gruppeninterviews gewonnen werden, um ihre spezifischen Perspektiven auf die demokratische Praxis, die politische Teilhabechancen, Inklusions- oder Exklusionserfahrungen usw. zu eruieren. Ähnliches gilt für LSBTTIQ*, behinderte Menschen und andere **gesellschaftlich marginalisierte Gruppen**. Die Erträge dieser qualitativ-methodischen Forschung können auch Grundlage für die Detektion und Operationalisierung von neuen Themen für folgende repräsentative Erhebungen sein. Gruppendiskussionen sind hier als Beispiel genannt, weil entsprechende Erfahrung in der Verbindung beider Methoden in den letzten Jahren erworben werden konnten und sich diese Methode als besonders geeignet erwiesen hat, um kollektiv-geteilte Erfahrungsräume zu erfassen und die Durchsetzung von Ressentiments in Gruppen zu beforschen. Aber auch wenn auf Einzelinterviews oder ethnografische Verfahren zurückgegriffen wird, muss für diesen Feldzugang und die Auswertung von einem Erhebungszeitraum von ca. *vier Jahren* je Forschungsfrage ausgegangen werden. **Daher schlagen wir vor, ergänzend zu den Repräsentativbefragungen im Zweijahresrhythmus jeweils eine vier Jahre laufende qualitativ-methodische Studie als begleitendes Forschungsmodul zu etablieren.**

7.4 Durchführung des Demokratie-Kompass und wissenschaftliche Begleitforschung

Die Durchführung des Demokratie-Kompass unter den in Kap. 7.1. bis 7.3 ausgeführten Gesichtspunkten, insbesondere hinsichtlich einer theoriegeleiteten konzeptionellen Weiterentwicklung und der quantitativ- und qualitativ-methodischen Auswertungen, setzt die Beauftragung eines sozialwissenschaftlich versierten Forscher*innen-Teams (idealiter mit Universitätsanbindung in den Politikwissenschaften, der Politischen Soziologie und/oder der Sozialpsychologie) voraus, das eine kontinuierliche Begleitforschung leistet, die durch ein kommerzielles Befragungsinstitut nicht erfolgen kann. Das Forscher*innen-Team muss in Abstimmung mit der Auftraggeberseite und in Absprache mit einem ebenfalls zu beauftragenden Befragungsinstitut, dem die Stichprobenziehung und die Umsetzung der Feldphase der Repräsentativbefragung obliegt, den gesamten Forschungsprozess ausgestalten und dabei die wissenschaftliche Fachaufsicht über das Gesamtprojekt innehaben. Auch die Realisation von Verwertungs- und Transfervorhaben (vgl. Kap. 7.5 und 7.6) muss durch ein solches Projektteam erfolgen. Das Projektteam muss über einschlägige Expertise und Vorerfahrungen in der sozialwissenschaftlichen Demoskopie (Messung der politischen bzw. demokratierelevanten Einstellungen der Bevölkerung) sowie der Erforschung der politischen Kultur verfügen und personell ausreichend aufgestellt sein. Vorzusehen ist die Schaffung von mindestens 2,5 wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen (VbE), davon mindestens eine Mitarbeiterstelle (1 VbE) für das qualitativ-empirische Forschungsmodul und eine Mitarbeiterstelle (0,5 VbE) für den Wissenschafts-Praxis-Transfer.

7.5 Gestaltung des Wissenschaft-Praxis-Transfers

Ein Demokratie-Kompass kann nur der Stärkung der Demokratie dienen und antidemokratischen Entwicklungen entgegenwirken, wenn Erkenntnisse aus der Forschung in die zivilgesellschaftliche Praxis getragen werden und Schlussfolgerungen dort umgesetzt werden. Ein intensiver Wissenschaft-Praxis-Transfer ist daher von besonderer Bedeutung. Aus der Befragung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen geht eindeutig hervor, dass (1) verschiedene, zielgruppenspezifische und niedrigschwellige Vermittlungsformate sowie (2) ein wechselseitiger, kontinuierlicher Austausch zwischen Praktiker*innen der Demokratiearbeit, Politik und Verwaltung sowie Forscher*innen gewünscht werden. Für den Wissenschaft-Praxis-Transfer im Rahmen des Demokratie-Kompasses werden daher folgende Maßnahmen empfohlen:

1. Einplanung einer eigenen Projektstelle zur Gestaltung und Koordination des Wissenschaft-Praxis-Transfers. Aufgabe ist u.a. die Erarbeitung von Materialien zur Vermittlung von Forschungsergebnissen an Praktiker*innen und die allgemeine Öffentlichkeit. Diese sollten unterschiedliche Formate wie Forschungsberichte in Lang- und Kurzversion, Broschüren, audio-visuelle Medien und Beiträge für Social-Media-Plattformen umfassen und zielgruppenspezifisch auf verschiedene Rezipient*innen und deren Bedarfe abgestimmt werden. Auch die Organisation von zentralen und dezentralen Vermittlungs- und Diskussionsveranstaltungen zum Austausch zwischen Forscher*innen und Praktiker*innen sollte in diesem Rahmen realisiert werden. Möglich ist darüber hinaus die Durchführung von Analyse der Erkenntnisbedarfe von Praktiker*innen im Vorfeld der Repräsentativbefragungen. Hierdurch können beispielsweise relevante Themen identifiziert werden, die im Kontext eines Schwerpunktthemas vertieft behandelt werden können.

2. Implementierung eines Praxis-Beirats, der den gesamten Forschungsprozess begleitet. Beim Praxis-Beirat handelt es sich um ein regelmäßig tagendes Gremium aus Angehörigen verschiedener Felder des zivilgesellschaftlichen Engagements bzw. der Demokratieförderung. Aufgaben sind u.a. die Beratung der Wissenschaftler*innen hinsichtlich der Formulierung von Forschungsfragen und der Umsetzung des Forschungsvorhabens (z.B. bzgl. Formulierung von Items, Gestaltung von Feldzugängen etc.), kommunikative Validierung von Interpretationen der Forschungsergebnisse und Unterstützung bei der Ableitung von Handlungsempfehlungen. Auch die Kontrolle der politischen Unabhängigkeit und Überparteilichkeit des Demokratie-Kompasses kann dem Praxis-Beirat aufgetragen werden. Bei der Zusammensetzung des Beirats sollte dringend darauf geachtet werden, dass die dort vertretenen Praktiker*innen hinsichtlich ihres spezifischen Engagementfelds, ihres Einsatzorts (auch: Stadt vs. Land) usw. ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Akteur*innen abbilden. Der Praxis-Beirat ist kein Entscheidungsgremium, sondern besitzt eine beratende und für den Transfer in die Zivilgesellschaft öffnende Funktion. Um ein arbeitsfähiges Gremium zu konstituieren, ist zunächst eine maximale Anzahl von 11 Mitgliedern zu avisieren, wobei die ungerade Anzahl das Zustandekommen mehrheitlicher Beiratsbeschlüsse bzw. Meinungsbilder zu den o.g. Aspekten erleichtern könnte, die nicht bindend sind, sondern als *Empfehlungen* an die wissenschaftlichen Projektverantwortlichen ergehen und mit diesen und der Auftraggeberseite diskutiert werden können. Die Auswahl der Mitglieder des Praxis-Beirats sollte unter Beteiligung zivilgesellschaftlicher Organisationen erfolgen. Grundsätzlich sollten sich die Mitglieder des Praxis-Beirats zur regelmäßigen Mitarbeit und zur Teilnahme an Beratungstreffen verpflichten. Eine Einbindung in die bzw. Beteiligung an den Transfervorhaben (vgl. Kap. 7.6), z.B. im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen oder Workshop-Formate, wäre ebenfalls wünschenswert. Die Mitarbeit im Praxis-Beirat sollte durch Honorarzahlungen bzw. Aufwandsentschädigungen vergütet werden.

7.6 Verwertungs- und Transferkonzept

Die Ergebnisse des Demokratie-Kompass sollten in barrierearmer Form öffentlich zugäng-lich gemacht werden. Hinausgehend über einen ausführlichen Forschungsbericht, der in gedruckter Form und als PDF-Dokument auch online zugänglich sein sollte, empfiehlt sich die Erstellung einer Broschüre mit den wichtigsten Ergebnissen, die sowohl Praktiker*innen der Demokratiearbeit und politischen Bildung, Politiker*innen und Journalist*innen als auch interessierten Bürger*innen als Informationsquelle und Handreichung dienen kann. Ratsam ist, diese Broschüre mehrsprachig zu gestalten, um ein Informationsangebot für Nicht-Muttersprachler*innen zu schaffen. Allein damit würde der Demokratie-Kompass bereits einen innovativen und wichtigen Beitrag zur Kommunikation von Befunden zur demokratischen Kultur leisten, da bisherige Demokratie-Monitoring-Projekte relativ hochschwellige, ausschließlich in deutscher Sprache bzw. in wissenschaftsnaher Sprache konzipierte und damit wenig inklusive Angebote schaffen. Ausgewählte Inhalte könnten zudem grafisch und audiovisuell aufbereitet und in den Sozialen Medien (v.a. Youtube, Facebook, Instagram, TikTok) platziert werden, um vor allem jüngere Zielgruppen zu erreichen (interaktive Grafiken, Podcast, kurze Animationsvideos mit zentralen Befunden usw.). Dafür ist die Zusammenarbeit mit einer Medienagentur organisatorisch und finanziell einzuplanen sowie sicherzustellen, dass von Auftraggeberseite (voraussichtlich BMFSFJ) Kapazitäten für die strategische Öffentlichkeitsarbeit für den Demokratie-Kompass zur Verfügung gestellt werden können oder die Bundeszentrale für politische Bildung in den Transfer eingebunden wird.

Neben einer zentralen Vorstellungsveranstaltung zur Veröffentlichung des Demokratie-Kompasses, die in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung stattfinden könnte, ist es ratsam, die z.T. regional spezifischen Befunde in kleineren Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit den Landesdemokratiezentren oder ausgewählten Partnerschaften für Demokratie vor Ort zu gestalten. Abhängig von der personellen Besetzung der zukünftigen Auftragnehmer*innen eines Demokratie-Kompasses und deren zeitlichen Kapazitäten wären in den ersten Monaten nach Veröffentlichung eines Demokratie-Kompass mindestens eine höhere einstellige Zahl von solchen Veranstaltungen möglich, solange sie den Charakter von Vorträgen mit anschließender Publikumsdiskussion behalten (z.B. im Rahmen von regionalen Demokratiekonferenzen). Workshopformate mit Prak-tiker*innen der Demokratiebildung indessen benötigen erfahrungsgemäß eine relativ intensive Vorbereitungsphase und können parallel zum Wissenschaftsbetrieb nur in Einzelfällen angeboten werden, sollten von den Ersteller*innen des Demokratie-Kompasses aber auf Nachfrage angeboten werden können und einen partizipativen, möglichst niedrigschwelligen Charakter haben.

Die Ersteller*innen des Demokratie-Kompasses sollten als Expert*innen der politischen Kulturforschung auch für Hintergrundgespräche mit politischen Entschei-der*innengremien auf Bundesebene zur Verfügung stehen, um ihre Befunde vorzustellen und einzuordnen. Wie in der Leistungsbeschreibung zur Machbarkeitsstudie, S. 2, gefordert, können die „Ergebnisse des Demokratie-Kompasses […] zudem als Grundlage für den ebenfalls neu einzurichtenden „Beirat zur Förderung der wehrhaften Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ zur Verfügung gestellt werden. […] Unter anderem basierend auf den Ergebnissen des Demokratie-Kompasses soll der Beirat eigene Empfehlungen, Stellungnahmen, Gutachten etc. erarbeiten.“

8 Ungefähre Kostenkalkulation sowie Möglichkeiten und Grenzen der Kostenreduktion

Die vorläufige Kalkulation der Gesamtkosten des vorgeschlagenen Demokratie-Kompasses entsprechend der in Kap. 7.1 vorgeschlagenen methodischen und forschungsorganisatorischen Konzeption und unter der Berücksichtigung der in Kap. 7.5 und 7.6 vorgeschlagenen Verwertungs- und Transferperspektiven kann an dieser Stelle nur auf groben Schätzungen beruhen und Erfahrungswerte einbeziehen, die u.a. in den Expert*innengesprächen mit Vertreter*innen von Befragungs-Dienstleistern und Fachkolleg*innen eruiert wurden (vgl. Kap. 5) oder auf frühere Angebote zurückgehen, in denen konkrete Kostenkalkulationen für ähnliche Befragungen vorgelegt wurden. Zu beachten ist, dass die Angebote sehr stark zwischen unterschiedlichen Befragungs-Dienstleistern variieren und über die Zeit erhebliche Preissteigerungen möglich sind. Letztere sind u.a. der Anpassung der Löhne und Gehälter für das technische Personal (Projektleitung, Interviewer*innen) geschuldet.

Für die aus wissenschaftlicher Sicht erstrebenswerten Optimalbedingungen einer repräsentativen geschichteten Flächenstichprobe für die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 14 Jahren mit einer Stichprobengröße von n=8.000 Befragten und einem PAPI-Design (Befragung mittels Papierfragebogen in der Wohnung der Befragten, ca. 50-60 min Befragungszeit) ist bei einem geschätzten Minutenbruttopreis von ca. 15.000 Euro mit mindestens **750.000 - 900.000 Euro Befragungs-Gesamtkosten (PAPI)** zu rechnen. Als kostengünstigere Alternative dazu bietet sich ein Mixed-Mode Design nach dem Push-to-Web-Prinzip an, bei dem Personen im Rahmen der konventionellen Stichprobenziehung kontaktiert werden, aber um die vorzugsweise Beantwortung des Fragebogens im Internet (CAWI-Design) gebeten werden. Bei einer zu erwartenden Ausschöpfungsquote von ca. 30 %, einem anzunehmenden CAWI-Anteil von ca. 50 % und in Anbetracht der Fixkosten, die unabhängig vom Befragungsmodus anfallen, kann beim Push-to-Web-Prinzip von einer Reduktion um ca. 1/3 auf mindestens **500.000 Euro Befragungs-Gesamtkosten (CAPI+CAWI)** ausgegangen werden, allerdings mit leichten Einbußen der Datenqualität bei der flächendeckenden Erfassung demokratiebezogener Einstellungen der Bevölkerung sowie einer Reduktion von Fragen entsprechend einer technisch bedingten begrenzten durchschnittlichen Befragungszeit bei CAWI (ca. 30 Minuten). Abzuraten ist von reinen Telefonbefragungen (CATI) oder reinen Online-Befragungen. Beide Formen zeichnen sich durch eine geringe Ausschöpfungsquote, begrenzten Befragungsumfang und einen starken Antwortbias (z.B. CATI starke Überalterung; Online-starker Überhang jüngerer Menschen, beide Ausfälle von Personen mit Distanz zum politischen System) aus. **Es wird empfohlen, zu den beiden o.g. Varianten (PAPI vs. PAPI+CAWI) konkrete und detaillierte Angebote bei leistungsfähigen Anbietern (Befragungsinstituten) einholen zu lassen.**

Eine Möglichkeit der weiteren Kostenreduktion bestünde in der drastischen Reduktion des Stichprobenumfangs von 8.000 Befragten (500 pro Bundesland) auf 2.500–3.000 Befragte. Hierdurch müsste allerdings die feingliedrigere regionalen Vergleichsperspektive (unterhalb des West-Ost-Vergleichs) aufgegeben werden, in der eines der großen Vorteile des Demokratie-Kompasses und ein wesentliches Alleinstellungsmerkmal unter den Befragungsprojekten zur Dauerbeobachtung der demokratischen Kultur bestehen sollte. Eine deutschlandweite Repräsentativbefragung im PAPI-Design mit der Stichprobengröße von n=2.500

würde ca. 250.000 Euro kosten. Für eine telefonische Befragung (CAPI) ähnlichen Zuschnitts wären bei einem renommierten Befragungsinstitut ungefähr die Hälfte dieser Summe zu veranschlagen, allerdings würde sich gleichzeitig die Befragungszeit auf ca. 30 Minuten verkürzen und dadurch die Tiefe der Messung demokratiebezogener Einstellungen empfindlich beeinträchtigt werden, weshalb von einer telefonischen Befragung abgeraten wird.

Für die **wissenschaftliche Begleitforschung des Demokratie-Kompasses, die von einem sozialwissenschaftlichen Forscher*innenteam geleistet werden sollte,** einschließlich a) der Vorbereitung, Begleitung und Auswertung der Repräsentativbefragung, b) dem parallelen qualitativ-empirischen Forschungsstrang (Kap. 7.3) und c) der Realisation der avisierten Verwertungs- und Transfervorhaben (vgl. Kap. 7.5 und 7.6), ist eine entsprechende Personal- und Sachkostenausstattung erforderlich. Vorzusehen ist die Schaffung von 2,5 wissenschaftlichen Mitarbeiterstellen (VbE), außerdem müssen relativ umfangreiche Mittel für den Praxis-Transfer und die Entwicklung bzw. Erstellung von barrierearmen Transferprodukten (per Auftragsvergabe an Drittanbieter) vorgehalten werden. Die für dieses **wissenschaftliche Begleitprojekt** anfallenden Bruttogesamtkosten belaufen sich schätzungsweise auf ca. **330.000 Euro p.a.**

9 Zentrale Ergebnisse und zusammenfassende Beurteilung

Eine demokratische politische Kultur ist der zentrale Stabilitätsfaktor für den Erhalt eines demokratischen politischen Systems. Ohne die Legitimität der Bürger*innen, wird es keiner Demokratie gelingen langfristig zu überleben. Sich über die Einstellungen, Bedürfnisse und Unzufriedenheiten der Bürger*innen zeitnah zu informieren und auf einer soliden Basis politisch zu reagieren, ist somit Kern der Selbsterhaltung von Demokratien. In der vorliegenden Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses wurden forschungsstrategische und konzeptionelle Aspekte, wie auch Instrumente diskutiert und beispielhaft zur Nutzung vorgeschlagen. Dies impliziert Empfehlungen zur thematisch-inhaltlichen und methodischen Ausgestaltung eines Demokratie-Kompasses, die von den konkret die Studie Durchführenden an Kontext und Bedarf angepasst werden müssen. Wichtig ist: Für das Erlangen umfangreicher und differenzierter Kenntnisse über die demokratische Kultur sowie für die fortlaufende Analyse aktueller Problemlagen und ihrer Auswirkung für die Haltung zur Demokratie und zur deutschen Demokratie ist eine handwerklich und theoretisch fundierte Erhebung demokratischer politischer Kultur und ihrer Erklärungs- und Kontextfaktoren unerlässlich. Damit werden nicht nur Wissensdefizite in Politik und Gesellschaft adressiert, sondern auch Möglichkeiten der Ermittlung von Intervention geschaffen. Die Implementierung eines bundesweiten, umfangreichen Monitorings demokratiebezogener Einstellungen im Sinne eines Demokratie-Kompasses besitzt somit eine hohe Relevanz für die Diskussion gesellschaftlicher Entwicklungen in der Öffentlichkeit, die konkrete und aktuelle Politikberatung sowie den Austausch mit der Zivilgesellschaft.

In Abgrenzung zu anderen, bereits existierenden bundesweiten Befragungsprojekten im Themenfeld oder in angrenzenden Themenfeldern besteht das Alleinstellungsmerkmal eines Demokratie-Kompasses in der ausführlichen und vertieften Erfassung von Einstellungen, Wahrnehmungen und Beurteilungen, die sich auf die Demokratie, die demokratische politische Kultur, politischen Institutionen, politische Prozesse und Akteur*innen in der Gesellschaft beziehen. Ein differenzierter Zugriff auf die demokratische Kultur kann so bestehende Erkenntnislücken schließen, sollte aber auch als Chance verstanden werden, ein Signal für die erhöhte Responsivität bzw. Sensibilität der Politik für Wahrnehmungen und Anliegen der Bürger*innen auszusenden. Ein Projekt zur systematischen Dauerbeobach-

tung der demokratischen Kultur, das vom Bund gefördert wird, kann langfristig zur Deskription und Analyse von Herausforderungen und Problemlagen, aber auch zur Kommunikation von Potenzialen und Chancen der Demokratieentwicklung genutzt werden. Somit wirkt ein Demokratie-Kompass über die große – und aufgrund seiner Ausrichtung und Anlage – einmalige praktische Nutzbarkeit hinaus.

Um dies zu erreichen, wird eine repräsentative Bevölkerungsbefragung im Trenddesign mit zweijährlichem Befragungszyklus empfohlen. Die Befragung sollte im Idealfall im Paper-and-Pencil-Design (PAPI), also als Haushaltsbefragung mit gedrucktem Fragebogen, stattfinden. Zur Kostenreduktion wäre alternativ – allerdings mit leichten Einschränkungen - die Umleitung von ca. 50 % der Interviews auf ein Websurvey (CAWI; sogen. Push-to-web-Prinzip) möglich. Grundsätzlich abzuraten ist von einer reinen Telefonbefragung oder einer reinen Online-Befragung, auch ein kombiniertes TOM-Design erreicht aufgrund spezifischer Ausfälle nicht die gleiche Güte an Repräsentativität.

Die Grundgesamtheit ist die Wohnbevölkerung der Bundesrepublik im Alter ab 14 Jahren einschließlich der Personen ohne deutsche Staatsbürgerschaft. Um Migrant*innen ohne ausreichende Deutschkenntnisse angemessen mitbefragen zu können, sollte der Fragebogen in den am häufigsten gesprochenen Fremdsprachen vorgehalten werden. Die Stichprobengröße für die geschichtete Flächenstichprobe im ADM-Design sollte im Idealfall n=8.000 betragen. Pro Bundesland wären dabei n=500 Personen zu befragen, um aussagekräftige regionale Vergleiche zu ermöglichen (vgl. Kap. 7.1 und Kap. 8). Auf eine Überquotierung von (ethnokulturellen) Minderheiten könnte mit Verweis auf die spezifischen Befragungen von Menschen mit Migrationsgeschichte usw. im DeZIM-Panel oder NADIRA verzichtet werden. Dies ist allerdings abhängig von der Interessenlage der erhebenden Instanz.

Für die Repräsentativbefragung wird ein Fragebogen vorgeschlagen, der einer durchschnittlichen Befragungszeit von ca. 50-60 Minuten entspricht. Nur auf diese Weise kann der Komplexität einer demokratischen politischen Kultur hinreichend Rechnung getragen werden. Auch dieser Aspekt spricht gegen Telefon- oder Onlinebefragungen. Dabei ist es wichtig das Konzept des Fragebogens entlang einer theoretisch begründeten und empirisch belastbaren Konzeption aufzubauen, um die zentrale Leistung des Demokratie-Kompasses – die Ermittlung von Beziehungen, Erklärungen und Konsequenzen – überhaupt leisten zu können und sich von einer meist wenig weiterführenden einfachen Auflistung deskriptiver Befunde abzusetzen.

Der Fragebogen gliedert sich in drei Hauptabschnitte: 1. Das Standardprogramm zur Messung demokratischer Kultur, welches alle zwei Jahre kontinuierlich mit abgefragt werden sollte 2. Die Erklärungsfaktoren (erklärenden Variablen) und 3. ein wechselndes Schwerpunktthema, welches auch aktuelle Ereignisse und Themen aufnehmen kann. Die vorgeschlagenen Themenbereiche, Fragen und Antwortformate wurden in entsprechenden Unterkapiteln dieses Berichts vorgestellt und dokumentiert.

Optimal wäre eine Ergänzung der quantitativen Erhebung durch mindestens ein qualitativ-methodisches Forschungsmodul. Vorgeschlagen wurde die Durchführung und Auswertung von Fokusgruppen sowie ergänzender Einzelinterviews. Sie können ein vertieftes Verständnis von Wahrnehmungen, Deutungen und Einstellungen zur Demokratie ermöglichen. So ist es auf diese Weise möglich bislang nur quantitativ dargestellte Bedeutungsinhalte rekonstruktiv zu erschließen und in ihrem Sinngehalt besser zu verstehen.

Dies alles setzt die Durchführung des Demokratie-Kompasses durch ein wissenschaftlich versiertes Team voraus, das neben der weiterführenden, theoriegeleiteten Konzeptarbeit, der inhaltlichen Weiterentwicklung und der Auswertung des Demokratie-Kompasses eine kontinuierliche Begleitforschung leistet. Diese wissenschaftliche Absicherung ist gerade mit

Blick auf Wirkungszusammenhänge und zur Qualitätssicherung des Demokratie-Kompasses unerlässlich. Abzuraten ist von immer wieder angewandten Beirats-Systemen, die meist eine geringe Ergebnisbreite und auch geringere öffentliche Wahrnehmung erzeugen (z.B. einige der bestehenden Ländermonitore). Zur Ausgestaltung des Wissenschafts-Praxis-Transfers wird ein Verwertungs- und Transferkonzept vorgeschlagen, das Anregungen und Bedarfe von Praktiker*innen der Demokratieförderung und Demokratiebildung aufgreift und innovative Elemente beinhaltet.

10 Literatur

Akkerman, A., Mudde, C. & Zaslove, A. (2014). How populist are the people? Measuring populist attitudes in voters. *Comparative Political Studies*, *47*(9), 1324-1353. https://doi.org/10.1177/0010414013512600

Arzheimer, K. (2022). A Short Scale for Measuring Political Secularism. *Politics and Religion*, 1-14. https://doi:10.1017/S1755048322000104

Beelmann, A. (Hrsg.) (2018). *Toleranz und Radikalisierung in Zeiten sozialer Diversität. Beiträge aus den Sozialwissenschaften*. Wochenschau Verlag.

Baumann, A.-L., Egenberger, V. & Supik, L. (2018). *Erhebung von Antidiskriminierungsdaten in repräsentativen Wiederholungsbefragungen. Bestandsaufnahme und Entwicklungsmöglichkeiten*. Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Best, H. & Salheiser, A. (2022). Regionale und individuelle Einflussfaktoren auf den Rechtspopulismus. Eine Analyse auf der Basis des „Thüringen-Monitors“. In: H. U. Brinkmann & K.-H. Reuband (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung* (S. 335–370). Wiesbaden: Springer VS.

Bundesregierung (2020). *Maßnahmenkatalog des Kabinettausschusses zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus.* https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/themen/sicherheit/massnahmenpaketkabinettsausschuss-rechtsextremismus.pdf;jsessionid=937F02C4446F101FC67FFE09ED138997.1_cid364?__blob=publicationFile&v=2

Biele Mefebue, A., Bührmann, A. D. & Grenz, S. (2021). *Handbuch Intersektionalitätsforschung*. Springer VS.

Decker, O., Kiess, J., Heller, A., Schuler, J. & Brähler, E. (2022). Die Leipziger Autoritarismus Studie 2022: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In O. Decker, J. Kiess, A. Heller & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten: Neue Herausforderungen - alte Reaktionen? Leipziger Autoritarismus Studie 2022* (S. 31-90). Psychosozial-Verlag.

Deitelhoff, N., Groh-Samberg, O. & Middell, M. (Hrsg.) (2020). *Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Ein interdisziplinärer Dialog*. Campus.

Detjen, J., Massing, P., Richter, D. & Weisseno, G. (2012). Politikkompetenz: Ein Modell. Springer VS.

Diamond, L. (1999). *Developing Democracy toward Consolidation*. Johns Hopkins University Press.

Easton, D. (1965). *A Framework for Political Analysis*. Prentice-Hall.

Esaiasson, P., Gilljam, M. & Persson, M. (2013). Communicative Responsiveness and Other Central Concepts in Between-Election Democracy. In P. Esaiasson & H.-M. Narud (Eds.), *In Between-Election Democracy: The Representative Relationship After Election Day.* ECPR Press.

Esaiasson, P., Gilljam, M. & Persson, M. (2016). Responsiveness Beyond Policy Satisfaction: Does It Matter to Citizens? *Comparative Political Studies.* https://doi.org/10.1177/0010414015626445

Esaiasson, P., Kölln, A.-K. & Turper, S. (2015). External Efficacy and Perceived Responsiveness – Similar but Distinct Concepts. *International Journal of Public Opinion Research 27*, 432-445.

Ferrín, M. & Kriesi, H. (Hrsg.). (2016). *How Europeans View and Evaluate Democracy*. Oxford University Press.

Forst, R. (2003). *Toleranz im Konflikt: Geschichte, Gehalt und Gegenwart eines umstrittenen Begriffs.* Suhrkamp Verlag.

Forst, R. (2019). Toleranz und Anerkennung. In L. Soep, H. Ikäheimo & M. Quante (Hrsg.) *Handbuch Anerkennung* (S. 1-28). Springer VS.

Häder, S. (2015). *Stichproben in der Praxis*. GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS Survey Guidelines). https://doi:10.15465/sdm-sg_014

Himmelmann, G. (2001). *Demokratie lernen. Als Lebens-, Gesellschaft- und Herrschaftsform. Ein Lern- und Studienbuch*. Wochenschau Verlag.

Kern, A. (2017). Identifikation mit politischen Parteien und Demokratiezufriedenheit: Eine Längsschnittanalyse zum Einfluss von Parteiidentifikation in Deutschland. *PVS Politische Vierteljahresschrift, 58*(1), 51-76.

Kreis, J. (2007). *Zur Messung von rechtsextremer Einstellung. Probleme und Kontroversen am Beispiel zweier Studien*. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, 12.

Küpper, B., Schröter, F. & Zick, A. (2019). Alles nur ein Problem der Ostdeutschen oder Einheit in Wut und Hass? Rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in Ost- und Westdeutschland. In A. Zick (Hrsg.), *Verlorene Mitte, feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19* (S. 243-282). J. H. W. Dietz.

Lipset, S. M. (1959). Some social requisites of democracy: Economic development and political legitimacy. *American Political Science Review, 53*(1), 69-105. https://www.jstor.org/stable/1951731

Mayer, S. J. (2017). *Die Parteiidentifikation*. Springer Fachmedien Wiesbaden.

Mudde, C. & Kaltwasser, C. (2017). *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford University Press.

Osterberg-Kaufmann, N., Stark, T. & Mohamad-Klotzbach, C. (2020). Challenges in conceptualizing and measuring meanings and understandings of democracy. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, *14*, 299-320. https://doi.org/10.1007/s12286-020-00470-5

Pettigrew, T. F. & Tropp, L. R. (2011). *When groups meet: The dynamics of intergroup contact.* Psychology Press.

Pickel, G. (2018). Religion und Wertorientierungen. In D. Pollack, V. Krech, O. Müller & M. Hero, M. (Hrsg.), *Handbuch Religionssoziologie* (S. 957-979). Springer VS.

Pickel, S. & Pickel, G. (2006). *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden. Eine Einführung*. Springer VS.

Pickel, G. & Pickel, S. (2021). Gesellschaftlicher Zusammenhalt und die Angst vor seinem Schwund. Analysen zu Existenz, Ursachen und Folgen gesellschaftlichen Zusammenhalts am Beispiel Sachsen. In S. Kailitz, G. Pickel & T. Genswein (Hrsg.), *Sachsen zwischen Integration und Desintegration* (S. 111-144). Springer VS.

Pickel, G., Pickel, S. & Yendell, A. (2020). Zersetzungspotentiale einer demokratischen politischen Kultur. In O. Decker & E. Brähler (Hrsg.), *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments - neue Radikalität: Leipziger Autoritarismus Studie 2020* (S. 89-118). Psychosozial-Verlag.

Pickel, S. & Stark, T. (2022). *Antiziganismus als eigenständige Form des Rassismus gegenüber Sinti* zze und Rom* nja. Ergebnisse einer Pilotstudie zur mehrdimensionalen*

Erfassung antiziganistischer Einstellungen in der Mehrheitsgesellschaft. *NaDiRa Working Papers 3: Forschungsergebnisse aus Kurzstudien des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa)*. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e.V.

Rees, Y., Rees, J. & Zick, A. (2021). Menschenfeindliche Orte – Regionale Ausprägungen. rechtsextremer Einstellungen in Deutschland. In A. Zick & B. Küpper (Hrsg.), *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21* (S. 112-122). J. H. W. Dietz.

Richter, C., Salheiser, A. & Quent, M. (2022). Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: H. U. Brinkmann & K.-H. Reuband (Hrsg.), *Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung* (S. 299–334). Springer VS.

Rippl, S. (2003). Kompensation oder Konflikt? *Koelner Z.Soziol.u.Soz.Psychol* 55, 231–252 (2003). https://doi.org/10.1007/s11577-003-0049-x

Salheiser, A. (2021). Welche Akzeptanz hat die repräsentative Demokratie in Ostdeutschland? In I.-S. Kowalczuk, F. Ebert & H. Kulick (Hrsg.), *(Ost)Deutschlands Weg. 45 Studien & Essays zur Lage des Landes*. *Teil II: Gegenwart und Zukunft* (S. 343–357). Bundeszentrale für politische Bildung.

Saris, W. E., Knoppen, D. & Schwartz, S. H. (2012). Operationalizing the Theory of Human Values: Balancing Homogeneity of Reflective Items and Theoretical Coverage. *Survey Research Methods*, *7*(1), 29-44. https://doi.org/10.18148/srm/2013.v7i1.5040

Schenke, J. (2020). *Student und Demokratie: Das politische Potenzial deutscher Studierender in Geschichte und Gegenwart.* transcript Verlag. https://doi.org/10.1515/978383945371

Schmidt, P., Bamberg, S., Davidov, E., Herrmann, J. & Schwartz, S.H. (2007). Die Messung von Werten mit dem ”Portraits Value Questionnaire”. *Zeitschrift für Sozialpsychologie, 38*(4), 261-275. https://doi.org/10.1024/0044-3514.38.4.261

Schnell, R. (2019). Forschungsdesigns mit Befragungen. In R. Schnell, *Survey-Interviews* (S. 53-64). Springer VS, Wiesbaden.

Schwartz, S.H. (1996). Value Priorities and Behavior: Applying a Theory of Integrated Value Systems. In C. Seligman, J. M. Olson & M. P. Zanna (Eds.), *The Psychology of Values: The Ontario Symposium*, Vol. 8 (pp. 1–24). Hillsdale, NJ: Erlbaum.

Schwartz, S.H., Cieciuch, J., Vecchione, M., Davidov, E., Fischer, R., Beierlein, C., Ramos, A., Verkasalo, M., Lönnqvist, J.-E., Demirutku, K., Dirilen-Gumus, Ö. & Konty, M. (2012). Refining the Theory of Basic Individual Values [Abstract]. *Journal of Personality and Social Psychology, 103*(4), 663-688.

Schröder, J. (2015). *Persönlich-mündliche Befragung*. GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften (GESIS Survey Guidelines). https://doi.org/10.15465/gesis-sg_005

Shin, D. C. & Kim, H. J. (2018). How global citizenries think about democracy: An evaluation and synthesis of recent public opinion research. *Japanese Journal of Political Science*, *19*(2), 222-249. https://doi.org/10.1017/S1468109918000063

Six, B., Wolfradt, U. & Zick, A. (2001). Autoritarismus und Soziale Dominanzorientierung als generalisierte Einstellungen. *Zeitschrift für Politische Psychologie, 9*, 23-40.

Stein, P. (2014). Forschungsdesigns für die quantitative Sozialforschung. In N. Baur & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung* (S. 135-151). Springer VS.

Ulrich, M. (2021). *Politische Ideologien (POLID)* [Eintrag im Open Access Repositorium für Messinstrumente der GESIS]. https://doi.org/10.6102/zis313

Uppendahl, H. (1981). Repräsentation und Responsivität. Bausteine einer Theorie responsiver Demokratie. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, *12*(1), 123-134.

Vehrkamp, R. & Merkel, W. (2020). *Populismusbarometer 2020: Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020*. Bertelsmann Stiftung. https://doi.org/10.11586/2020044

Wegscheider, C. & Stark, T. (2020). What Drives Citizens' Evaluation of Democratic Performance? The Interaction of Citizens' Democratic Knowledge and Institutional Level of Democracy. *Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft, 14*, 345-374. https://doi.org/10.1007/s12286-020-00467-0

Westle, B., Schübel, T. & Heyder, A. (2013). Düstere Zukunft: Es gibt wieder Wahlen, aber niemand geht hin? In B. Weßels, H. Schoen, und O. W. Gabriel (Hrsg.), *Wahlen und Wähler* (S. 475-495). Springer Fachmedien Wiesbaden.

Zick, A. & Küpper, B., Hrsg. (2021). *Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter.* J.H.W. Dietz.

Anhang 1: Fragebogen der Online-Befragung

Seite 01

Herzlich willkommen bei der Onlinebefragung im Rahmen der „Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses“!

Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit nehmen, an unserer Umfrage teilzunehmen!

Ziel ist die Erfassung von Wahrnehmungen, Bedarfen und Vorstellungen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen der Demokratieförderung und Demokratiearbeit sowie von Akteur*innen der politischen Bildung hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen.

Die Befragung findet **im Rahmen einer Machbarkeitsstudie zur Einführung eines Demokratie-Kompasses** statt, die derzeit im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durch ein Konsortium von Wissenschaftler*innen der Universitäten Leipzig, Jena und Duisburg-Essen sowie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) durchgeführt wird (www.idz-jena.de/forschung/forschungsfelderkundung-und-machbarkeitsstudie-zur-einfuehrung-eines-demokratie-kompasses-mstdk). Im Mittelpunkt steht dabei die Frage nach den Möglichkeiten für ein Monitoring, das der Politik als Frühwarnsystem und Grundlage für demokratiefördernde Maßnahmen dienen kann und das auch die zivilgesellschaftliche Praxis stärkt.

Hierzu interessiert uns Ihre Perspektive als Praktiker*in!

Die Befragung dauert ca. 15 Minuten.

Seite 02

Die Richtlinien guter ethischer Forschung sehen vor, dass sich die Teilnehmer*innen an empirischen Studien explizit und nachvollziehbar mit der Teilnahme einverstanden erklären.

Freiwilligkeit. Ihre Teilnahme an dieser Erhebung ist freiwillig. Es steht Ihnen zu jedem Zeitpunkt dieser Studie frei, Ihre Teilnahme abzubrechen, ohne dass Ihnen daraus Nachteile entstehen.

Anonymität. Ihre Daten sind selbstverständlich vertraulich, werden nur in anonymisierter Form ausgewertet und nicht an Dritte weitergegeben. Ihre Angaben lassen keinen eindeutigen Schluss auf Ihre Person oder Institution zu.

Fragen. Falls Sie noch Fragen zu dieser Studie haben sollten, wenden Sie sich gerne an Dr. Axel Salheiser (Studienkoordinator) unter axel.salheiser@idz-jena.de.

Hiermit bestätige ich, dass ich mindestens 18 Jahre alt bin, die oben genannten Hinweise verstanden habe und mit der Teilnahme an der Erhebung einverstanden bin.

- ○ Nein (nicht an der Studie teilnehmen)
- ○ Ja

Seite 03

1. Was ist Ihr Tätigkeits- bzw. Engagementbereich?

Bitte geben Sie für jeden der nachfolgenden Bereiche an, ob Sie Ihre Tätigkeit überwiegend, etwas oder gar nicht dort verorten.

	überwiegend	etwas	gar nicht
Demokratieförderung	○	○	○
Politische Bildung und Aufklärung	○	○	○
Intervention / Prävention	○	○	○
Beratung und Unterstützung von Betroffenen	○	○	○
Gesellschafts- und Politikberatung	○	○	○
Zivilgesellschaftliche Interessensvertretung / Selbstorganisation	○	○	○
Behörde / Verwaltung	○	○	○
Jugend- und Sozialarbeit	○	○	○
Kultur / Sport	○	○	○

Ich verorte meine Tätigkeit überwiegend in einem anderen Bereich, und zwar...	

Seite 04

2. Mit welchen der nachfolgenden Phänomene setzen Sie sich in Ihrer Tätigkeit auseinander?

Bitte geben Sie für jedes der nachfolgenden Phänomene an, ob Sie sich in Ihrer Tätigkeit viel, etwas oder gar nicht damit auseinandersetzen.

	viel	etwas	gar nicht
Rechtsextremismus	○	○	○
Religiös begründeter Extremismus	○	○	○
Linksextremismus	○	○	○
Abwertungseinstellungen / Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)	○	○	○
Hate Speech	○	○	○
Empowerment	○	○	○
Antidiskriminierung	○	○	○

Ich setze mich in meiner Tätigkeit überwiegend mit anderen Phänomenen auseinander, und zwar...

Seite 05

3. Mit welcher der folgenden Zielgruppen arbeiten Sie hauptsächlich?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus.

- ☐ Andere zivilgesellschaftliche Träger
- ☐ Multiplikator*innen
- ☐ Allgemeine Öffentlichkeit
- ☐ Sozialräumliches Umfeld von Jugendlichen
- ☐ Familien
- ☐ Betroffene von Diskriminierung und/oder Gewalt
- ☐ Personen mit gruppenbezogen menschenfeindlichen oder rechtsextremen Einstellungen
- ☐ Personen mit Verbindungen zu rechtsextremen Cliquen, Strukturen oder Subkulturen
- ☐ Sonstiges, und zwar:

4. Mit welcher der folgenden Altersgruppen arbeiten Sie hauptsächlich?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus.

- ☐ Kinder
- ☐ Jugendliche, junge Heranwachsende
- ☐ Erwachsene
- ☐ Senior*innen

Seite 06

5. Auf welche Region ist Ihre Tätigkeit vorrangig bezogen?

Bitte wählen Sie die am ehesten zutreffende(n) Antwortmöglichkeit(en) aus.

- ☐ Bundesweit
- ☐ Europaweit
- ☐ Baden-Württemberg
- ☐ Bayern
- ☐ Berlin
- ☐ Brandenburg
- ☐ Bremen
- ☐ Hamburg
- ☐ Hessen
- ☐ Mecklenburg-Vorpommern
- ☐ Niedersachsen
- ☐ Nordrhein-Westfalen
- ☐ Rheinland-Pfalz
- ☐ Saarland
- ☐ Sachsen
- ☐ Sachsen-Anhalt
- ☐ Schleswig-Holstein
- ☐ Thüringen

Seite 07

In Deutschland existieren unterschiedliche sozial- und politikwissenschaftliche Erhebungen zu den demokratischen und antidemokratischen Einstellungen der Bevölkerung, wie z.B. die *Mitte-Studien* der Friedrich-Ebert-Stiftung, die *Leipziger Autoritarismus Studien* und verschiedene "Länder-Monitore" (z.B. die *Thüringen-Monitore*).

6. Wie wichtig sind Befunde aus solchen Studien der Demokratieforschung für Ihre Arbeit?

○ sehr wichtig ○ eher wichtig ○ teils/teils ○ eher unwichtig ○ überhaupt nicht wichtig

Seite 08

7. Wie wichtig sind folgende Themen der Demokratieforschung für Ihre Tätigkeit?

Bitte geben Sie für jeden der nachfolgenden Themenbereiche an, wie wichtig er für Ihre Tätigkeit ist.

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	überhaupt nicht wichtig	weiß nicht
Allgemeine Einstellungen zur Demokratieakzeptanz/-zufriedenheit	○	○	○	○	○	○
Vorstellungen von Demokratie	○	○	○	○	○	○
Politische Partizipation und Engagement	○	○	○	○	○	○
Einschätzung der politischen Einflussnahme und Selbstwirksamkeit	○	○	○	○	○	○
Vertrauen in politische Institutionen	○	○	○	○	○	○
Antidemokratische/rechtsextreme Einstellungen	○	○	○	○	○	○
Autoritarismus und Verschwörungsideologie	○	○	○	○	○	○
Abwertungseinstellungen, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit	○	○	○	○	○	○
Gewaltbilligung und Gewaltbereitschaft	○	○	○	○	○	○
Diskriminierungserfahrungen in der Bevölkerung	○	○	○	○	○	○
Intersektionale Perspektiven (Zusammenwirken von verschiedenen Abwertungsdimensionen)	○	○	○	○	○	○
Identität und Zugehörigkeit	○	○	○	○	○	○
Kontakterfahrungen zwischen verschiedenen sozialen, ethnischen und kulturellen Gruppen	○	○	○	○	○	○
Sensibilität für/Wissen über kulturelle Diversität	○	○	○	○	○	○
Soziale Lage, Chancen, Gerechtigkeitswahrnehmung, Benachteiligungsgefühle	○	○	○	○	○	○
Medienvertrauen und Mediennutzungsverhalten	○	○	○	○	○	○
Regionale Unterschiede und Besonderheiten	○	○	○	○	○	○

8. Welche Themen sind darüber hinaus für Ihre Arbeit relevant?

Bitte nennen Sie maximal drei Aspekte.

Seite 09

9. Welche der folgenden Themen sollten Ihrer Meinung nach stärker in der Demokratieforschung berücksichtigt werden?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus.

- ☐ Rassismus und Migrant*innenfeindlichkeit
- ☐ Asylsuchendenfeindlichkeit
- ☐ Antisemitismus
- ☐ Antiziganismus (Abwertung/Diskriminierung von Sint*ezze und Rom*nja)
- ☐ Feindschaft gegenüber Muslim*innen
- ☐ LSBTIQ*-Feindlichkeit
- ☐ Frauenfeindlichkeit und Antifeminismus
- ☐ Abwertung/Diskriminierung von Menschen mit Behinderung
- ☐ Abwertung/Diskriminierung aufgrund sozialer Herkunft/sozialen Status (Klassismus)
- ☐ Abwertung/Diskriminierung wohnungsloser Menschen (Klassismus)
- ☐ Altersdiskriminierung
- ☐ Sonstiges, und zwar:

10. Wofür nutzen Sie Erkenntnisse aus Studien der Demokratieforschung in Ihrer Arbeit?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus.

- ☐ Gewinnung von Hintergrundinformationen über Phänomene und Zusammenhänge
- ☐ Erstellung von Konzepten für die pädagogische Arbeit
- ☐ Erstellung von Bildungsmaterialien
- ☐ Ableitung von politischen Forderungen und Handlungsempfehlungen
- ☐ Erstellung von Argumentationshilfen
- ☐ Ableitung von Strategien der Demokratieförderung
- ☐ Sonstiges, und zwar: _____
- ☐ Nutze ich überhaupt nicht

11. Welche Erkenntnisbedarfe haben Sie – auf welche praxisrelevanten Fragen müsste ein Monitoring der demokratischen Kultur Antworten finden? Welche Erkenntnislücken und Defizite sehen Sie hinsichtlich der Erforschung demokratiebezogener Einstellungen?

12. Wie wichtig sind Ihnen folgende Aspekte der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis?

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	überhaupt nicht wichtig	weiß nicht
Verständliche Vermittlung des wissenschaftlichen Vorgehens	○	○	○	○	○	○
Anschauliche Aufbereitung der Forschungsbefunde	○	○	○	○	○	○
Einordnung und Kontextualisierung der Forschungsbefunde (Erklärung der Aussagekraft)	○	○	○	○	○	○
Zielgruppenspezifische Ableitung von Handlungsempfehlungen	○	○	○	○	○	○

13. Und für wie wichtig halten Sie folgende Aspekte?

	sehr wichtig	eher wichtig	teils/teils	eher unwichtig	überhaupt nicht wichtig	weiß nicht
Einbezug von Praktiker*innen bei der Formulierung von Forschungsinteressen und –fragen	○	○	○	○	○	○
Durchführung von zielgruppenspezifischen Bedarfsanalysen zur Identifizierung von Erkenntnisbedarfen von Praktiker*innen	○	○	○	○	○	○
Einbezug von Praktiker*innen bei der Ableitung von Handlungsempfehlungen für die Praxis	○	○	○	○	○	○
Begleitung des gesamten Forschungsprozesses durch einen Projektbeirat mit Vertreter*innen der Zivilgesellschaft	○	○	○	○	○	○

14. Welche konkreten Formate des Transfers von Forschungsergebnissen in die Praxis wünschen Sie sich?

Bitte wählen Sie alle zutreffenden Antwortmöglichkeiten aus.

- ☐ Schriftliche Kurzdarstellung der wichtigsten Erkenntnisse
- ☐ Ausführlicher Forschungsbericht mit Tabellenanhängen
- ☐ Broschüren mit Fokus auf Handlungsempfehlungen
- ☐ Audio-visuelle Inhalte, z.B. Informationsvideos
- ☐ Informations- und Diskussionsveranstaltungen
- ☐ Sonstiges, und zwar: _____

Seite 13

15. Was ist Ihnen hinsichtlich des Wissenschaft-Praxis-Transfers darüber hinaus wichtig?

Seite 14

16. Haben Sie zusätzliche Anregungen hinsichtlich der Konzeption eines Demokratie-Monitorings?

Seite 15

17. Sie haben alle Fragen beantwortet, vielen Dank für Ihre Mühe! Können wir Ihre Daten in anonymer Form für wissenschaftliche Zwecke verwenden?

- Ja
- Nein

Letzte Seite

Vielen Dank für Ihre Teilnahme!

Wir möchten uns ganz herzlich für Ihre Mithilfe bedanken.

Ihre Antworten wurden gespeichert, Sie können das Browser-Fenster nun schließen.

Möchten Sie in Zukunft an interessanten und spannenden Online-Befragungen teilnehmen?

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie Ihre E-Mail-Adresse für das SoSci Panel anmelden und damit wissenschaftliche Forschungsprojekte unterstützen.

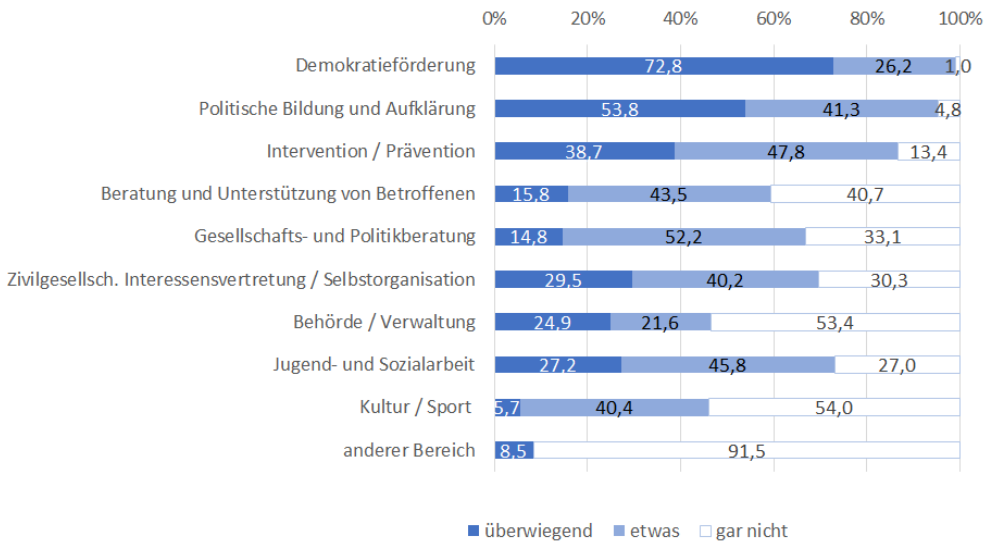
E-Mail: Am Panel teilnehmen

Die Teilnahme am SoSci Panel ist freiwillig, unverbindlich und kann jederzeit widerrufen werden.
Das SoSci Panel speichert Ihre E-Mail-Adresse nicht ohne Ihr Einverständnis, sendet Ihnen keine Werbung und gibt Ihre E-Mail-Adresse nicht an Dritte weiter.

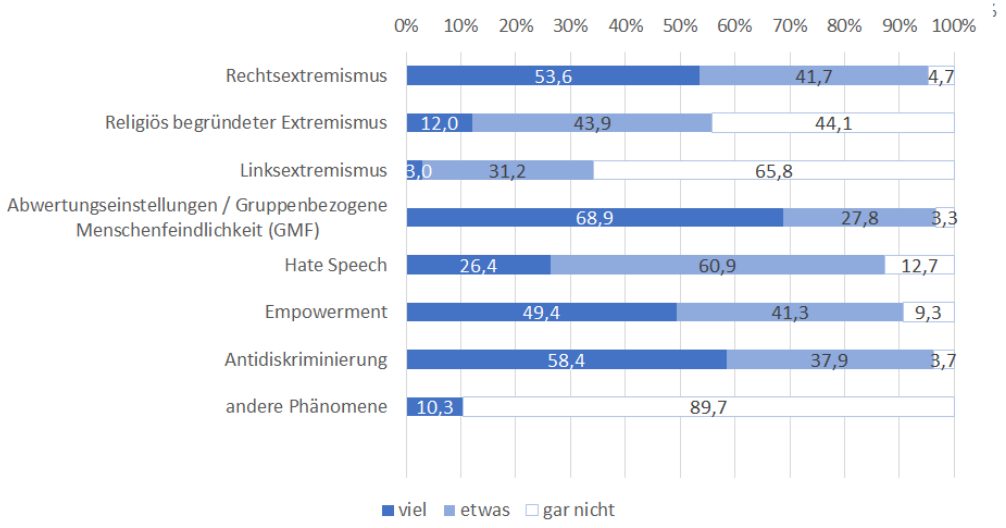
Sie können das Browserfenster selbstverständlich auch schließen, ohne am SoSci Panel teilzunehmen.

Anhang 2: Ergebnisse der Online-Befragung: Diagramme

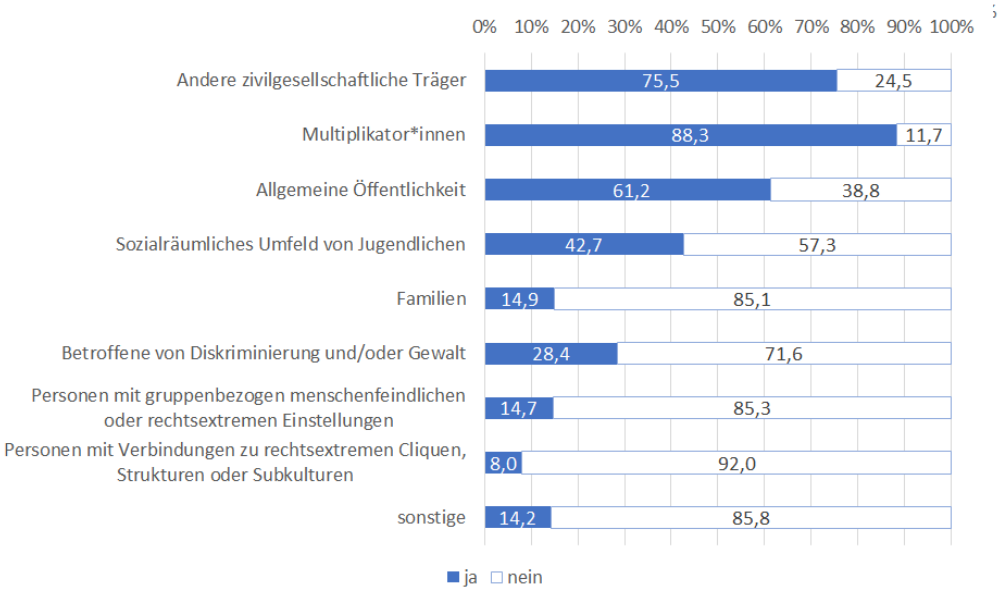
Was ist Ihr Tätigkeits- bzw. Engagementbereich? (Angaben in %, nur gültige Nennungen)



Mit welchen der nachfolgenden Phänomene setzen Sie sich in Ihrer Tätigkeit auseinander? (Angaben in %, nur gültige Nennungen)

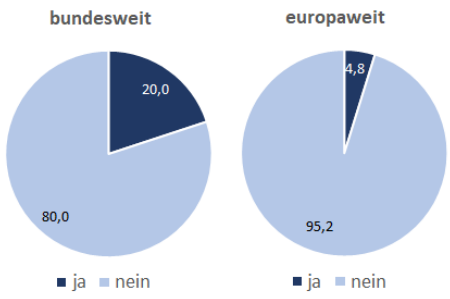


Mit welcher der folgenden Zielgruppen arbeiten Sie hauptsächlich?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)



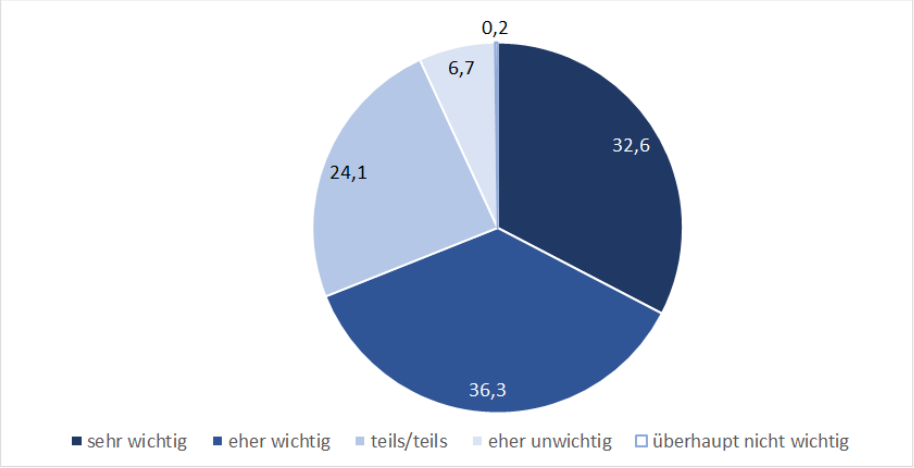
Auf welche Region ist Ihre Tätigkeit vorrangig bezogen? (Angaben in %)

Baden-Württemberg	6,7
Bayern	6,4
Berlin	**10,8**
Brandenburg	7,8
Bremen	2,3
Hamburg	2,3
Hessen	6,4
Mecklenburg-Vorpommern	3,7
Niedersachsen	6,7
Nordrhein-Westfalen	10,6
Rheinland-Pfalz	5
Saarland	3,7
Sachsen	**10,1**
Sachsen-Anhalt	7,6
Schleswig-Holstein	3,7
Thüringen	8
Summe	*101,8*

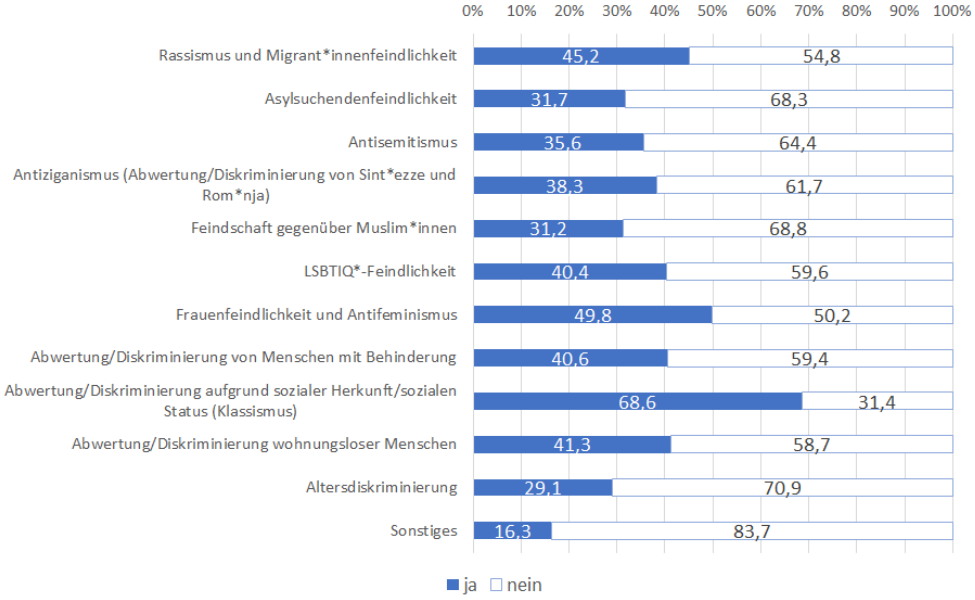


In Deutschland existieren unterschiedliche sozial- und politikwissenschaftliche Erhebungen zu den demokratischen und antidemokratischen Einstellungen der Bevölkerung, wie z.B. die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung, die Leipziger Autoritarismus Studien und verschiedene "Länder-Monitore" (z.B. die Thüringen-Monitore).

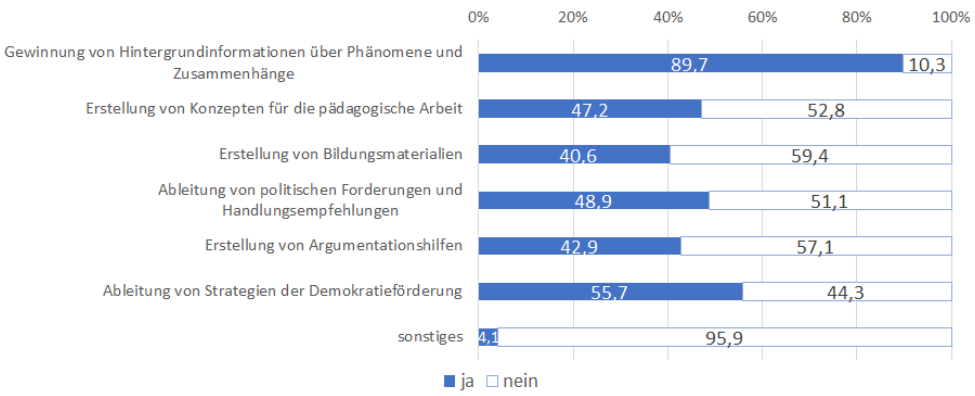
Wie wichtig sind Befunde aus solchen Studien der Demokratieforschung für Ihre Arbeit?



Welche der folgenden Themen sollten Ihrer Meinung nach stärker in der Demokratieforschung berücksichtigt werden? (Angaben in %, nur gültige Nennungen)

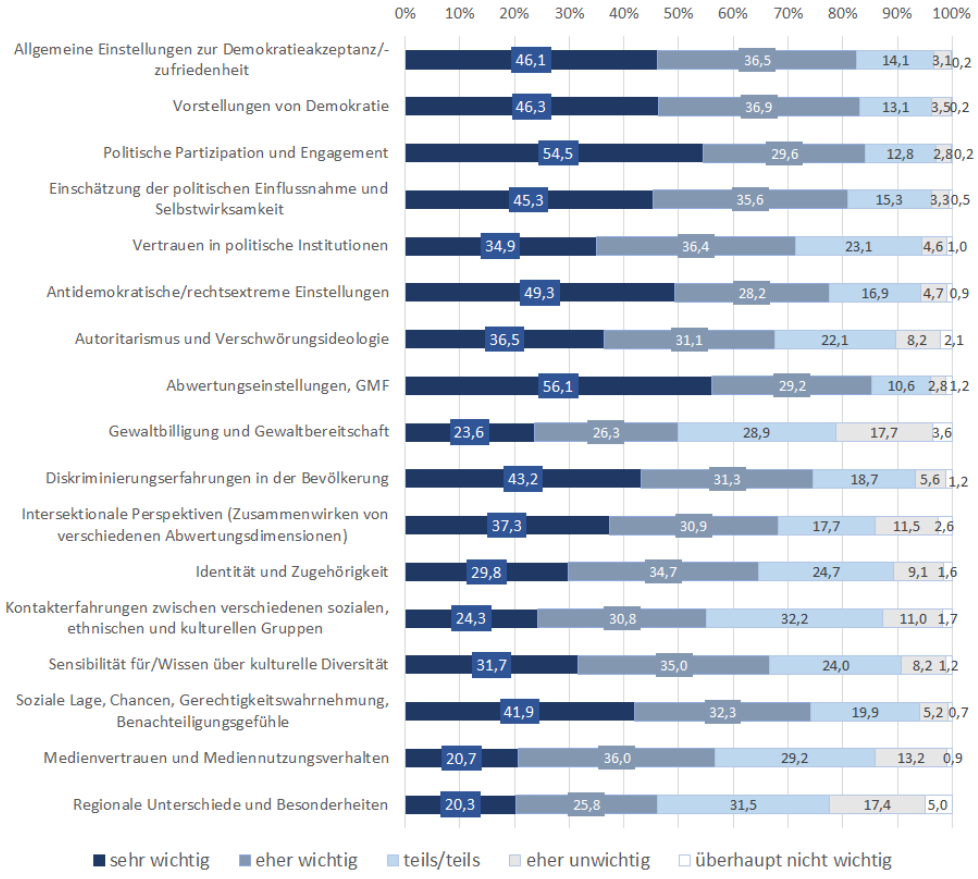


Wofür nutzen Sie Erkenntnisse aus Studien der Demokratieforschung in Ihrer Arbeit?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)

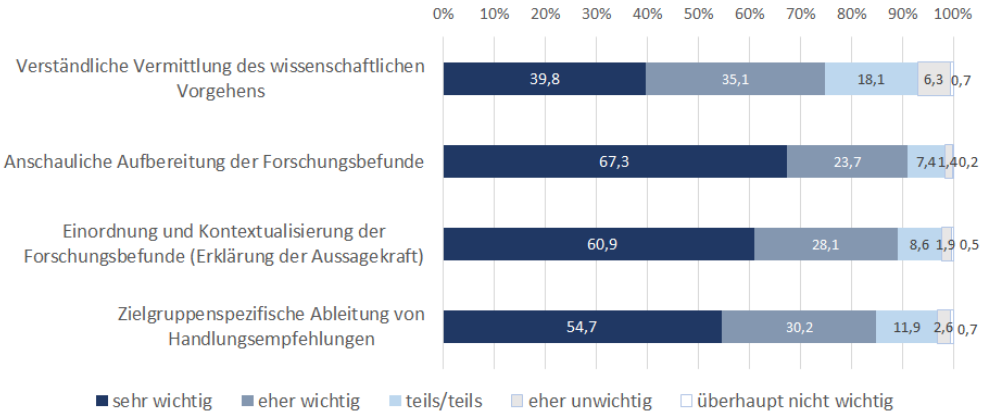


„Nutze ich überhaupt nicht“: 2,3 %

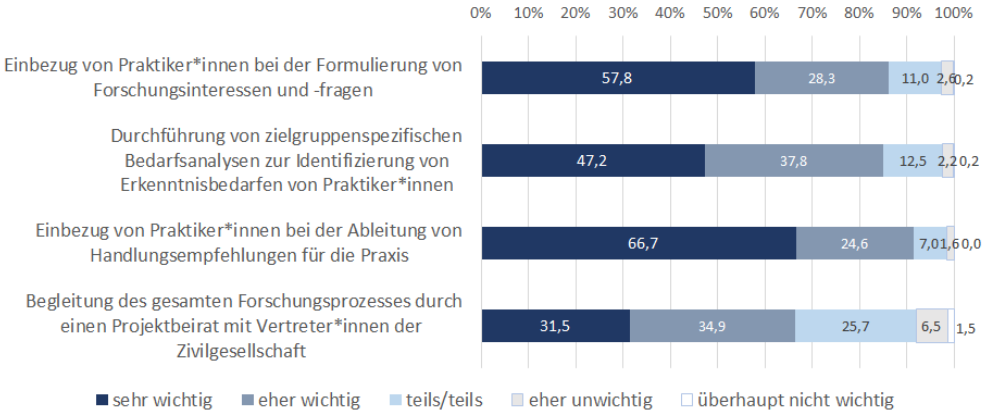
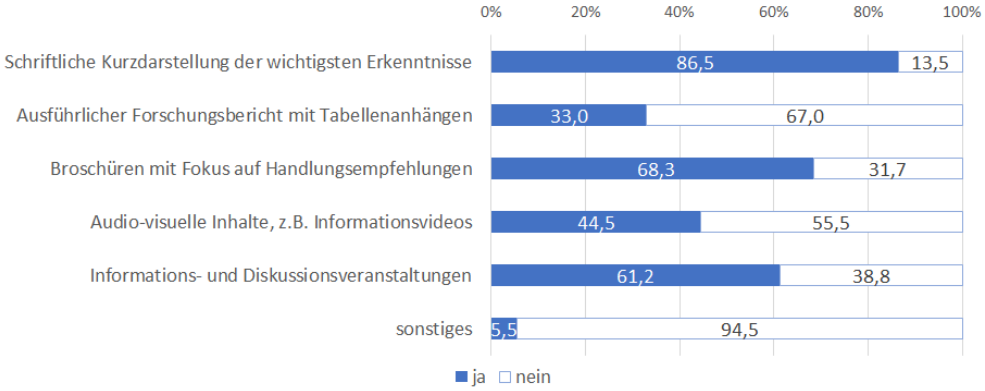
Wie wichtig sind folgende Themen der Demokratieforschung für Ihre Tätigkeit?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)



Wie wichtig sind Ihnen folgende Aspekte der Vermittlung von Forschungsergebnissen in die Praxis?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)



Und für wie wichtig halten Sie folgende Aspekte?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)



Welche konkreten Formate des Transfers von Forschungsergebnissen in die Praxis wünschen Sie sich?
(Angaben in %, nur gültige Nennungen)